



Christa Böhme, Thomas Franke, Lothar Gröschel

Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“

Erarbeitet im Auftrag von

Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“

Endbericht

Forschungsprogramm
Städtebauliche Begleitforschung

Projektlaufzeit
1. Oktober 2022 bis 15. Dezember 2023

Aktenzeichen
10.08.32-22.1

im Auftrag
des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

bearbeitet von
Christa Böhme (Projektleitung), Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Dr. Thomas Franke, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Lothar Gröschel, Gröschel Branding GmbH
unter Mitarbeit von Ebou Ceesay

Inhalt

Danksagung	4
Kurzfassung	5
Summary	7
1. Hintergrund, Ziele und Leistungsbausteine des Forschungsvorhabens	9
1.1 Projekthintergrund und -ziele	9
1.2 Leistungsbausteine: Ziele und methodisches Vorgehen	10
1.3 Zielerreichung und weiterer Forschungsbedarf	13
2. Forschungsstand	14
2.1 Umweltgerechtigkeit – Begriffsverständnis	15
2.2 Relevanz des Themas Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt	16
2.3 Indikatoren zur Bewertung von Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt mit Blick auf Umweltgerechtigkeit	17
2.4 Handlungsfelder und Maßnahmen	18
2.5 Wirkungen von Maßnahmen	20
2.6 Organisation und Management	21
2.7 Verfahren und Prozess	22
2.8 Förderliche Rahmenbedingungen	23
2.9 Bewertung des Forschungsstands	24
3. Analyse guter Beispiele: Ergebnisse	26
3.1 Gute Beispiele im Überblick	27
3.2 Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets	30
3.3 Ausgangslage in den Gebieten	32
3.4 Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit	34
3.5 Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation	35
3.6 Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation und ihre Finanzierung	37
3.7 Wirkungen von Maßnahmen	40
3.8 Verfahren, Organisation und Management	41
3.9 Förderliche Rahmenbedingungen und Faktoren	43

3.10 Hemmende Rahmenbedingungen und Faktoren	45
3.11 Schlussfolgerungen	48
4. Handlungsempfehlungen für kommunal Verantwortliche	50
Literatur	54
Anhang	57
A 1: Gute Beispiele: Leitfaden Experteninterviews	57
A 2: Gute-Beispiele: Einzeldarstellungen	59
Barsinghauen – Goethestraße/ Bahlsen	59
Berlin – Brunnenstraße	63
Bremen – Gröpelingen	69
Gelsenkirchen – Neustadt	74
Leipzig – Grünau	80
Marburg – Waldtal	84
Potsdam – Am Stern/Drewitz	90
Stadtallendorf – Insel in der Stadt I und II	95

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Räumliche Lage der Programmkommunen	30
--	----

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: In Mehrfachbelastungsanalysen verwendete quantitative Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsindikatoren	17
Tabelle 2: Gute Beispiele im Überblick	27
Tabelle 3: Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets	31
Tabelle 4: Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation	36
Tabelle 5: Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation	37

Danksagung

In diesen Bericht sind Praxiserfahrungen und Hinweise aus verschiedenen Kommunen eingeflossen: Stadt Barsinghausen, Bezirk Mitte von Berlin, Freie Hansestadt Bremen, Stadt Gelsenkirchen, Stadt Leipzig, Universitätsstadt Marburg, Landeshauptstadt Potsdam und Stadt Stadtallendorf. Der Auftraggeber sowie das Bearbeitungsteam bedanken sich herzlich bei allen Beteiligten aus diesen Kommunen für ihre Mitarbeit und Unterstützung.

Kurzfassung

Untersuchungen zeigen, dass benachteiligte Quartiere – und damit auch Gebiete des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt – nicht nur durch soziale Herausforderungen charakterisiert sind. Zunehmend sind sie auch von Umweltbelastungen und ihren Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung sowie auf Natur und Umwelt betroffen. Im Projekt „Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm ‚Sozialer Zusammenhalt‘“ ging es vor diesem Hintergrund darum,

- den aktuellen Forschungsstand zu Umweltgerechtigkeit zusammenzufassen und zu bewerten,
- Umsetzungsfragen anhand von guten Praxisbeispielen zu klären,
- generell herauszuarbeiten, wie mehr Umweltgerechtigkeit für Gebiete des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt geschaffen werden kann
- und dazu gut verständliche Videotutorials im Sinne einer Visualisierung der Forschungsergebnisse anzufertigen.

Methodisch standen Dokumentenanalysen zu Forschungsstand und guten Beispielen sowie Video- bzw. Vor-Ort-Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern ausgewählter Kommunen im Vordergrund. Interviewt wurden hier der/die jeweilige Programmverantwortliche Sozialer Zusammenhalt sowie in der Regel das Quartiermanagement auf der Programmgebietsebene. Die Forschungsergebnisse flossen unter anderem in Storylines ein, die wiederum die Grundlage für die Videotutorials bildeten.

Im Ergebnis kann unter anderem festgehalten werden, dass der Forschungsstand zu Umweltgerechtigkeit mittlerweile sehr fundiert ist. Begriff, Definition und Elemente von Umweltgerechtigkeit sowie eine quantitative Indikatorik zur Identifizierung mehrfach belasteter Gebiete sind umfassend herausgearbeitet und bauen auf einem breiten Konsens auf. Auch liegen Handlungsempfehlungen zu Umweltgerechtigkeit für den politischen Raum vor, und es wurden Verfahrensschritte für die kommunale Umsetzungsebene erarbeitet. Diese allerdings sind hier weit weniger bekannt, werden selten „definitionsgemäß“ angewandt und sind nur im Ausnahmefall tatsächlich handlungsleitend – auch dies zeigt die Forschungslandschaft. Gleichwohl lassen sich für viele Quartiersentwicklungsprozesse im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt „faktische“ Beiträge zu mehr Umweltgerechtigkeit erkennen, auch wenn sie meist nicht als solche etikettiert sind. Das Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt bietet nämlich viele „Andockpunkte“ für das Thema – insbesondere im Handlungsfeld Grün- und Freiflächenentwicklung –, und entsprechende Maßnahmen sind explizit förderfähig. Es zeigt sich aber auch, dass sich bislang nur wenige Untersuchungen mit den Wirkungen von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit befasst haben. Aus den analysierten Forschungsbeiträgen wird schließlich deutlich, wie ähnlich die organisationalen Anforderungen für das Konzept Umweltgerechtigkeit und die Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt auf kommunaler Ebene sind: ganzheitlicher Ansatz, ressortübergreifende Zusammenarbeit und Ressourcenbündelung auf der Verwaltungsebene, Aktivierung und Beteiligung im Quartier/Gebiet werden in beidem großgeschrieben.

Wie stellt sich die Situation in der kommunalen Praxis dar? Die Ergebnisse der guten Beispiele in Barsinghausen, Berlin, Bremen, Gelsenkirchen, Leipzig, Marburg, Potsdam und Stadtallendorf zeigen: Umweltgerechtigkeit ist ein Thema nicht nur für Großstädte – entsprechende Maßnahmen werden auch in kleineren (kreisangehörigen) Städten durchgeführt. Um mehrfach belastete Gebiete zu identifizieren, werden Indikatoren aus den Bereichen soziale Lage und Umweltsituation genutzt, während solche zur gesundheitlichen Lage (mangels Verfügbarkeit) oftmals „auf der Strecke bleiben“. Inhaltlich-thematische „Spitzenreiter“ unter den Herausforderungen, die den Ruf nach mehr Umweltgerechtigkeit laut werden lassen (können), sind Verkehrslärm sowie die Qualität von Grün-

und Freiflächen. Mehr Umweltgerechtigkeit wird in der Hälfte der Programmkommunen als ein explizites übergeordnetes Ziel formuliert, und ebenfalls in der Hälfte der betrachteten Fälle hat das Thema Einzug in das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) gehalten. Insgesamt werden das Programm Sozialer Zusammenhalt und seine Fördermittel sowie die programminduzierte Betonung partizipativ und kooperativ ausgerichteter Organisations- und Managementstrukturen in den acht betrachteten Programmkommunen als förderliche Rahmenbedingungen (auch) für mehr Umweltgerechtigkeit vor Ort gesehen. Als hemmend wurden unter anderem die materiell prekäre Situation vieler Gebietsbewohnender, die in ihrem Leben andere Themen als Umweltgerechtigkeit priorisieren, mangelnde Personalressourcen in der Verwaltung, die eingeschränkte Verwendungsmöglichkeit von Programmmitteln nur im investiven Bereich sowie die räumlich begrenzte Förderkulisse, schließlich auch die Komplexität des Konzeptes Umweltgerechtigkeit samt seinen Begrifflichkeiten benannt.

Vor diesem Hintergrund liegen einige Fragen auf der Hand: Wie kann der Mehrwert von Umweltgerechtigkeit sowohl generell als auch im Kontext des Programms Sozialer Zusammenhalt noch besser vermittelt werden? Wie kann Umweltgerechtigkeit so operationalisiert werden, dass dieses Handlungsfeld in die jeweilige kommunale Landschaft „passt“, ohne hier einen erheblichen Sonderaufwand zu generieren? Kurzum: Wie können Kommunen für mehr Umweltgerechtigkeit sorgen, ohne dies zwingend so nennen zu müssen, aber auch ohne die mit dem Ansatz Umweltgerechtigkeit definierten Qualitätsanforderungen zu unterschreiten?

Einige Antworten darauf finden sich in den vier Videotutorials, die im Rahmen des Forschungsprojektes erstellt wurden:

- Tutorial 1: Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt – Worum geht es?
- Tutorial 2: Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt – Welche Handlungsbedarfe gibt es?
- Tutorial 3: Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt – Handlungsfelder, Maßnahmen, Finanzierung
- Tutorial 4: Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt – Akteure und Mitwirkende.

Auf Basis der Forschungsergebnisse können einige Handlungsempfehlungen formuliert werden. Dazu gehört, in den Kommunen tatsächlich auf alle verfügbaren relevanten Daten und Informationen im Dreiklang Umwelt-Gesundheit-Soziales zurückzugreifen, um die Situation vor Ort möglichst genau zeichnen und auf dieser Basis passgenaue Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit entwickeln zu können. Als besonders wichtig hat sich auch herausgestellt, Umweltgerechtigkeit nicht als isoliertes neues Thema auf den Weg bringen zu wollen, sondern mit dem Thema möglichst an bereits zu bearbeitende Handlungsfelder anzudocken. Dazu sollte Umweltgerechtigkeit im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) konzeptionell verankert werden. Und schließlich sollte in den Kommunen überprüft werden, inwieweit die ämterübergreifende Zusammenarbeit verbessert und mit Blick auf relevante Amtsbereiche „vervollständigt“ werden kann, ob auf der Quartiersebene relevante Institutionen aus dem Umwelt- und Gesundheitsbereich in die Vernetzungsarbeit einbezogen sind, und ob die Spielräume für Aktivierung, Beteiligung und Empowerment der Quartiersbewohnerschaft auch im Sinne von Umweltgerechtigkeit tatsächlich ausgeschöpft werden.

Summary

Research studies show that disadvantaged neighbourhoods - and therefore also areas covered by the „Social Cohesion“ urban development support programme - are not only characterized by social challenges. They are also increasingly affected by environmental pollution and its impact on the health of the population as well as on nature and the environment. Against this background, the project "Environmental Justice as part of the ‚Social Cohesion‘ Urban Development Support Programme" aimed to

- summarize and evaluate the current state of research on environmental justice,
- clarify implementation issues on the basis of good practice examples,
- generally work out how more environmental justice can be created for programme areas of the „Social Cohesion“ urban development support programme,
- and to produce easy-to-understand video tutorials to visualize the research results.

Methodologically, the focus was on document analyses on the state of research and good examples as well as video and on-site interviews with representatives of selected municipalities. Interviews were conducted with the respective „Social Cohesion“ urban development support programme manager and, as a rule, the neighborhood management at the programme area level. The research results were incorporated into storylines, among other things, which in turn formed the basis for the video tutorials.

As a result, it can be stated, among other things, that the state of research on environmental justice is now very well founded. The concept, definition and components of environmental justice as well as quantitative indicators for identifying urban neighbourhoods challenged by diverse, overlapping environmental and social problems have been comprehensively worked out and are based on a broad consensus. There are also recommendations for action on environmental justice for the political arena. Furthermore, procedural steps have been developed for the municipal implementation level. However, these are far less well known here, are rarely applied "by definition" and only in exceptional cases do they actually guide action, as the current state of research also shows. Nevertheless, "factual" contributions to greater environmental justice can be identified for many neighbourhood development processes as part of the „Social Cohesion“ urban development support programme, even if they are not usually labeled as such. The programme offers many "docking points" for the topic - especially in the field of action of green and open space development - and corresponding measures are explicitly eligible for funding. However, it is also apparent that only a few studies have so far looked at the effects of measures for greater environmental justice. Finally, the research contributions analysed make it clear how similar the organizational requirements are for the concept of environmental justice and the implementation of the „Social Cohesion“ urban development support programme at municipal level: a holistic approach, interdepartmental cooperation and pooling of resources at administrative level as well as activation and participation on the neighbourhood level are a priority in both.

What is the situation in municipal implementation practice? The results of the good example analysis in Barsinghausen, Berlin, Bremen, Gelsenkirchen, Leipzig, Marburg, Potsdam and Stadtallendorf show: Environmental justice is not just an issue for large cities - appropriate measures are also being implemented in smaller (district affiliated) towns. In order to identify neighbourhoods challenged by diverse, overlapping environmental and social problems, indicators on the social and environmental situation are used, while those relating to the health situation often "fall by the wayside" (due to lack of availability). In terms of content, the most important of the challenges that (can) raise the call for more environmental are traffic noise and the quality of green and open spaces. More environmental justice is formulated as an explicit overarching goal in half of the programme municipali-

ties, and the topic has also found its way into the integrated action plan in half of the cases examined. Overall, the „Social Cohesion“ urban development support programme and its funding as well as the programme-induced emphasis on participatory and cooperative organizational and management structures in the eight programme municipalities considered are seen as conducive framework conditions for more environmental justice in the neighbourhoods.

The materially precarious situation of many area residents, who prioritize other issues in their lives than environmental justice, a lack of personnel resources in the administration, the fact that programme funding can only be used for investment measures, and finally the complexity of the concept of environmental justice and its terminology were named as obstacles.

Against this background, various questions are obvious: How can the added value of environmental justice be better communicated both in general and in the context of the „Social Cohesion“ urban development support programme? How can environmental justice be operationalized in a way „fitting“ into the respective municipal situation without generating considerable extra effort? In short: How can municipalities ensure greater environmental justice without necessarily having to adopt this new approach in its entirety, but also without falling short of the quality requirements defined by it?

Some answers and recommendations for action can be formulated on the basis of the research results. These include actually drawing on all available relevant data and information in the triad of environmental, health and social issues in the municipalities in order to be able to map the situation on the ground as accurately as possible and develop tailor-made measures for greater environmental justice on this basis. It also turned out to be particularly important not to launch environmental justice as a separate new topic, but rather to link it as closely as possible to fields of action that are already being addressed. To this end, environmental justice should be conceptually anchored in the integrated action plan. In the municipalities, it should be examined to what extent inter-agency cooperation can be improved and "completed" with regard to relevant official areas. At the neighborhood level, it should be ensured that relevant institutions from the environmental and health sectors are included in the networking work. Finally, the scope for activation, participation and empowerment of neighborhood residents should also be exploited in terms of environmental justice.

The recommendations for action derived from the project have been incorporated into four video tutorials for municipal practice, which were created as part of the research project:

- Tutorial 1: Environmental justice in the „Social Cohesion“ urban development support programme: What is it about?
- Tutorial 2: Environmental justice in the „Social Cohesion“ urban development support programme: What are the needs for action?
- Tutorial 3: Environmental justice in the „Social Cohesion“ urban development support programme: Fields of action, measures, financing
- Tutorial 4: Environmental justice in the „Social Cohesion“ urban development support programme: Players and contributors.

1. Hintergrund, Ziele und Leistungsbausteine des Forschungsvorhabens

1.1 Projekthintergrund und -ziele

Untersuchungen zeigen, dass benachteiligte Quartiere und damit auch Teile der Gebiete des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt neben den sozialen Herausforderungen auch stärker von Umweltbelastungen und ihren Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung sowie auf Natur und Umwelt betroffen sind. Seit 2020 legt die Städtebauförderung einen verstärkten Fokus auf die Themen Klima und Umwelt. Deshalb sollen die Ergebnisse des Forschungsprojekts von 2015/16 „Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt“ (BMUB 2016) vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Jahre aktualisiert werden. Wie mehr Umweltgerechtigkeit für Gebiete des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt geschaffen werden kann, steht im Zentrum des Projektes.

Mit dem 2020 als Nachfolgeprogramm von Sozialer Stadt aufgelegten Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt unterstützen Bund und Länder die Kommunen bei der Herausforderung, benachteiligte Stadt- und Ortsteile zu stabilisieren und in diesen Gebieten die Lebensbedingungen zu verbessern. Ein Handlungsfeld, für das Fördermittel eingesetzt werden können, ist die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in den Quartieren. Grund hierfür ist, dass benachteiligte Quartiere und damit auch Teile der Programmgebiete Sozialer Zusammenhalt neben sozialen und ökonomischen Herausforderungen auch stärker von Umweltbelastungen bzw. von einer schlechten Ausstattung mit Umweltressourcen – insbesondere Grünflächen – betroffen sind. Dies wirkt sich negativ auf die Gesundheit der Quartiersbevölkerung aus. Noch einmal stärker in den Fokus gerückt ist das Thema Umwelt durch die Aufnahme von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung als verpflichtende Fördervoraussetzung in die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2020.

Ziel des Forschungsprojektes „Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt“ ist es,

- den integrierten Ansatz Umweltgerechtigkeit für die Gebiete des Programms Sozialer Zusammenhalt zu operationalisieren,
- für Akteure, die in den Kommunen für die Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt verantwortlich sind, Handlungsempfehlungen zur Konzeptualisierung und Umsetzung des Ansatzes in der Programmkulisse Sozialer Zusammenhalt abzuleiten und
- die abgeleiteten Handlungsempfehlungen in Form von Videotutorials für die kommunale Praxis zu visualisieren.

Folgende Forschungsfragen stehen im Fokus des Projektes:

- Was wird unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit generell und insbesondere im Zusammenhang mit dem Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt verstanden?
- Wie stellt sich die Situation in Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt in Bezug auf Umweltgerechtigkeit dar? Sind generell alle Programmgebiete von fehlender/mangelnder Umweltgerechtigkeit betroffen oder ist dies möglicherweise ein Phänomen einzelner Programmgebietstypen, z.B. innerstädtische Programmgebieten in Großstädten?
- Welche Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsindikatoren stehen zur Verfügung, um Programmgebiete des Sozialen Zusammenhalts mit Blick auf Umweltgerechtigkeit zu bewerten?

- Welche Handlungsfelder bilden Schwerpunkte bei der Umsetzung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in der Programmkulisse Sozialer Zusammenhalt?
- Wie werden in den betreffenden Quartieren Bedarfe für geeignete bzw. notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit ermittelt? Wie werden konkrete Maßnahmen entwickelt und umgesetzt?
- Welche Maßnahmen werden in welchen Handlungsfeldern ergriffen – im Programm Sozialer Zusammenhalt selbst und im Rahmen von in Programmgebieten zum Einsatz kommenden weiteren Bundes- und Landesprogrammen (kompatible Fördermöglichkeiten), Mitteln Dritter (u.a. Wohnungsunternehmen, Stiftungen) oder kommunalen Vorhaben (z.B. Hof- und Dachbegrünungsprogramme)?
- Welche Akteure in- und außerhalb der Verwaltung spielen bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in den Gebieten des Sozialen Zusammenhalts eine wichtige Rolle? Wie gelingt es, deren Knowhow und Ressourcen einzubeziehen? Welche Kooperationsformen sind hierfür geeignet?
- Wie wird das Thema Umweltgerechtigkeit in die integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte für die Programmgebiete eingebunden?
- Welche Erfolgsfaktoren, aber auch welche Stolpersteine lassen sich für die Umsetzung des integrierten Ansatzes Umweltgerechtigkeit in Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt identifizieren?

1.2 Leistungsbausteine: Ziele und methodisches Vorgehen

Leistungsbaustein 1: Zusammenstellung und Bewertung des aktuellen Forschungsstands

In Leistungsbaustein 1 ging es darum, den aktuellen Forschungsstand zum integrierten Ansatz Umweltgerechtigkeit sowohl generell als auch spezifisch mit Blick auf das Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt zu dokumentieren und hinsichtlich der Konzeptualisierung von Umweltgerechtigkeit und der Untersuchungsfragen des Forschungsprojekts zu analysieren und zu bewerten.

Die Zusammenstellung, Analyse und Bewertung erfolgte auf Basis einer Literaturrecherche zu einschlägigen Forschungsarbeiten, Studien, Fachartikeln, Arbeitshilfen/Leitfäden. Einbezogen wurden Publikationen ab Veröffentlichungsjahr 2010, da das Thema Umweltgerechtigkeit erst ab diesem Zeitpunkt zunehmend in den Fokus von Forschungstätigkeiten an Hochschulen und außeruniversitären Institutionen getreten ist.

Im Einzelnen wurden folgende Arbeitsschritte durchgeführt:

- Recherche einschlägiger Literatur
 - in der Literaturdatenbank Umweltgerechtigkeit des Difu,
 - auf Internetseiten von Universitäten/Hochschulen (u.a. TU Berlin, TU Dortmund, TU Wien, Universität Leipzig),
 - auf Internetseiten von Forschungseinrichtungen des Bundes (u.a. Umweltbundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung),
 - auf Internetseiten von Landesumweltministerien (u.a. Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz Berlin),
 - auf Internetseiten von Umweltverbänden (u.a. Deutsche Umwelthilfe),

- Entwicklung eines Analyserasters entlang der Untersuchungsfragen,
- Abstimmung des Analyserasters mit dem Auftraggeber,
- Analyse der recherchierten Literatur entlang des abgestimmten Rasters,
- Systematisierung der Recherche- und Analyseergebnisse sowohl allgemein als auch mit spezifischem Blick auf die Städtebauförderung bzw. das Programm Sozialer Zusammenhalt,
- Bewertung des Forschungsstandes allgemein als auch mit spezifischem Blick auf das Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt.

Die Ergebnisse zu Leistungsbaustein 1 sind in Kapitel 2 dieses Berichtes dargestellt.

Leistungsbaustein 2: Auswahl, Analyse und Auswertung von guten Beispielen

Auf Basis der Ergebnisse aus Leistungsbaustein 1 wurde in Leistungsbaustein 2 die bisherige Praxis zur Entwicklung und Umsetzung von (städtebaulichen) Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt exemplarisch anhand von guten Beispielen analysiert. Das Ergebnis sollten übertragbare Handlungsempfehlungen für kommunale Maßnahmen zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt sein.

Für die Recherche möglicher guter Beispiele wurde insbesondere auf drei Quellen zugegriffen:

- Kommunen bzw. Quartiere, die in der Untersuchung „Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage“ (BMUB 2016) analysiert wurden,
- Beispiele guter Praxis, die Gegenstand der Untersuchung „Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene“ (Böhme et al. 2022) waren, sofern sie in Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt liegen,
- gute Praxisbeispiele, die in der Publikation „Grün. Sozial. Wertvoll. Gemeinsam Natur in sozial benachteiligte Quartiere holen!“ der Deutschen Umwelthilfe aus dem Jahr 2017 (Biercamp/Wissel/Spreter 2017) dokumentiert sind.

Die Auswahl der guten Beispiele erfolgte kriteriengestützt. Mit Blick auf die einzelnen guten Beispiele wurden die folgenden Kriterien herangezogen, wobei nicht alle Kriterien von jedem Beispiel erfüllt sein mussten:

- Programmgebiet Sozialer Zusammenhalt (obligatorisch),
- klare Zielorientierung Umweltgerechtigkeit: Vermeidung/Abbau von gesundheitsbezogenen Umweltbelastungen bzw. Ausbau von gesundheitsrelevanten Umweltressourcen im Programmgebiet,
- integrierte Bearbeitung der Themen Umwelt, Gesundheit und Soziale Lage,
- (indikatorengestützte) Gebietsanalyse mit Blick auf gesundheitsrelevante Umweltbelastungen/Umweltressourcen,
- bedarfsgerechte Maßnahmenentwicklung,
- Beteiligung von Quartiersbewohnerschaft sowie von Quartiersakteursgruppen bei Gebietsanalyse, Ermittlung von Bedarfen sowie Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen,
- ressortübergreifende Zusammenarbeit insbesondere der Verwaltungsbereiche Umwelt/Grün, Gesundheit und Stadtplanung/Stadtentwicklung,

- Kooperation mit Dritten (u.a. Wohnungsunternehmen, Stiftungen),
- Ressourcenbündelung (Finanzmittel, Know-How),
- Verankerung des Themas Umweltgerechtigkeit im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept,
- Einbindung in gesamtstädtische Konzepte/Planungen,
- politische Rückendeckung.

Daneben wurden mit Blick auf die Gesamtschau der guten Beispiele folgende Kriterien zugrunde gelegt:

- Vielfalt an Programmgebietstypen (Lage in der Stadt, Bebauungsstruktur),
- Vielfalt an Handlungsfeldern für mehr Umweltgerechtigkeit,
- Vielfalt an Stadtgrößen (Groß-, Mittel- Kleinstadt),
- Vielfalt an Bundesländern.

Auf Basis der genannten Quellen und der dargestellten Kriterien wurde zunächst eine Longlist mit 24 potentiellen guten Beispielen erstellt. Auf dieser Grundlage erfolgte in Abstimmung mit dem Auftraggeber die folgende Auswahl von insgesamt acht guten Praxisbeispielen aus der Programmkulisse Sozialer Zusammenhalt:

- Barsinghausen – Goethestraße/Bahlsen,
- Berlin – Brunnenstraße,
- Bremen – Gröpelingen,
- Gelsenkirchen – Schalke-Nord,
- Leipzig – Grünau,
- Marburg – Waldtal,
- Potsdam – Am Stern/Drewitz,
- Stadtallendorf – Inseln in der Stadt I und II.

Zur Aufbereitung der guten Praxisbeispiele wurde zunächst eine Analyse vorhandener Dokumente vorgenommen. Neben den o.g. Publikationen wurden insbesondere das jeweilige integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept sowie Veröffentlichungen und Materialien zu umweltbezogenen/-relevanten Maßnahmen und Projekten ausgewertet. Im zweiten Schritt wurden zu jedem Programmgebiet ein bis zwei Video- bzw. Vor-Ort-Interviews und in einem Fall ein schriftliches Interview mit Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Kommune (Programmverantwortliche Sozialer Zusammenhalt) und/oder der Programmgebietsebene (in der Regel das Quartiermanagement) durchgeführt. Die Gespräche erfolgten entlang eines auf Basis der Untersuchungsfragen des Forschungsvorhabens entwickelten Interviewleitfadens (siehe Anhang 1). Die Ergebnisse aus der Dokumentenanalyse und den Interviews wurden je gutem Praxisbeispiel nach einer einheitlichen Struktur in einer tabellarischen Übersicht dokumentiert und aufbereitet (siehe Anhang 2). Auf Basis der Einzeldarstellungen wurde im letzten Schritt eine Ergebnissynopse zur Analyse der guten Beispiele erstellt (siehe Kapitel 3), die gemeinsam mit den Ergebnissen des Leistungsbausteins 1 die Grundlage war, um Handlungsempfehlungen für kommunale Maßnahmen zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt abzuleiten (siehe Kapitel 4).

Leistungsbaustein 3 Visualisierung der Forschungsergebnisse mittels Videotutorials

Ausgewählte Ergebnisse von Leistungsbaustein 1 und 2 wurden in Leistungsbaustein 3 in vier modularen Videotutorials visualisiert, die sich gezielt an kommunale Verantwortliche richten. Die Tutorials sollen Handlungsempfehlungen in Bezug auf die Umsetzung von städtebaulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in den Gebieten des Programms Sozialer Zusammenhalt vermitteln.

In Abstimmung mit dem Auftraggeber wurden folgende Themen für die Tutorials ausgewählt:

- Tutorial 1: Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt – Worum geht es?
- Tutorial 2: Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt – Welche Handlungsbedarfe gibt es?
- Tutorial 3: Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt – Handlungsfelder, Maßnahmen, Finanzierung,
- Tutorial 4: Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt – Akteure und Mitwirkende.

Das jeweilige Thema wurde basierend auf den Ergebnissen der Leistungsbausteine 1 und 2 in eine Storyline gefasst, die als Rahmen von einem Sprecher erzählt wird. Mit Realbildern aus dem kommunalen Umfeld wurde die Story illustriert (dynamischer Schnitt). Die Realbilder wurden in ausgewählten Kommunen der untersuchten guten Beispiele (siehe oben: Leistungsbaustein 2) aufgenommen sowie durch Material aus Bilddatenbanken ergänzt. An einigen Stellen wurden Grafiken mit animierten Sequenzen in die Videotutorials eingebaut, um u.a. Aufzählungen oder abstrakte Sachverhalte zu visualisieren. Zudem wurden praxisnahe Statements zu Umweltgerechtigkeit von Expertinnen und Experten aus den guten Beispielen in die Stories eingebunden. Dazu wurden mehrere Interviews geführt. Die Tutorials erhielten ein einheitliches Filmdesign (u.a. Titel, Bauchbinden, Abspann), um die Zusammengehörigkeit der Videos zu betonen.

Die Videotutorials stehen unter folgendem Link zum Download zur Verfügung: www.staedtebaufoerderung.info.

1.3 Zielerreichung und weiterer Forschungsbedarf

Die Ziele des Forschungsprojektes „Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt“,

- den integrierten Ansatz Umweltgerechtigkeit für die Gebiete des Programms Sozialer Zusammenhalt zu operationalisieren,
- für Akteure, die in den Kommunen für die Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt verantwortlich sind, Handlungsempfehlungen zur Konzeptualisierung und Umsetzung des Ansatzes in der Programmkulisse Sozialer Zusammenhalt abzuleiten und
- die abgeleiteten Handlungsempfehlungen in Form von Videotutorials für die kommunale Praxis zu visualisieren,

konnten mit der Bearbeitung der drei Leistungsbausteine „Zusammenstellung und Bewertung des aktuellen Forschungsstands“, „Auswahl, Auswertung von guten Beispielen“, „Visualisierung der Forschungsergebnisse mittels Videotutorials“ erreicht werden. Auch die mit den Zielen des Vorhabens verbundenen Forschungsfragen (siehe Kapitel 1.1) konnten beantwortet werden. Wichtig hierfür war insbesondere die Analyse der Praxisbeispiele. Trotz der relativ kleinen Gesamtanzahl bilden die acht Beispiele die Vielfalt sowohl der Fördergebiete des Programms Sozialer Zusammenhalt als

auch der Handlungsfelder im Bereich Umweltgerechtigkeit ab und variieren zudem mit Blick auf Stadtgrößen und Bundesländer. Der gewählte Methodenmix aus Dokumentenauswertung und Interviews von Vor-Ort-Expertinnen und -Experten erlaubten sowohl eine faktenbasierte Situationsanalyse als auch Einblicke in subjektive Einschätzungen zu Relevanz und Umgang mit dem Ansatz Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt.

Weiterer Forschungsbedarf lässt sich insbesondere mit Blick auf zwei Aspekte konstatieren:

- Seit 2020 besteht in der Städtebauförderung und damit auch im Programm Sozialer Zusammenhalt ein noch stärkerer Fokus auf die Themen Klima und Umwelt. Allerdings wird insbesondere im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung derzeit noch vielfach konzeptionell gearbeitet bzw. befinden sich viele Maßnahmen noch in der Planungsphase und werden erst im Laufe der kommenden Jahre umgesetzt. Analysen und Auswertungen der Maßnahmen können und sollten vorgenommen werden, wenn belastbare Daten und Informationen mit Blick beispielsweise auf bedarfsgerechte Maßnahmenentwicklung, Teilnehmungsformate, Kooperationen und Effekte vorliegen und aussagekräftige Ergebnisse erwarten lassen.
- Nicht nur in Deutschland spielen die Themen soziale und integrierte Stadtteilentwicklung sowie Umweltgerechtigkeit eine wichtige Rolle. Dies ist auch in anderen Ländern Europas (u.a. in Belgien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden) sowie in den USA der Fall. Ein Blick „über den Tellerrand“ in diese Länder kann wertvolle Hinweise für die Weiterentwicklung der Verschneidung von „sozialer und integrierter Stadtteilentwicklung“ mit „Umweltgerechtigkeit“ auf verschiedenen staatlichen Ebenen auch hierzulande generieren.

2. Forschungsstand

Der Forschungsstand zu Umweltgerechtigkeit kann mittlerweile als in Breite und Tiefe sehr fundiert bezeichnet werden. Ergebnisse von Grundlagen- und angewandter Begleitforschung zeigen unter anderem:

- Begriff, Definition und Elemente von Umweltgerechtigkeit sowie quantitative Indikatorik zur Identifizierung mehrfach belasteter Gebiete sind in der Forschungslandschaft umfassend herausgearbeitet und bauen hier auf einem breiten Konsens auf.
- Auch Handlungsempfehlungen zu Umweltgerechtigkeit für den politischen Raum sowie Verfahrensschritte für die kommunale Umsetzungsebene wurden erarbeitet.
- Auf der kommunalen Umsetzungsebene sind diese Ausarbeitungen allerdings weit weniger bekannt, werden selten „definitionsgemäß“ angewandt und sind hier nur in Maßen handlungsleitend. Gleichwohl lassen sich in vielen Quartiersentwicklungsprozessen „faktische“ Beiträge zu mehr Umweltgerechtigkeit erkennen, auch wenn sie meist nicht als solche etikettiert sind.
- Das Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt bietet viele „Andockpunkte“ für das Thema Umweltgerechtigkeit – vor allem im Handlungsfeld Grün- und Freiflächenentwicklung. In dem Programm sind Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit explizit förderfähig.
- Mit Blick auf organisationale Anforderungen zeigen sich im Konzept Umweltgerechtigkeit und im Programm Sozialer Zusammenhalt hohe Übereinstimmungen: ganzheitlicher Ansatz, ressortübergreifende Zusammenarbeit und Ressourcenbündelung auf der Verwaltungsebene, Aktivierung und Beteiligung im Quartier/Gebiet.
- Nur wenige Forschungsarbeiten haben sich bislang mit Wirkungen von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit befasst.

2.1 Umweltgerechtigkeit – Begriffsverständnis

Auch wenn in Deutschland bisher keine einheitliche Definition des Begriffs Umweltgerechtigkeit existiert – erstmals wurde der Begriff von Maschewsky (2001) für den deutschsprachigen Raum aufgegriffen –, wird er ausgehend von (umwelt-)epidemiologischen Studien übereinstimmend als Zusammenführung der Themen soziale Lage, Umwelt und Gesundheit verwendet. Dieser Zusammenhang wurde in einer Vielzahl von Modellen unter anderem der umweltbezogenen Gesundheitsforschung, Umwelt- sowie Sozialepidemiologie, Soziologie dargestellt, insbesondere unter den Aspekten Vulnerabilität verschiedener Bevölkerungsgruppen, Abhängigkeit des Gesundheitsverhaltens von den jeweiligen lokalen Lebensverhältnissen sowie Umwelt als Ressource (Bolte et al. 2012: 39 ff.).

Vor diesem Hintergrund verstehen Böhme u.a. (2015) den Begriff als ein normatives Leitbild, „das auf die Vermeidung und den Abbau der sozialräumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie die Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen“ zielt (ebd.: 46). Dieses Begriffsverständnis mit seiner sozial-räumlichen Implikation (mehrfach belastete Stadtquartiere) und der Betonung des Zusammenhangs von sozialer Lage, Umweltsituation und Gesundheit wird auch in weiteren jüngeren Fachpublikationen zum Thema Umweltgerechtigkeit sinngleich verwendet (BBSR 2021: 17; BMUB 2016: 7; Böhme/Bunge/Preuß 2016: 141 f., Böhme et al. 2019: 12, 28; Böhme/Franke 2021: 71; Böhme et al. 2022: 10 f.; Difu 2023; Gstach/Grimm-Pretner/Weichselbaumer 2022: 9; Planergemeinschaft Kohlbrenner 2016: 9, 21; Schubert et al. 2019: 7)¹. Dem Verständnis von Umwelt liegt dabei in der Regel die physische Dimension (natürliche und gebaute Umwelt) zugrunde; die soziale Umweltdimension (u.a. soziale Beziehungsgeflechte, soziale Interaktionen) bleibt meist unberücksichtigt (Böhme et al. 2015: 47; Struss 2022: 46 f.).

Insgesamt stellt Umweltgerechtigkeit also ein „normatives Konzept dar, welches den Umweltbegriff an den ethischen Begriff der Gerechtigkeit koppelt“ (Lange 2015: 50), den Hornberg/Bunge/Pauli (2011: 27 f.), Böhme et al. (2015: 15) und Grafe (2020: 26 f.) in drei Aspekte untergliedern, um ihn greifbarer zu machen:

- Verteilungsgerechtigkeit: sozialräumlich gerechte bzw. angemessene Verteilung von (nicht vermeidbaren) Umweltbelastungen, aber auch von Umweltressourcen,
- Zugangsgerechtigkeit: gleichberechtigter Zugang zu Umweltressourcen,
- Verfahrensgerechtigkeit: für alle Bevölkerungsgruppen gleiche Möglichkeiten der Beteiligung an umweltrelevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen, die Einfluss auf die menschliche Gesundheit haben können.

Gstach/Grimm-Pretner/Weichselbaumer (2022) benennen mit Verweis auf Davoudi/Brooks (2016) und Schlosberg (2009) mit Anerkennungsgerechtigkeit einen weiteren Einzelaspekt von Umweltgerechtigkeit. Hierbei „geht es um das Erkennen der Bedürfnisse, Werte und Vorlieben von allen Betroffenen in einer sicheren, fairen und nichtdiskriminierenden Umgebung“ (ebd.: 10). Ähnlich beschreibt Struss (2022: 19) diesen Aspekt als das Anerkennen und Respektieren von sozialen Differenzen.

Im Gegensatz zur theoretisch-konzeptionellen Ebene ist der Begriff Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis bislang noch wenig eingeführt und in der Regel noch immer erklärungsbedürftig (Böhme et al. 2015: 15; Hornberg/Bunge/Pauli 2011: 19; MKULNV 2015: 5). Daher wird Umweltgerechtigkeit bzw. das dahinterstehende Konzept hier auch kaum in seiner definitorischen Reinform

¹ Verschiedene Autorinnen und Autoren (Böhme et al. 2015: 47; Gstach/Grimm-Pretner/Weichselbaumer 2022: 9) weisen im Zusammenhang mit der Begriffsdefinition von Umweltgerechtigkeit ausdrücklich auf die Unterschiede zum Begriff „umweltgerecht“ hin, der sich – anders als Umweltgerechtigkeit – auf die Vermeidung negativer Wirkungen menschlicher Handlungs- und Produktionsweisen auf Umweltmedien (u.a. Boden, Wasser, Luft/Klima) bezieht.

thematisiert, wenngleich vielerorts Maßnahmen der integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung tatsächlich Aspekte von Umweltgerechtigkeit enthalten.

2.2 Relevanz des Themas Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt

Verschiedene Autorinnen und Autoren (u.a. Böhme/Franke 2012; Böhme/Bunzel 2014: 24; Planergemeinschaft Kohlbrenner 2016; Rüdiger/Riedel 2012; Zimmer-Hegmann 2012) haben bereits Anfang und Mitte der 2010er Jahre auf Übereinstimmungen zwischen dem Konzept Umweltgerechtigkeit und dem Programm Soziale Stadt, dem Vorläuferprogramm des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt, hingewiesen. Beide Ansätze – so Böhme/Bunzel (2014: 24) – verfolgen einen integrativen und gebietsbezogenen Ansatz und nehmen komplexe, miteinander zusammenhängende Problemlagen unter anderem der Umwelt und der sozialen Lage in den Blick. „Betrachtet man Umweltgerechtigkeit als Frage der Chancengleichheit beim Zusammenspiel von Umweltqualität, sozialem Status und gesundheitlicher Lage, zeigt sich daher in Hinblick auf die inhaltlichen Komponenten der Sozialen Stadt, dass in vielen Zusammenhängen der Umsetzung der Sozialen Stadt Umweltgerechtigkeit – obwohl sie begrifflich nicht vorkommt – eine teilweise gewichtige Rolle spielt und durch die inhaltlichen Handlungsfelder der Sozialen Stadt (insbesondere Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr und Umwelt, Gesundheit) faktisch abgedeckt wird“ (ebd.). Die Planergemeinschaft Kohlbrenner verweist 2016 insbesondere auf Übereinstimmungen in den strategisch-organisationalen Ansätzen des Programms Soziale Stadt und dem Konzept Umweltgerechtigkeit: „Gerade die für das Programm Soziale Stadt typische integrierte Betrachtungsweise von Problemlagen, die entsprechende Ableitung von Maßnahmen in einem städtebaulichen Entwicklungskonzept sowie die Einbindung verschiedener Akteursgruppen und Ressorts scheinen für die Förderung von Umweltgerechtigkeit besonders geeignet, denn diese erfordert eine ressortübergreifende und sozialräumliche Betrachtung“ (Planergemeinschaft Kohlbrenner 2016: 9).

Vor dem Hintergrund dieser inhaltlichen Kongruenz empfahl die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) im 2014 veröffentlichten Positionspapier „Umwelt- und Gesundheitsaspekte im Programm Soziale Stadt – Ein Plädoyer für eine stärkere Integration“, die Schnittstellen zwischen dem Programm und dem Ansatz Umweltgerechtigkeit auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen zu identifizieren und zu nutzen (ARL 2014: 8 f.). In eine ähnliche Richtung gehend empfiehlt die Planergemeinschaft Kohlbrenner (2016: 13), dass Umweltgerechtigkeit „nicht als neues Handlungsfeld in der Sozialen Stadt eingeführt, sondern als ‚neue Brille‘ genutzt werden [sollte], die die Zusammenhänge zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage in den Fokus nimmt und einen neuen Blick auf die Programmatik und Umsetzung der Sozialen Stadt wirft“.

Diese Empfehlungen wurden auf der politisch-strategischen und programmatischen Ebene ab 2016 aufgegriffen und mit „der Fortschreibung der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2016 [wurde] dem Ansatz im Programm Soziale Stadt erstmals und explizit ein größeres Gewicht gegeben“ (Planergemeinschaft Kohlbrenner 2016: 11): Umweltgerechtigkeit wurde als Fördertatbestand verankert. Auch die 2016 vom Bund beschlossene ‚Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt‘ geht explizit auf Umweltgerechtigkeit ein (ebd.). In den Folgejahren blieb Umweltgerechtigkeit Programmbestandteil. Dies änderte sich auch nicht durch die Novellierung der Städtebauförderung im Jahr 2020, mit der das Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ die Nachfolge der Sozialen Stadt antrat. In der 2023 veröffentlichten Programmstrategie Sozialer Zusammenhalt wird das Thema Umweltgerechtigkeit explizit mit Blick auf Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen des Programms aufgegriffen (BMWSB 2023: 19 f., 23) und mit der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2023/2024 können neben Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit nun auch Maßnahmen zur Stärkung der Chancen auf Umweltbildung mit Mitteln des Programms Sozialer Zusammenhalt gefördert werden (VV Städtebauförderung 2023/2024: Art. 7, Abs. 3).

Auch in der Programmumsetzung vor Ort nimmt das Thema Umweltgerechtigkeit ab Mitte der 2010er Jahre einen größeren Stellenwert ein. Ergebnisse der Forschungsstudie „Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage“ (BMUB 2016) zeigen unter anderem, dass die Belange von Umweltgerechtigkeit bis dato stärker als noch zu Beginn der Programmumsetzung im Bewusstsein der handelnden Akteure verankert waren. Dennoch konnte 2016 weder von einem einheitlichen Begriffsverständnis ausgegangen werden, noch war Umweltgerechtigkeit ein eigenes Handlungsfeld der Sozialen Stadt bzw. explizit Bestandteil der Programmumsetzung geworden. So werden in der Studie verschiedene Fallbeispiele aus unterschiedlichen Programmkommunen der Sozialen Stadt vorgestellt, in denen verschiedene Aspekte des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in Handlungsfeldern wie Grün- und Freiflächen, Wohnen, Verkehr, Bildung, Gesundheitsförderung aufgegriffen wurden, ohne aber in der Regel explizit auf Umweltgerechtigkeit einzugehen (ebd.).

2.3 Indikatoren zur Bewertung von Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt mit Blick auf Umweltgerechtigkeit

Um den Ansatz Umweltgerechtigkeit in der Programmkulisse Sozialer Zusammenhalt umsetzen, ist es zunächst erforderlich zu ermitteln, ob und inwieweit ein Fördergebiet – neben der für die Ausweisung als Programmgebiet Sozialer Zusammenhalt ausschlaggebenden sozialen Benachteiligung – überdurchschnittlich von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen betroffen bzw. unterdurchschnittlich mit gesundheitsbezogenen Umweltressourcen versorgt ist. Hierfür kommen sowohl quantitative als auch qualitative Indikatoren in Betracht.

In verschiedenen Modellvorhaben, Forschungsprojekten, Untersuchungen und Kommunen (Sen-UMVK Berlin 2022; SenUVK Berlin 2019; Kirstein/Sieber 2020: 10 ff.; Böhme et al. 2015; Planungsbüro STADTKINDER 2014) sind Ansätze entwickelt worden, um mittels sogenannter Mehrfachbelastungsanalysen und -karten räumliche Ungleichverteilungen von Umweltbelastungen und -ressourcen auf gesamtstädtischer Ebene zu identifizieren. Dabei werden mit Hilfe Geografischer Informationssysteme „unterschiedliche Indikatoren für Umweltbelastungen (z.B. Lärmpegel, Feinstaubkonzentration) räumlich überlagert und kumulativ dargestellt“ (Kirstein/Sieber 2020: 10). Ein Mangel an Umweltressourcen, z.B. eine unzureichende Versorgung mit Grünflächen, wird dabei gleichermaßen als Umweltbelastung betrachtet (ebd.). Diese Mehrfachbelastungsanalysen basieren vorrangig auf quantitativen Umwelt-, Sozial- und teils Gesundheitsindikatoren, zu denen die folgende Tabelle einen zusammenfassenden Überblick gibt.

Tabelle 1: In Mehrfachbelastungsanalysen verwendete quantitative Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsindikatoren

Umweltindikatoren	Sozialindikatoren	Gesundheitsindikatoren
<ul style="list-style-type: none"> • Lärmbelastung (Straßen-, Schienen- und Luftverkehrslärm) • von Lärm betroffene Menschen • gebäudescharfe Lärmverteilung • Luftbelastung (Feinstaub, Stickoxid) • thermische Belastung • Überwärmungsgebiete/Gebiete mit Überwärmungspotential • Hitzetage/Tropennächte • Versorgung mit/Erreichbarkeit von (öffentlichen) Grünflächen • Bebauungsdichte (Grundflächenzahl) • Lichtverschmutzung 	<ul style="list-style-type: none"> • Langzeitarbeitslosigkeit • Jugendarbeitslosigkeit • erwerbstätige SGB II-/SGB XII-Empfängerinnen/Empfänger • Wohngeldbezieherinnen/-bezieher • Kinderarmut bzw. SGB II-Empfängerinnen/Empfänger unter 15 Jahre • Altersstruktur • Übergangsquote aufs Gymnasium • Schulentlassene der Hauptschule (oder vergleichbarer Schulform) ohne Bildungsabschluss 	<ul style="list-style-type: none"> • Kinder mit Übergewicht und Adipositas bei Schuleingangsuntersuchungen • Kinder mit grobmotorischen Störungen bei Schuleingangsuntersuchungen. • Sterblichkeit durch Atemwegserkrankungen • belastungsspezifische Krankheiten

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf SenUMVK Berlin 2022; Kirstein/Sieber 2020: 10 ff.; Böhme et al. 2015; Planungsbüro STADTKINDER 2014.

Verschiedene Autorinnen und Autoren (Difu 2023; Kirstein/Sieber 2020: 10; Lessel 2019) weisen darauf hin, dass für eine Gesamtbewertung der Umweltgerechtigkeitssituation in einer Stadt bzw. in

einem als mehrfachbelastet identifizierten Teilraum ergänzend qualitative Indikatoren hinzugezogen werden sollten, also Merkmale deren Ausprägung mittels Einschätzungen bzw. Bewertungen erfasst wird. Qualitative Indikatoren dienen dazu (Kirstein/Sieber 2020: 10):

- Belastungen und Ressourcen der Umwelt sowie Aspekte der sozialen und gesundheitlichen Lage zu beschreiben, die mit quantitativen Indikatoren allein nicht erfasst werden können,
- fehlende quantitative Daten auszugleichen,
- Handlungsbedarf in mehrfach belasteten Gebieten zu konkretisieren,
- bedarfsgerechte Maßnahmen für diese Gebiete zu entwickeln.

Der Einsatz qualitativer Indikatoren im Kontext von Umweltgerechtigkeit scheint jedoch noch eher selten zu sein. So konstatiert Struss (2022: 51), dass in keiner der Publikationen, die er im Rahmen seiner Masterarbeit zum Verständnis von städtischer Umweltgerechtigkeit in Forschung und Praxis ausgewertet hat, qualitative Daten bzw. Indikatoren wie Erwartungen, Zufriedenheit oder subjektiv empfundene Belastungen vor Ort in die Identifizierung mehrfachbelasteter Teilräume eingeflossen sind. Eine Ausnahme stellt insofern eine Studie der Landeshauptstadt Dresden dar, mit der die subjektive Belastung der Einwohnerinnen und Einwohner durch Hitzeereignisse in zwei Quartieren, die sich nach Bebauungs- und Sozialstruktur deutlich unterscheiden, untersucht wurde (Böhme et al. 2022b: 31 ff.).

Ein Grund für den seltenen Einsatz qualitativer Indikatoren ist vermutlich, dass die Erhebung qualitativer Indikatoren aufwendig ist. Vorortbegehungen, Befragungen von Bewohnerinnen und Bewohnern zu ihren alltäglichen Erfahrungen und Einschätzungen sowie Expertengespräche mit Quartiersakteuren u.ä. sind hierfür erforderlich (Difu 2023). Aber – so stellen Böhme et al. (2018) fest – der Aufwand lohnt sich: „Nicht selten stellen sich quantitative Analysebefunde ‚in einem anderen Licht‘ dar, wenn bei ihrer Interpretation qualitative Informationen und Einschätzungen mit einfließen“ (ebd.: 112). Gemeinsam mit quantitativen Daten und Indikatoren ergibt sich so ein umfassendes und detailliertes Bild von Mehrfachbelastungen und dem Bedarf, die Umweltqualität vor Ort zu verbessern (Difu 2023).

2.4 Handlungsfelder und Maßnahmen

Generell, also auch außerhalb der Programmkulisse Sozialer Zusammenhalt, werden in der Forschungsliteratur insbesondere folgende inhaltlich-thematische Handlungsfelder für die Schaffung von (mehr) Umweltgerechtigkeit als relevant benannt (Böhme et al. 2015: 18 f.; Böhme/Bunge/Preuß 2016: 149 f.; Böhme et al. 2022: 11; Difu 2023; DUH 2011):

- Lärmschutz, z.B. Einsatz lärmoptimierter Fahrbahnbeläge, Einbau von Schallschutzfenstern, Geschwindigkeitsbegrenzungen,
- Luftreinhaltung, z.B. Durchfahrtsverbote für Lkw, Lenkung des Pkw-Verkehrs,
- Freiraumentwicklung, z.B. Erhalt und Schaffung von Grünflächen sowie von Spiel- und Bewegungsflächen, Schaffung temporärer grüner Zwischennutzungen, Hofbegrünung,
- Klimaschutz, z.B. energetische Sanierung im Gebäudebestand, Energieberatung,
- Klimaanpassung, z.B. Förderung von Grünstrukturen zur Reduzierung von Überwärmung,
- Verkehr und Mobilität, z.B. Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, Förderung von Fuß- und Radverkehr, barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums/des Wohnumfeldes,
- Umweltbildung, z.B. Schaffung von Umwelt- und Naturerfahrungsräumen, Informationen zu Umwelt für Erwachsene.

Die Ergebnisse verschiedener Studien zeigen, dass vor allem die Grün- und Freiflächenentwicklung Anknüpfungspunkte zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit in mehrfach belasteten Quartieren bietet (BBSR 2019; DUH 2015; Gstach/Grimm-Pretner/Weichselbaumer 2022; Hornberg/Bunge/Pauli 2011; Lessel/Wellmann 2021; MKULNV NRW 2016b; Planergemeinschaft Kohlbrenner 2016). So wird u.a. betont, dass die Weiterentwicklung des Grüns in sozial benachteiligten Gebieten Möglichkeiten für Naherholung, Begegnung, Bewegung und Gesundheit schaffen bzw. verbessert und damit ein Beitrag zur Umweltgerechtigkeit geleistet wird (BBSR 2019: 18f). Auch wird konstatiert, dass Grün- und Freiräume generell „über ein hohes Potenzial [verfügen], sozial-räumlicher Polarisierung und sozialen Abstiegsprozessen von städtischen Gebieten entgegenzuwirken (Hornberg/Bunge/Pauli 2011: 13). So ist es nicht verwunderlich, dass der Themenverbindung Stadtgrün und Umweltgerechtigkeit auch auf der operativen Ebene von Programmen und Konzepten zunehmend Bedeutung beigemessen wird – dies zeigt sich beispielsweise in kommunalen Freiraumentwicklungskonzepten sowie in städtebaulichen Förderprogrammen, in denen explizit Bezüge zwischen Umweltgerechtigkeit und Grünraumversorgung hergestellt werden, wie Gstach/Grimm-Pretner/Weichselbaumer (2022: 10) hervorheben.

Auch im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt weist das Handlungsfeld „Grün- und Freiflächenentwicklung“ eine herausragende Bedeutung auf. Dies verdeutlichen folgende Auswertungsergebnisse der elektronischen Begleitinformationen, die von den Kommunen im Programmjahr 2021 zu den geförderten Gesamtmaßnahmen erstellt wurden (vgl. BBSR 2022):

- Für 41 % der Fördergebiete werden Missstände der grünen Infrastruktur als Problemlage benannt.
- Soweit für die Gebiete sektorale teilräumliche Konzepte vorliegen (insgesamt 32 % der Fördergebiete), beziehen sie sich in 69 % der Fälle thematisch auf Grün- und Freiräume.
- Mit Blick auf Klimaschutz und Klimaanpassung sind in 82 % der Gebiete Maßnahmen zur Schaffung, zum Erhalt und zur Erweiterung von Grünanlagen und Freiräumen sowie in 58 % der Gebiete Maßnahmen zur Vernetzung von Grün- und Freiflächen vorgesehen.

Der besondere Stellenwert des Handlungsfelds Grün- und Freiflächenentwicklung bedeutet jedoch nicht, dass andere thematische Zugänge weniger bedeutsam wären – im Gegenteil, denn: „Es gibt nicht das eine Handlungsfeld für Umweltgerechtigkeit. Zielführende Maßnahmen können in verschiedenen Feldern verortet sein. Nahezu alle Handlungsfelder der Sozialen Stadt scheinen geeignet, der Definition für Umweltgerechtigkeit folgend, Beiträge zur Reduzierung, Vermeidung und Kompensation von Umweltbelastungen zu leisten oder zu einem sozial gerechteren Zugang zu Umweltressourcen beizutragen – direkt oder indirekt“ (Planergemeinschaft Kohlbrenner 2016: 33).

Weitere Hinweise auf die Vielfalt von für Umweltgerechtigkeit relevante Handlungsfelder im Kontext des Programms Sozialer Zusammenhalt finden sich in der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2023/2024 und im Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE). Die Verwaltungsvereinbarung nennt Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung/-lenkung sowie zum baulichen Lärmschutz als förderfähige Beispiele zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit; zudem ist auch die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Chancen auf Umweltbildung möglich (VV Städtebauförderung 2023/2024: Art. 7, Abs. 3). Aus dem Programm BENE konnten bis 2020 Projekte in Berliner Quartiermanagementgebieten (der Sozialen Stadt) gefördert werden, die direkt oder indirekt zur Reduzierung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen durch Lärm und/oder Luftverunreinigungen im Wohnumfeld beitragen. Förderfähig waren zum Beispiel (vgl. SenUVK Berlin o.J.):

- Umgestaltung von Straßen mit dem Ziel der Verkehrslärmreduzierung (z.B. Maßnahmen in Hinblick auf die Straßenaufteilung [Querschnitt] und/oder den Straßenbelag, Straßenneugestaltung mit Fahrbahnsanierung, Anpassung von Verkehrsführungen),

- straßenräumliche Maßnahmen zur Förderung des Fahrrad-, Fußgängerverkehrs sowie des ÖPNV,
- Einrichtung von Modellstrecken, an denen das Zusammenwirken mehrerer Lärminderungsmaßnahmen exemplarisch getestet wird,
- Installation von Lärmschutzwänden,
- Lärminderungsmaßnahmen des ÖPNV, z.B. lärmarme Gleisanlagen, Grüngleis.

2.5 Wirkungen von Maßnahmen

Nur vereinzelt enthalten Forschungsstudien und -untersuchungen explizite Aussagen zu Wirkungen von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit. So wurde im Projekt „Grün- und Freiflächen in der Sozialen Stadt“ der Deutschen Umwelthilfe (Biercamp/Wissel/Spreter 2017), in dem 20 mit Blick auf die Beteiligung der Bewohnerschaft bei Planung und Durchführung vorbildliche Grünprojekte in Programmgebieten der Sozialen Stadt dokumentiert wurden, unter anderem untersucht, welche positiven Auswirkungen die Maßnahmen im Grünbereich auf das Quartier und seine Bewohnerschaft haben. Mit Blick auf Umweltgerechtigkeit zählen hierzu (ebd.):

- Es wurden vielfältige Möglichkeiten für die Bewohnerschaft geschaffen (z.B. Kiezspaziergänge, Mitmachaktionen), sich kontinuierlich und aktiv an der Planung und Umsetzung der Maßnahmen zu beteiligen. Dabei wurden durch unterschiedliche Formate der Beteiligung und gezielte Ansprache auch bis dahin inaktive Personengruppen wie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erreicht (Verfahrensgerechtigkeit).
- Teils haben sich aus dem Beteiligungsprozess heraus Interessengruppen, Vereine und Kleinprojekte gegründet, die dafür sorgen, dass heute Leben auf den Grünflächen ist, dass sie bespielt werden.
- Mit neu gestalteten Grünanlagen, Plätzen, und Straßenräumen wurden neue Orte der Begegnung und Kommunikation, aber auch für Bewegung geschaffen (Verteilungsgerechtigkeit).
- Mit naturnahen Grünflächen, Wassererlebnispfaden u.ä. wurden Naturerfahrungsräume – insbesondere für Kinder und Jugendliche – geschaffen (Umweltbildung).
- Teils wurde die Zugänglichkeit und Aufenthaltsqualität bestehender Grün- und Blauräume verbessert (Zugangsgerechtigkeit).
- Die Grünprojekte haben zu einer wachsenden Identifikation der Bewohnerschaft mit ihrem Wohnumfeld sowie zu einer Imageverbesserung der Quartiere beigetragen.

Neben positiven Wirkungen werden in der Forschungsliteratur teils auch mögliche unerwünschte Effekte von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität thematisiert. Böhme et al. (2019: 114) weisen darauf hin, dass vor allem in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt zu beachten ist, dass Verbesserungen der Umweltqualität des Wohnumfeldes zu nicht beabsichtigten Effekten wie Mieterhöhungen führen können, in deren Folge ökonomisch weniger leistungsfähige Bewohnerinnen und Bewohner verdrängt werden (Gentrifizierung). In diesen Fällen bedarf es ggf. flankierender Instrumente des Mieterschutzes (z.B. Milieuschutzsatzungen) sowie verstärkter Investitionen in geförderte/bezahlbare Mietwohnungen (ebd.).

Mit der Feststellung von Wirkungen von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit hat sich die Planergemeinschaft Kohlbrenner in der im Auftrag des BBSR erstellten Studie „Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt“ auseinandergesetzt. Als ein Ergebnis dieser Untersuchung weist die Planergemeinschaft Kohlbrenner darauf hin, dass „die Reduzierung einiger gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen wie etwa Lärm oder Feinstaub [zwar] messbar“ sei und dass sich „auch die Anzahl

oder Größe neu geschaffener Grünräume (...) beziffern“ lasse (Planergemeinschaft Kohlbrenner 2016: 44), also insbesondere Outputs (Ergebnisse) und Outcomes (Auswirkungen) quantitativ erfasst werden können. Allerdings sei eine „eindeutige quantitative Beurteilung der Wirksamkeit entsprechender Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit“ und damit die Identifizierung von Impacts (Einwirkungen) eher schwierig (ebd.). So seien die Einflussfaktoren auf Gesundheit „vielfältig, ihr Zusammenspiel hochkomplex. Es ist schwierig, dabei die verhältnisbedingten (...) und verhaltensbedingten (...) Ursachen voneinander zu unterscheiden. Auch die individuelle Vulnerabilität spielt eine große Rolle“ (ebd.). Auch auf den Faktor Zeit wird verwiesen: Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit benötigten längere Zeiträume, bis sie sich auf die gesundheitliche Situation Einzelner auswirkten (ebd.). Letztlich seien es daher vor allem qualitative Aussagen, auf deren Basis sich Impacts von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit abschätzen ließen (ebd.: 44 ff.).

2.6 Organisation und Management

Das Thema Organisations- und Managementstrukturen für mehr Umweltgerechtigkeit betrifft sowohl die Verwaltungs- als auch die Gebietsebene.

Verwaltungsebene

In verschiedenen Forschungsarbeiten (ARL 2014; BMUB 2016: 8; Böhme et al. 2022: 11; Hornberg/Bunge/Pauli 2011: 90 f.) wird betont, dass Umweltgerechtigkeit ein Querschnittsthema ist, das nur als integrierter Organisations- und Verfahrensansatz operationalisiert bzw. nicht „von einem kommunalen Fachbereich alleine verantwortet und wie eine singuläre Umweltschutzmaßnahme umgesetzt werden kann“ (Böhme et al. 2022: 11). Als relevant für das Thema Umweltgerechtigkeit werden in der Fachliteratur insbesondere die Verwaltungsbereiche Stadtplanung/Stadtentwicklung, Umwelt/Grün, Gesundheit/Sport, Soziales, Jugend, Bildung, Statistik/Geoinformation angesehen (vgl. Böhme et al. 2015: 22, 113; Gal et al. 2015: 11). Lange (2015: 3) hebt den Bereich Stadtentwicklung als den dafür prädestinierten Akteur auf der kommunalen Verwaltungsebene hervor.

Die Ergebnisse der Zwischenevaluierung und Begleitforschung zum Programm „Soziale Stadt“ zeigen allerdings, dass insbesondere die Bereiche Gesundheit, Umwelt und Grün „nicht im besonderen Fokus der Programmverantwortlichen standen“ (Böhme et al. 2018: 13 f.). Unter anderem gilt es daher, organisations- und verfahrensspezifische Engstellen zu überwinden. An dieser Stelle setzen auch Hinweise von Böhme/Franke (2012: 322) an, wenn sie betonen, „dass für eine Stärkung des Bereichs natürliche Umwelt der hierfür zentrale Akteur Umweltamt stärker in die integrierte Stadtteilentwicklung einbezogen werden muss“.

Wie das Handeln für mehr Umweltgerechtigkeit auf der Verwaltungsebene im Detail organisiert wird, ist von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Generell konstatiert dazu die Planergemeinschaft Kohlbrenner (2016: 53): „In Kommunen mit eingeführten ressortübergreifenden Kooperationen sind die Voraussetzungen für zielgerichtetes und integriertes Handeln im Sinne der Umweltgerechtigkeit besser. Schwierig hingegen gestalten sich entsprechende Vorhaben, wenn diese Basis fehlt.“ In vielen Kommunen, die Erfahrungen mit der Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt haben, sind ämterübergreifende Strukturen bereits vorhanden und können daher auch für die Umsetzung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit genutzt werden (vgl. Jahnke/Stelmacher/Wagner 2019: 334).

Gebietsebene

Auf der Gebietsebene stehen unter dem Aspekt Management und Organisation von mehr Umweltgerechtigkeit vor allem die lokale Bewohnerschaft und andere lokale Akteure im Fokus. Es geht darum, sie umfassend an der Bedarfsanalyse, Maßnahmenentwicklung und -umsetzung zu beteiligen bzw. beteiligungsfernere Gruppen zur Mitwirkung zu befähigen („Empowerment“) sowie Akteure und ihre Ressourcen miteinander zu vernetzen bzw. in Kooperationen zu bringen. Hierbei haben die Quartiersmanagements eine Schlüsselrolle (Planergemeinschaft Kohlbrenner 2016: 12).

Die Bedeutung von Partizipation im Kontext von Umweltgerechtigkeit und von geeigneten Partizipationsansätzen wird unter anderem in der Publikation „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation auf Augenhöhe“ (DUH 2014) verdeutlicht. Vor allem die Notwendigkeit, weniger artikulationsstarke bzw. bildungsfernere Bevölkerungsteile in benachteiligten Quartieren zu erreichen, wird als eine besondere Herausforderung hervorgehoben (ebd.: 10 f.). Auch Böhme/Bunge/Preuß (2015: 153 f.) betonen die generelle Bedeutung, die Interessen und Wünsche, das Know-how und die Ortskenntnis insbesondere der Quartiersbewohnerschaft einzubeziehen, also das „lokale Wissen der Bürgerinnen und Bürger mit dem Fachwissen der Verwaltung zu kombinieren“ (ebd.). Allerdings stellten die „soziale Selektivität von Beteiligung“ und damit eine kaum herzustellende Verfahrensgerechtigkeit „eines der zentralen und bislang weitgehend ungelösten Defizite von Partizipation dar“ (ebd.). Auch wird darauf hingewiesen, mit „klassischen“ Beteiligungsveranstaltungen „sozioökonomisch benachteiligte und beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen (...) [aufgrund] kultureller oder Sprachbarrieren (intellektuell oder fachlich anspruchsvolle Formulierungen, ausschließlich deutschsprachige Informationen)“ kaum erreichen zu können (ebd.). Erforderlich sei es daher, „geeignete Beteiligungsverfahren und -verfahren [zu] entwickeln (...), um diese Bevölkerungsgruppen im Quartier erfolgreich anzusprechen und zur Mitwirkung anzuregen“ (ebd.).

2.7 Verfahren und Prozess

Wenn eine Kommune sich auf den Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit machen will, sind – so die Ergebnisse verschiedener Studien und Veröffentlichungen (BMUB 2016; Böhme et al. 2019; Difu 2023; MKULNV NRW 2016a) – bestimmte Schritte nötig. Neben eher grundsätzlichen Überlegungen (Anknüpfungspunkte für Umweltgerechtigkeit identifizieren, Argumentation für Umweltgerechtigkeit erarbeiten) und organisationalen Notwendigkeiten (relevante Verwaltungsakteure identifizieren, Federführung festlegen, Verwaltung beauftragen) werden für die konkrete Umsetzung von Umweltgerechtigkeit folgende Verfahrens- und Prozessschritte empfohlen:

Identifizierung von mehrfach belasteten Teilräumen

Handlungsorte für mehr Umweltgerechtigkeit sind Gebiete in Städten, in denen sich Mehrfachbelastungen in Form umweltbezogener, sozialer und gesundheitlicher Benachteiligungen konzentrieren. Um zu einem belastbaren Vergleich der verschiedenen Teilräume zu gelangen, sollten geeignete Daten und Indikatoren zur Umweltsituation, sozialen sowie gesundheitlichen Lage kleinräumig ausgewertet und die Ergebnisse georeferenziell visualisiert werden (siehe ausführlich Kapitel 2.2). Liegen solche Daten nicht oder nur zu einzelnen Aspekten vor – dies kann beispielsweise in kleineren kreisangehörigen Kommunen der Fall sein – sollte das Expertenwissen von Verwaltungsakteuren insbesondere der Bereiche Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr, Gesundheit, Soziales über die Situation in verschiedenen städtischen Teilräumen herangezogen werden. Auch in Kommunen mit guter Datenlage sollte dieses Expertenwissen zusätzlich genutzt werden, um quantitative Analysebefunde besser einordnen zu können (BMUB 2016: 9; Böhme et al. 2019: 111 f; Difu 2023; MKULNV NRW 2016a: 50).

Gebiets-/Bedarfsanalyse

In Teilräumen, die als mehrfach belastet identifiziert wurden, ist es erforderlich, gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Vor-Ort-Akteuren den konkreten Handlungsbedarf in Richtung mehr Umweltgerechtigkeit zu ermitteln. Leitende Fragen sind dabei: Welche gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen vor Ort müssen verringert bzw. abgebaut, welche gesundheitsförderlichen Umweltressourcen erweitert werden? Grundlage dafür ist erst einmal eine indikatorenbasierte Analyse der Umweltsituation im Gebiet. Dafür können Daten genutzt werden, mit denen das gesamtstädtische Indikatorenset zur Identifizierung mehrfach belasteter Teilräume gebietsspezifisch verfeinert wird. Auf einer solchen indikatorengestützten Gebietsanalyse aufbauend sollte dann eine qualitative, auf Partizipation basierende Auseinandersetzung mit dem konkreten gebietsbezogenen Bedarf zur Verbesserung der Umweltsituation erfolgen. Hierbei geht es vor allem um Einschätzungen und

Bewertungen von Menschen, die vor Ort leben, arbeiten und die Gebietssituation als Teil ihres alltäglichen Lebens genau kennen. Für diese partizipative Bedarfsanalyse müssen passgenaue Beteiligungsformate entwickelt bzw. eingesetzt werden (BMUB 2016; Böhme et al. 2019: 112 f.; Bundestransferstelle Soziale Stadt 2014a: 9; Difu 2023; MKULNV NRW 2016a: 50).

Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen

Ist der Handlungsbedarf in mehrfach belasteten Gebieten identifiziert, geht es darum, für die betroffenen Quartiere bzw. Teilräume detaillierte Ziele und Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit zu entwickeln und umzusetzen – ebenfalls unter intensiver Beteiligung von Bewohnerschaft und anderen Vor-Ort-Akteuren (MKULNV NRW 2016a: 52). Ziele und Maßnahmen können sich auf folgende Aspekte beziehen (vgl. Böhme et al. 2019: 114):

- zusätzliche gesundheitsrelevante Umweltbelastungen vermeiden,
- gesundheitsrelevante Umweltbelastungen abbauen oder reduzieren,
- Kompensation schaffen (z.B. Grünflächenentwicklung), wenn gesundheitsrelevante Umweltbelastungen nicht reduziert werden können,
- gesundheitsförderliche Umweltressourcen wie beispielsweise Grün- und Blauräume (weiter-) entwickeln.

Eine Reihe von Handlungsfeldern haben sich als relevant herausgestellt, in denen diese Aspekte berücksichtigt und Beiträge für mehr Umweltgerechtigkeit geleistet werden können: Lärmschutz, Luftreinhaltung, Grün- und Freiflächenentwicklung, Klimaschutz/Klimaanpassung, Mobilität/Verkehr, Umweltbildung (BMUB 2016: 11; Böhme et al. 2019: 114; Difu 2023).

2.8 Förderliche Rahmenbedingungen

In der kommunalen Umsetzungspraxis finden sich unterschiedliche Rahmenbedingungen, die Maßnahmen und Projekte für mehr Umweltgerechtigkeit in Gebieten des Programms Sozialer Zusammenhalt zum Erfolg führen können. Entsprechende Dokumentationen finden sich vor allem in den Publikationen „Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage“ (BMUB 2016) und „Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler“ Ebene (Böhme u.a. 2022):

- Rahmenkonzept: In Stuttgart-Hallstadt war die Einbindung eines Schlüsselprojektes in das gebietsbezogene Freiraumkonzept, „das politisch große Rückendeckung erfuhr“, zentral (BMUB 2016: 19).
- Ressortübergreifende Zusammenarbeit: Am Beispiel Hamburg-Langenhorn zeigt sich, wie mit dem „richtigen“ Verwaltungshandeln mehr Umweltgerechtigkeit geschaffen werden kann: Ein klarer Arbeitsauftrag im federführenden Amt, ein ämterübergreifender Gebietsarbeitskreis, die Zusammenarbeit aller relevanten Fachämter und eine Quartiersentwicklerin als Schlüsselakteur vor Ort waren hier die rahmensetzenden Faktoren (ebd.: 20 f.).
- Ressourcenbündelung: Erfolge in Kiel-Gaarden konnten vor allem durch Ressourcenbündelung auf der Verwaltungsebene erreicht werden, insbesondere über die Zusammenarbeit zweier Dezernate (ebd.: 25).
- Partizipation: Wichtiger Erfolgsfaktor für Maßnahmen mit Bezug zu Umweltgerechtigkeit im Berliner Stadtteil Wedding und in Potsdam-Drewitz war eine intensive Beteiligung der Stadtteilbevölkerung bereits an der Maßnahmenentwicklung (ebd.: 26, 28 f.).

Als generelle Erfolgsfaktoren werden in der Untersuchung „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen genannt“ genannt (Böhme et al. 2019: 95):

- intensive Selbstvergewisserung in der Kommune über Vorstellungen und Ziele im Zusammenhang mit Umweltgerechtigkeit (gemeinsames Verständnis, gemeinsame Ziele, gemeinsames ‚Ziehen an einem Strang‘),
- Rückendeckung durch die Kommunalpolitik (z.B. durch einen Beschluss zu Umweltgerechtigkeit),
- Benennung einer ‚Kümmerer‘- bzw. Ansprechperson in der Verwaltung (bis hin zu einer dezidierten Federführung),
- geeignete Strukturen und Verfahren der Verwaltungszusammenarbeit wie ressortübergreifende Gremien auf Steuerungs- und Arbeitsebene.

Hinzu kommen förderliche Rahmenbedingungen, die allgemein und unabhängig vom Thema Umweltgerechtigkeit für die Programmumsetzung Sozialer Zusammenhalt gelten (vgl. Böhme et al. 2018: 151, 179 f., 204 ff., 231 f.):

- ausreichende finanzielle und Personalressourcen auf der kommunalen Verwaltungsebene,
- ausreichende Ressourcenausstattung von Einrichtungen und Projekten auf der Quartiersebene,
- ausreichende Möglichkeiten der Finanzierung von Personalkosten durch Förderprogramme,
- ausreichende Möglichkeiten der Finanzierung begleitender Maßnahmen zur Aneignung physischer Strukturen durch die „Zielgruppen“ im Rahmen von Förderprogrammen,
- langfristige Förderung von Quartiermanagements.

2.9 Bewertung des Forschungsstands

Der zusammenfassende Blick auf den Forschungsstand zum Thema Umweltgerechtigkeit zeigt: Es ist im akademischen Raum stärker als in der kommunalen Umsetzungspraxis angekommen, und es weist viele strategische und inhaltliche Anknüpfungspunkte zum Programm Sozialer Zusammenhalt auf. Diese Schnittstellen werden in vielen Fällen „faktisch“ auch genutzt, allerdings meist „beiläufig“ und nur selten mit der expliziten Zielsetzung Umweltgerechtigkeit.

Was zeigt der etwas detailliertere Blick?

Spätestens seit 2015 liegt eine umfassende Definition von „Umweltgerechtigkeit“ vor, die seitdem Ausgangsbasis verschiedener Forschungsstudien in diesem Themenfeld ist. Auch an Hinweisen zur Umsetzung des integrativen Ansatzes Umweltgerechtigkeit auf der kommunalen Ebene mangelt es in der Forschungsliteratur nicht – bis hin zu konkreten Handlungsempfehlungen für Kommunalpolitik und -verwaltung. Gleichzeitig wird deutlich, dass nur sehr wenige deutsche Städte Begriff und Ansatz tatsächlich nutzen bzw. explizit das Ziel verfolgen, mehr Umweltgerechtigkeit in ihrer Kommune schaffen zu wollen. Vielmehr zeigt sich: Begriff und Ansatz „Umweltgerechtigkeit“ erscheinen auf der städtischen Umsetzungsebene offenbar als zu sperrig, zu komplex, zu wenig selbsterklärend und auch zu wenig „dringlich“, um daraus ein eigenständiges bzw. zusätzliches Thema in der kommunalen Landschaft zu machen. Damit geraten bereits bestehende kommunale Strategien, Konzepte, Maßnahmen in den Fokus, in die zumindest Teilaspekte von Umweltgerechtigkeit integriert werden können, oder die im Sinne dieses Ansatzes bereits Beiträge leisten, ohne dass sie als „Umweltgerechtigkeit“ etikettiert sind – „andocken“ ist das Stichwort.

Ein solcher „Andockpunkt“ ist das Programm Sozialer Zusammenhalt mit Sicherheit – darauf weisen die Ergebnisse der Dokumentenanalyse deutlich hin: Das Setting (mehrfach) benachteiligter Stadtteil, der integrative Anspruch inklusive ressortübergreifende Zusammenarbeit, Ressourcenbündelung, partizipatives Vorgehen sowie integrierte Entwicklungskonzepte samt einer Vielzahl miteinander verzahnter thematischer Handlungsfelder stehen im Zentrum sowohl des Städtebauförderungsprogramms als auch des Ansatzes Umweltgerechtigkeit. So ist denn das Programm Sozialer Zusammenhalt auch das einzige Städtebauförderungsprogramm, in dem Umweltgerechtigkeit als Fördertatbestand verankert ist. Von daher muss es um eine (stärkere) Qualifizierung der Schnittstellen beider Ansätze gehen, will man den „Sozialen Zusammenhalt“ durch den Aspekt Umweltgerechtigkeit qualifizieren bzw. den Ansatz Umweltgerechtigkeit im Rahmen der Städtebauförderung operationalisieren. Inwiefern das Thema Umweltgerechtigkeit im Einzelfall Bedeutung hat, muss für das jeweilige Programmgebiet analysiert und bewertet werden.

Was ist dafür eine geeignete Bewertungsgrundlage? Ein Blick in die analysierte Forschungsliteratur zeigt, dass im Rahmen verschiedener Modellvorhaben, Forschungsprojekte, Untersuchungen und Planspiele in Zusammenarbeit mit ausgewählten Kommunen entwickelt worden ist, wie mittels Mehrfachbelastungsanalysen und -karten räumliche Ungleichverteilungen von Umweltbelastungen und -ressourcen auf gesamtstädtischer Ebene identifiziert werden können. Zu Grunde liegen jeweils komplexe Indikatorensets, also kleinräumig verfügbare quantitative Daten aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Gesundheit, wobei letztere in der Regel einen Engpass darstellen. Verschiedene Autorinnen und Autoren weisen darauf hin, dass für eine Bewertung der Umweltgerechtigkeitssituation in Gesamtstadt und Teilräumen auch qualitative Indikatoren berücksichtigt werden sollten – insbesondere um Handlungsbedarfe zu identifizieren, die (auch) auf subjektiven Einschätzungen basieren.

Thematisch-inhaltlich zeigen die Ergebnisse verschiedener Studien, dass vor allem die Grün- und Freiflächenentwicklung Anknüpfungspunkte zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit in mehrfach belasteten Quartieren bietet – ein Handlungsfeld, das im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt ohnehin große Bedeutung hat.

Dies jedoch bildet sich nicht immer auch organisational ab: Ressortübergreifende Kooperation wird im Programm Sozialer Zusammenhalt zwar „groß geschrieben“, doch weisen einige der analysierten Forschungsdokumente darauf hin, dass insbesondere die Verwaltungsbereiche Gesundheit, Umwelt und teils eben auch Grün nicht unbedingt im Fokus des kommunalen Umsetzungsmanagements stehen. Deren intensivere Einbeziehung scheint jedoch eine Grundlage dafür zu sein, die bereits mehrfach zitierten „Andockpunkte“ für mehr Umweltgerechtigkeit im Programm Sozialer Zusammenhalt tatsächlich zu nutzen.

Auf der Programmgebietsebene haben Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft und anderer lokaler Akteure seit jeher – also bereits seit Start des Programms Soziale Stadt im Jahr 1999 – große Bedeutung; hier unterscheiden sich die Grundprämissen des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt nicht von den Forschungsergebnissen zum Ansatz Umweltgerechtigkeit.

Insgesamt hat vor allem das Difu umfangreiche Handlungsempfehlungen bis hin zu einzelnen Verfahrensschritten erarbeitet, wie auf kommunaler Ebene mehr Umweltgerechtigkeit geschaffen werden kann. Dem steht eine weitaus geringere Zahl an „Umsetzungsgeschichten“ gegenüber, aus denen nicht nur „passende“ singuläre Maßnahmen und Projekte, sondern auch integrative Ansätze ablesbar sind. Noch „dünner“ stellt sich die Dokumentenlage zur Wirkung von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit dar, abgesehen vom inhaltlichen Problem, oftmals nicht zwischen unmittelbaren Wirkungen und Kontexteffekten unterscheiden zu können.

So stellt sich am Schluss die Frage nach förderlichen Rahmenbedingungen für mehr Umweltgerechtigkeit. Über die strukturellen Bedingungen hinaus, die in der vorliegenden Dokumentenanalyse

genannt werden, scheinen folgende Fragen im Zentrum zu stehen: Wie kann der Mehrwert von Umweltgerechtigkeit sowohl generell als auch im Kontext des Programms Sozialer Zusammenhalt vermittelt werden? Wie kann Umweltgerechtigkeit so operationalisiert werden, dass er in die jeweilige kommunale Landschaft „passt“, um dort bereits bestehende Strategien, Konzepte, Maßnahmen und Projekt zu qualifizieren, ohne damit einen als nicht mehr handhabbar erscheinenden Sonderaufwand zu generieren? Oder anders: Wie können Kommunen verantwortlich für mehr Umweltgerechtigkeit sorgen, ohne dies zwingend so nennen zu müssen, aber auch ohne die mit dem Ansatz Umweltgerechtigkeit definierten Qualitätsanforderungen zu unterschreiten?

3. Analyse guter Beispiele: Ergebnisse

In die Analyse guter Beispiele wurden acht Programmgebiete des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt einbezogen. Die Analyseergebnisse zeigen unter anderem:

- Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit finden sich nicht nur im großstädtischen Kontext – auch kleine (kreisangehörige) Städte sind hier aktiv. Auch die Programmgebiete selbst weisen eine große Vielfalt im Hinblick auf Einwohnerzahl, Flächengröße, Lage in Stadt, Alter des Gebäudebestands und Nutzungsart auf. Damit ist Umweltgerechtigkeit nicht auf bestimmte sozialräumliche Parameter beschränkt.
- Zur Identifizierung mehrfach belasteter Gebiete werden in allen Programmgebieten Indikatoren aus den Bereichen soziale Lage und Umweltsituation genutzt. Nur eine Minderheit der Programmkommunen berücksichtigt darüber hinaus auch Indikatoren zur gesundheitlichen Lage. Ein Grund hierfür dürfte die vergleichsweise geringe Datenverfügbarkeit in diesem Bereich sein.
- In der Hälfte der betrachteten Programmgebiete hat das Thema Umweltgerechtigkeit Einzug in das jeweilige integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) gefunden, das eine Fördergrundlage für Programme der Städtebauförderung ist.
- Mit Blick auf die Umweltsituation in den Programmgebieten fallen zwei Punkte besonders auf: Erstens wird fast ausnahmslos eine Verkehrslärmproblematik konstatiert (vor allem Lärmbelastung durch Hauptverkehrsstraßen und/oder Bahntrassen). Zweitens wird in allen Gebieten die Qualität von Grün- und Freiflächen bemängelt – auch dort, wo die mengenmäßige Grünausstattung nicht problematisiert wird. In jeweils rund der Hälfte der betrachteten Programmgebiete kommen eine defizitäre Versorgung mit bzw. Ausstattung von Spiel- und /oder Bolzplätzen und/oder ein hoher energetischer Sanierungsbedarf der (Wohn)Gebäude und/oder mangelhafte Fuß- und Radwegeverbindungen hinzu.
- Mehr Umweltgerechtigkeit wird in der Hälfte der Programmkommunen als ein explizites übergeordnetes Ziel formuliert – entweder direkt als Umweltgerechtigkeit oder im Kontext von Klimaschutz, Klimaanpassung, Klimagerechtigkeit. Ansonsten werden Einzelziele insbesondere in den Handlungsfeldern Grün- und Freiraumentwicklung, Verkehr/Mobilität, Klimaschutz/Klimaanpassung und/oder Umweltbildung genannt, die Teilelemente von Umweltgerechtigkeit sein können. Die Handlungsfelder Lärmschutz, Sauberkeit/Müllentsorgung und Umweltbildung sind dagegen unterrepräsentiert.
- Entsprechende Schwerpunkte finden sich auch in der konkreten Maßnahmenumsetzung – insbesondere in den Handlungsfeldern Grün- und Freiraumentwicklung. In den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung sind es vor allem die zum Zeitpunkt dieser Untersuchung noch in Planung befindlichen Maßnahmen, die einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation leisten sollen. Bei der Maßnahmenfinanzierung steht das Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt im Vordergrund.

- Zum Zeitpunkt der Untersuchung lag für keines der acht betrachteten Programmgebiete eine (indikatorenbasierte) Evaluation der Maßnahmen vor. Gleichwohl weisen subjektive Einschätzungen von Akteuren der Programmumsetzung auf vielfältige Positiveffekte von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit hin – sowohl im physischen Umweltbereich als auch mit Blick auf Ressourcen der jeweiligen Quartiersbewohnerschaft.
- Die Verfahren sowie Organisations- und Managementstrukturen, die der Programmumsetzung Sozialer Zusammenhalt zu Grunde liegen, entsprechen dem seit Ende der 1990er-Jahre eingeübten „Arbeitsprinzip Soziale Stadt“ aus dem Vorgängerprogramm: ressortübergreifende Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene, Betonung von Aktivierung und Beteiligung der Gebietsbewohnerschaft und anderer lokaler Akteure, Ausrichtung von Maßnahmen an den Bedarfen vor Ort, intensiver Austausch von Verwaltungs- und Programmgebietsebene.
- Das Programm Sozialer Zusammenhalt und seine Fördermittel selbst sowie die programminduzierte Betonung der genannten partizipativ und kooperativ ausgerichteten Organisations- und Managementstrukturen werden in den acht betrachteten Programmkommunen als förderliche Rahmenbedingungen (auch) für mehr Umweltgerechtigkeit vor Ort gesehen.
- Aus der Perspektive von Akteuren der Programmumsetzung gibt es allerdings auch hemmende Rahmenbedingungen. Dazu zählt die materiell prekäre Situation vieler Gebietsbewohnender, die in ihrem Leben andere Themen als Umweltgerechtigkeit priorisieren. Auf der Ebene der Programmarchitektur Sozialer Zusammenhalt werden verschiedene Limitationen als eher hinderlich angesehen: Mittelverwendung nur im investiven Bereich und die räumlich begrenzte Förderkulisse zählen dazu. In den Kommunen stellen mangelnde Personalressourcen in der Verwaltung sowie begrenzte Einflussmöglichkeiten, wenn es um Lärmschutz an Bundes- und Landesstraßen sowie an Strecken der Bundesbahn geht, eine Herausforderung dar. Und insgesamt ist das Konzept Umweltgerechtigkeit mit seinen voraussetzungsvollen Begrifflichkeiten auf der Umsetzungsebene manchmal nur schwierig zu vermitteln.

3.1 Gute Beispiele im Überblick

Die Kriterien zur Auswahl der acht Programmgebiete des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt sind ausführlich in Kapitel 1.2 des vorliegenden Berichts erläutert. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die untersuchten guten Beispiele.

Tabelle 2: Gute Beispiele im Überblick

Kommune	Programmgebiet
<p>Barsinghausen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadt und selbständige Gemeinde in der Region Hannover • 35.785 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022) 	<p>Goethestraße/Bahlsen</p> <ul style="list-style-type: none"> • strukturelle Dreiteilung des Gebiets: Wohngebiet, Produktionsstandort der Firma Bahlsen im nördlichen Randbereich, landwirtschaftlich genutzte Flächen • mikroräumlich differenzierte Wohnbebauung mit mehrgeschossigen Zeilenbauten, Punkthochhäusern sowie Reihen- und Einfamilienhäusern, errichtet seit den 1960er-Jahren • heterogene Eigentümerinnen- und Eigentümerstruktur • Größe: 58 Hektar • 2.288 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2020) Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2009, 2011–2015, 2017)
<p>Berlin – Bezirk Mitte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Innenstadtbezirk • 2001 aus der Zusammenlegung der ehemaligen Bezirke Mitte, Tiergarten und Wedding entstanden • 385.692 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021) 	<p>Brunnenstraße</p> <ul style="list-style-type: none"> • nahezu reines Wohngebiet aus den 1960er- bis 1980er-Jahren • Wohnungsbestand zum Großteil im Besitz der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft degewo • Größe: 57 Hektar • 13.135 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: April 2021) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2005–2010, 2012)

Kommune	Programmgebiet
<p>Bremen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hauptstadt des Bundeslands Bremen • 563.290 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021) 	<p>Gröpelingen</p> <ul style="list-style-type: none"> • traditioneller, siedlungsstrukturell sehr heterogen geprägter Arbeiterstadtteil • hohe bauliche Dichte • angrenzend an Hafen- und ehemalige Werftgebiete sowie an Landwirtschafts- und Kleingartenflächen • im gesamtstädtischen Vergleich überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum • Größe: 980 Hektar • 36.033 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021) • Förderung in den Programmen Sozialer Zusammenhalt seit 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 1999–2019) und Wachstum und nachhaltige Erneuerung seit 2020 (zuvor Stadtbau 2013–2019)
<p>Gelsenkirchen</p> <ul style="list-style-type: none"> • kreisfreie Stadt im Ruhrgebiet (Regierungsbezirk Münster) • 263.000 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022) 	<p>Neustadt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lage: unmittelbar südlich vom Gelsenkirchener Hauptbahnhof und der Innenstadt • gehört zu den kleinsten, aber sehr dicht besiedelten Gelsenkirchener Stadtteilen • in der Gründerzeit (spätes 19. Jhd.) durch zugewanderte Arbeiterinnen und Arbeiter für den Bergbau- und Industriesektor entstanden • in den 1970er Jahren städtebauliche Sanierung, u.a. Abriss von Teilen der Gründerzeitbebauung und Verdichtung durch Wohnungsneubau • seit jeher durch Zu- und Abwanderung geprägt und bis heute Ankommens- und Durchgangsquartier für Neuzugewanderte • Größe: ca. 60 Hektar • 4.869 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 30.06.2023) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2021–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2018 und 2002–2014 als Bestandteil des Programmgebiets Gelsenkirchen-Südost)
<p>Leipzig</p> <ul style="list-style-type: none"> • bevölkerungsreichste kreisfreie Stadt in Sachsen • 616.000 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022) 	<p>Grünau</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1976–1987 als größte Plattenbausiedlung Sachsens am westlichen Stadtrand von Leipzig errichtet (ca. 38.000 Wohnungen zu DDR-Zeiten) • Gebäudetypen: 5-geschossige Plattenbaugebiete in industrieller Montagebauweise (erbaut bis 1982), 6–11 geschossige Punkthochhäuser (nach 1982) und kleinere Einfamilienhausgebiete • Größe: 497 Hektar • 43 582 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 2016) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2016–2019)
<p>Marburg</p> <ul style="list-style-type: none"> • kreisangehörige Kommune mit Sonderstatus im Landkreis Marburg-Biedenkopf • 77.410 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 30.06.2022) 	<p>Waldtal</p> <ul style="list-style-type: none"> • von starken topographischen Höhenunterschieden geprägter Stadtteil Waldtal im Nordosten der Kernstadt - eingefasst und begrenzt von den Lahnbergen • mikroräumlich differenzierte Wohnbebauung mit Wohnhäusern für Bahnarbeitende der 1920er-Jahre, sozialem Geschosswohnungsbau der 1950–70er-Jahre (teils Schlichtbauten) sowie in den 1960/70er-Jahren errichteten Wohnheimen für Studierende („Studentendorf“) • dem Wohnstandort vorgelagert ist ein Misch- und Gewerbegebiet • der Stadtteil hat für die Stadt Marburg zunehmend eine wichtige Funktion als „Integrationsstadtteil“ • Größe: 42 Hektar • 2.643 Einwohnerinnen und Einwohner, davon 1.159 Studierende (Stand: 01.07.2020) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2014–2019)
<p>Potsdam</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hauptstadt des Bundeslands Brandenburg • 183.154 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021) 	<p>Am Stern/Drewitz</p> <ul style="list-style-type: none"> • am südöstlichen Stadtrand gelegene Großwohnsiedlungen in Plattenbauweise, bestehend aus überwiegend sechsgeschossigen Wohngebäuden, Punkthochhäusern (15 Geschosse) und Flachbauten mit Sozial-/Versorgungseinrichtungen • errichtet 1986 bis 1991 • Wohnungsbestand zum Großteil im Besitz der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam • Größe: 205 Hektar • 25.088 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 1999, 2001–2019)

Kommune	Programmgebiet
<p>Stadtallendorf</p> <ul style="list-style-type: none"> • kreisangehörige Stadt und Mittelzentrum im Landkreis Marburg-Biedenkopf • nach dem zweiten Weltkrieg als Modellstadt „Industrie im ländlichen Raum“ im Umfeld der kleinen Gemeinde Allendorf entstanden • 21.263 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2020) 	<p>Inseln in der Stadt I</p> <ul style="list-style-type: none"> • das in Stadtallendorf Süd südlich der Bahnlinie gelegene Gebiet umfasst etwa ein Viertel der Kernstadt • teils stark durchgrünte, miteinander unverbundene und an der automobilen Erschließungsachse orientierte Siedlungen • Größe: 128 Hektar • rund 6.700 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2020) • Förderung im Programm Soziale Stadt: 2000–2013 <p>Inseln in der Stadt II</p> <ul style="list-style-type: none"> • stark heterogenes und großflächig verteiltes Programmgebiet mit sehr unterschiedlichen Quartieren (Zeilenbebauungen der 1950er- bis 1980er-Jahre, Einfamilienhausgebiete, alter Dorfkern) • Größe: 275 Hektar • rund 8.600 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2016–2019) • Das Programmgebiet „Inseln in der Stadt II“ schließt unmittelbar an das Programmgebiet „Inseln in der Stadt I“ an; es liegt somit mit den zwei Programmgebieten ein durchgehendes Gebiet mit nahezu identischen sozialräumlichen Gegebenheiten vor, das sich mehr oder weniger über die gesamte Kernstadt erstreckt.

Quelle: Eigene Darstellung.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass die untersuchten guten Beispiele trotz der begrenzten Anzahl eine breite Vielfalt abbilden. So variieren die Kommunen mit Blick auf Bevölkerungszahl (21.263 bis 616.000 Einwohnerinnen und Einwohnern), geografische Lage (sieben verschiedene Bundesländer, siehe Abbildung 1) und Status (kreisfrei, kreisangehörig). Die Gebiete selbst unterscheiden sich insbesondere hinsichtlich Einwohnendenzahl (2.288 bis 43 582), Flächengröße (42 bis 980 Hektar), Nutzungsart (reines Wohngebiet, Mischgebiet), Baualter (Gründerzeit bis Bauten der späten/frühen 1980/90er Jahre), Lage in der Stadt (innerstädtisch, Stadtrandlage) und Laufzeit des Programms Sozialer Zusammenhalt, zuvor: Soziale Stadt (5 bis über 20 Jahre). Umweltgerechtigkeit ist demnach kein Phänomen einzelner Programmgebietstypen.

Abbildung 1: Räumliche Lage der Programmkommunen



Quelle: Eigene Darstellung.

3.2 Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets

Der Ansatz Umweltgerechtigkeit führt die Dimensionen soziale Lage, Umwelt und Gesundheit zusammen. Vor diesem Hintergrund wurde untersucht, welche Indikatoren in den guten Beispielen genutzt werden, um das Programmgebiet im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) mit Blick auf diese drei Dimensionen zu beschreiben. Die folgende Tabelle gibt hierzu einen Überblick:

Tabelle 3: Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets

Dimension (Anzahl Kommunen)	Bereich (Anzahl Kommunen)	Indikatoren
Soziale Lage (8)	Bevölkerungs-/ Haushaltsstruktur (6)	<ul style="list-style-type: none"> • Alterszusammensetzung der Bewohnerschaft • Anteil unter 18-Jähriger • Anteil über 65-Jähriger Anteil Haushalte mit Kindern • Anteil kinderreicher Haushalte • Haushalte mit Kindern • Anteil Alleinerziehendenhaushalte • Anteil Alleinerziehende • Anteil Singlehaushalte
	Erwerbsleben (5)	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigte • Anteil Geringverdienende • Haushalte mit niedrigem Einkommen • Arbeitslosenanteil • Arbeitslosenanteil Nichtdeutscher • Jugendarbeitslosigkeit
	Transfereinkommen (7)	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Beziehende von Transfereinkommen • Anteil Haushalte mit Transfereinkommen • Anteil erwerbsfähige Regelleistungsberechtigte • Arbeitslosengeld-II-Quote • SGB-II-Quote • SGB-II-Quote der unter 65-Jährigen • SGB-XII-Quote der über 65-Jährigen
	Kinderarmut (3)	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Sozialgeld Beziehender unter 15 Jahren • Kinder- und Jugendarmut • Kinderarmut
	Migration (5)	<ul style="list-style-type: none"> • Ausländerinnen- und Ausländeranteil • Anzahl verschiedener Nationalitäten • Anteil Menschen mit Migrationshintergrund • Anteil unter 18-Jähriger mit Migrationshintergrund
	Bildung (2)	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendliche ohne Hauptschulabschluss • Nichtabiturquote
	Kriminalität (3)	<ul style="list-style-type: none"> • Tatverdächtige von Körperverletzung • Jugendkriminalitätsquote • Zahl Jugendgerichtsfälle
	Teilhabe (1)	<ul style="list-style-type: none"> • Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen (Partizipationsindex)
Umweltsituation (8)	Lärm (5)	<ul style="list-style-type: none"> • Lärmemissionen/Verkehrslärm • Lärmbelastung/Belastung durch verkehrsbedingte Lärmemissionen • Anteil von erheblichem Straßenverkehrslärm Betroffene • Aufkommen Durchgangsverkehr/verkehrliche Belastung
	Luft/Klima (4)	<ul style="list-style-type: none"> • Belastung durch Luftschadstoffe • Aufkommen Durchgangsverkehr/verkehrliche Belastung • thermische Belastung • Anteil von Hitzeinseln Betroffene • Versiegelungsgrad • Überflutungsgefährdung durch Starkregenereignisse • energetischer Zustand des Wohnungsbestandes
	Grün- und Freiflächen (8)	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Grün- und Freiflächen • Versorgung der Bewohnerschaft mit Grün- und Freiflächen • Erreichbarkeit von Grün-/Erholungsflächen (GE) • Qualität/Ausstattung von Grünflächen • Pflegezustand und Sauberkeit von Grünflächen (PM) • Vernetzung von Grün- und Freiräumen (L)

Dimension (Anzahl Kommunen)	Bereich (Anzahl Kommunen)	Indikatoren
		<ul style="list-style-type: none"> • Ausstattung mit Spielplätzen • Ausstattung mit Straßenbäumen
	Mobilität (4)	<ul style="list-style-type: none"> • Ausstattung mit Fuß- und Radwegen • Qualität von Fuß- und Radwegen • Qualität von Wegeverbindungen • Verkehrssicherheit von Kindern
Gesundheitliche Lage (3)	Bevölkerung (1)	<ul style="list-style-type: none"> • Lebenserwartung
	(Vorschul)Kinder (3)	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Kinder mit Übergewicht • Anteil Kinder mit Auffälligkeiten im Bereich Körperkoordination • Anteil karieserfahrener Zähne bei 5-Jährigen • Teilnahme-Quote U8+U9 (Früherkennungsuntersuchungen)

Quelle: Eigene Darstellung.

Zusammenfassend ist festzustellen:

- Alle untersuchten Kommunen nutzen Indikatoren zur Beschreibung der sozialen Lage und der Umweltsituation im Programmgebiet, während dies bei der gesundheitlichen Lage nur für drei Kommunen zutrifft.
- Bei der Beschreibung der sozialen Lage gehen die untersuchten Kommunen besonders differenziert vor; die Vielfalt der analysierten Bereiche und der eingesetzten Indikatoren ist hier sehr groß. Da das Programm Zusammenhalt „einen besonderen Fokus auf eine sozial gerechte Entwicklung der Quartiere und den Abbau der sich verstärkenden sozialräumlichen Disparitäten und Benachteiligungen in den Städten und Gemeinden“ (BMWSB 2023: 5) legt, ist dies kein überraschendes Ergebnis.
- Bei der Umweltsituation steht der Bereich Grün- und Freiflächen und damit eine Umweltressource im Fokus. Alle untersuchten Kommunen setzen „grüne“ Indikatoren zur Beschreibung der Gebiete ein. Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe, klimatische Belastungen werden jeweils nur von etwa der Hälfte der Städte indikatorengestützt in den Blick genommen.
- Die Beschreibung der gesundheitlichen Lage stützt sich, soweit sie überhaupt vorgenommen wird, weitgehend auf Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen für Vorschulkinder als eine der wenigen flächendeckend und kleinräumig vorliegenden Erhebung von Gesundheitsindikatoren.

3.3 Ausgangslage in den Gebieten

Die Ausgangslage hinsichtlich der sozialen Lage, wie sie im ISEK für die untersuchten Gebiete beschrieben wird, ist vor allem durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- die Bewohnerschaft ist vergleichsweise jung, lediglich zwei Großwohnsiedlungen (Potsdam-Am Stern Drewitz, Leipzig-Grünau) weisen (partiell) ein hohes Durchschnittsalter auf;
- die Arbeitslosenquote, der Anteil von Bezieherinnen und Beziehern von Transferleistungen sowie der Anteil von Kinderarmut sind im gesamtstädtischen Vergleich überdurchschnittlich hoch;
- überdurchschnittlich hoher Anteil von Ausländerinnen und Ausländern bzw. von Menschen mit Migrationshintergrund.

Es liegen damit für Fördergebiete des Programms Sozialer Zusammenhalt (zuvor: Soziale Stadt) typische sozialstrukturelle Merkmale in den Gebieten vor.

Die Umweltsituation in den Gebieten stellt sich nach der Beschreibung der Ausgangslage im ISEK differenzierter dar:

- Außer in Leipzig-Grünau, das durch eine ruhige und verkehrsarme Wohnlage mit Fußgängerzonen, verkehrsberuhigte und Stichstraßen charakterisiert ist, liegt in allen untersuchten Gebieten eine Verkehrslärmproblematik vor. Vielfach geht es dabei um Lärmemissionen durch Autobahnen, Bundes- oder sonstige Hauptverkehrsstraßen sowie Bahnlinien, die unmittelbar an das Gebiet angrenzen (Gelsenkirchen-Neustadt, Marburg-Waldtal, Stadtallendorf-Inseln der Stadt I und II). Aber auch Lärmbelastungen infolge von Durchgangs- (Berlin-Brunnenstraße, Gelsenkirchen-Neustadt, Potsdam-Am Stern/Drewitz, Stadtallendorf-Inseln der Stadt I und II) und Zufahrtsverkehr (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen) werden thematisiert
- Eine unterdurchschnittliche Grünversorgung wird nur für die dicht bebauten Innenstadtquartiere der Großstädte (Berlin-Brunnenstraße [partiell], Bremen-Gröpelingen, Gelsenkirchen-Neustadt) konstatiert. Für die großstädtischen Gebiete in Stadtrandlage bzw. Großwohnsiedlungen (Leipzig-Grünau, Potsdam-Am Stern/Drewitz) sowie die Gebiete in Mittel- und Kleinstädten (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Marburg-Waldtal, Stadtallendorf-Inseln der Stadt I und II) stellt sich die Grünversorgung dagegen als gut bzw. ausreichend dar.
- Die Qualität der Grün- und Freiflächen wird jedoch durchgehend für alle Gebiete bemängelt. Defizite bestehen u.a. in der Gestaltung, der Aufenthaltsqualität, der Ausstattung mit Spielgeräten sowie im Pflegezustand. Zudem wird teils eine mangelhafte Vernetzung der Grünflächen (Leipzig-Grünau) und eine schlechte Anbindung des Quartiers an umgebende Erholungsräume (Bremen-Gröpelingen, Leipzig-Grünau, Marburg-Waldtal) konstatiert.
- Defizite in der Versorgung mit bzw. Ausstattung von Spiel- und/oder Bolzplätzen werden für mehr als die Hälfte der Gebiete festgestellt (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Berlin-Brunnenstraße, Marburg-Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz, Stadtallendorf-Inseln der Stadt I und II).
- Mit Blick auf den Klimaschutz wird für die Hälfte der Gebiete ein hoher energetischer Sanierungsbedarf der (Wohn)Gebäude konstatiert (Gelsenkirchen-Neustadt, Marburg-Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz, Stadtallendorf-Inseln der Stadt I und II). Beeinträchtigungen im Kontext des Klimawandels (u.a. starke Aufheizung an heißen Sommertagen, Überflutungsgefährdung durch Starkregenereignisse) werden lediglich für zwei innerstädtische Gebiete mit dichter Bebauung und hohem Versiegelungsgrad explizit thematisiert (Berlin-Brunnenstraße, Gelsenkirchen-Neustadt).
- Mängel von Fuß- und Radwegeverbindungen werden für die Hälfte der Gebiete verzeichnet (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Gelsenkirchen-Neustadt, Marburg-Waldtal, Stadtallendorf-Inseln der Stadt I und II) und für etwas weniger als die Hälfte der Gebiete wird der öffentliche Raum als unzureichend barrierefrei beschrieben (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Berlin-Brunnenstraße, Potsdam-Am Stern/Drewitz).
- „Wilde“ Müllablagerungen und Beeinträchtigungen der Sauberkeit im öffentlichen Raum sind vor allem in Bremen-Gröpelingen und Marburg-Waldtal ein Problem.

Soweit Befunde zur gesundheitlichen Lage für die Gebiete vorhanden sind, konstatieren diese mit Blick auf die Ausgangslage u.a. eine im gesamtstädtischen Vergleich geringere Lebenserwartung (Bremen-Gröpelingen) sowie überdurchschnittlich häufig gesundheitliche Auffälligkeiten bei Vorschulkindern (Gelsenkirchen-Neustadt, Leipzig-Grünau).

3.4 Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit

Nach der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung (2022: Art. 3, Abs. 1) ist die Erstellung eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) Fördergrundlage für sämtliche Programme der Städtebauförderung, also auch für das Programm Sozialer Zusammenhalt. Im ISEK werden die Ziele und Maßnahmen im Fördergebiet dargestellt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und wie das Thema Umweltgerechtigkeit im ISEK für die analysierten Programmgebiete verankert ist.

Für die Hälfte der Programmgebiete wird das Thema Umweltgerechtigkeit im ISEK explizit angesprochen und dies in unterschiedlicher Weise:

- Im Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept für das Gebiet Berlin-Brunnenstraße (L.I.S.T GmbH. Quartiersmanagement Brunnenstraße 2022) wird im Kontext von Klimaschutz und Klimaanpassung auf den Umweltgerechtigkeitsatlas des Landes Berlin und seine Befunde für das Programmgebiet hinsichtlich thermischer Belastung, Lärm und Luftschadstoffe sowie Grünversorgung Bezug genommen. Umweltgerechtigkeit wird in diesem Konzept also bei der Beschreibung der Ausgangslage des Gebiets thematisiert.
- Im Integrierten Entwicklungskonzept für Bremen-Gröpelingen (SKUMS 2021) wird Klimagerechtigkeit und damit ein wichtiger Teilaspekt von Umweltgerechtigkeit als Ziel für die Gebietsentwicklung benannt. Gröpelingen soll beispielhaft zum Modellquartier für den Klimaschutz und dies unter Berücksichtigung von Klimagerechtigkeit entwickelt werden.
- In den ISEK für Marburg-Waldtal (Magistrat der Universitätsstadt Marburg, Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz 2020) sowie Stadtallendorf-Inseln der Stadt II (Magistrat der Stadt Stadtallendorf 2022) wird Umweltgerechtigkeit als eigener Baustein bzw. eigenes Handlungsfeld der Programmumsetzung verankert und mit Zielen sowie Maßnahmen unterlegt – im ISEK „Inseln der Stadt II“ im Verbund mit Gesundheit.

Dabei handelt es sich in allen Fällen um (fortgeschriebene) ISEK der Jahre 2020 bis 2022, also um Konzepte jüngeren Datums. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass in diesen ISEK der seit 2020 verstärkte Fokus der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung auf die Themen Klima und Umwelt bereits seinen Niederschlag findet. Die Aufnahme von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung ist seitdem verpflichtende Fördervoraussetzung.

In den ISEK für die weiteren untersuchten Programmgebiete, die überwiegend vor 2020 erstellt wurden, wird Umweltgerechtigkeit nicht explizit thematisiert bzw. als eigenes Handlungsfeld benannt. In diesen Konzepten werden aber implizit Aspekte von Umweltgerechtigkeit in Handlungsfeldern aufgegriffen, die für das Thema Umweltgerechtigkeit wichtig sind, u.a. Lärmschutz, Grün- und Freiraumentwicklung, Klimaschutz/Klimaanpassung, Ökologische Revitalisierung, Wohnumfeldgestaltung, Mobilität/Verkehr, Sicherheit/Sauberkeit, Umweltbildung. Diese implizite Verankerung von Umweltgerechtigkeitsaspekten in Handlungsfeldern, die für das Thema relevant sind, findet zusätzlich auch in den ISEK statt, in denen Umweltgerechtigkeit explizit behandelt wird.

Das ISEK ist – so weit möglich – in ein bereits vorhandenes gesamtstädtisches Konzept einzubetten bzw. davon abzuleiten (VV Städtebauförderung 2022: Art. 3, Abs. 1). Daher wurde in den guten Beispielen auch untersucht, inwieweit Umweltgerechtigkeit in gesamtstädtischen Konzepten und Strategie der Programmkommunen als Thema angesprochen wird und insoweit auch Bezüge zwischen den gesamtstädtischen und gebietsbezogenen Konzepten/Strategien hergestellt werden. Für drei der untersuchten Beispiele ist dies der Fall:

- Im ISEK für das Gebiet Gelsenkirchen-Neustadt wird als gesamtstädtische Rahmensetzung auf die präventiv ausgerichteten Entwicklungsstrategien der Stadt Gelsenkirchen Bezug genommen. Diese beziehen sich auch auf Umweltgerechtigkeit:

- „Vor dem Hintergrund von städtischen Teilräumen mit einer hohen Verkehrs- und Industriedichte sowie einer konfliktträchtigen Nähe von emittierenden und sensiblen Nutzungen hält die Stadt intensive Anstrengungen zur Verbesserung der Umweltqualität und eine weitergehende Reduzierung von Umweltbelastungen für erforderlich. Dazu gehört auch, Strategien und Instrumente der Stadterneuerung unter den Aspekten Umwelt- und Klimagerechtigkeit weiterzuentwickeln“ (Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung, Koordinierungsstelle Stadterneuerung 2018: 11).
- „Die Sozialraumorientierung der Verwaltung soll die Chance eröffnen, eine integrierte Perspektive auf den Sozialraum einzunehmen und ressortübergreifend gleichermaßen soziale und ökologische Ungleichheiten zu reduzieren, um den Anforderungen einer verbesserten Umwelt- und Klimagerechtigkeit begegnen zu können“ (ebd.).
- Eine der zentralen Maßnahmen des integrierten Entwicklungskonzeptes Bremen-Gröpelingen, die Entwicklung des Naherholungsparks Bremer Westen, ist auch im 2015 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossenen gesamtstädtischen Landschaftsprogramm für die Freie Hansestadt Bremen als Planungsziel verankert. Im Landschaftsprogramm wird darauf hingewiesen, dass aufgrund des niedrigen sozialen Index sowie einer relativ niedrigen bis sehr niedrigen Grün- und Freiflächenversorgung in Bremen-Gröpelingen ein besonderer Handlungsbedarf besteht, also mit Umweltgerechtigkeitsaspekten argumentiert (SUBV 2016).
- In der Stadt Leipzig wird das Thema Umweltgerechtigkeit zukünftig gesamtstädtisch in dem seit 2019 in Erarbeitung befindlichen Masterplan Grün Leipzig 2030 (Stadt Leipzig 2021) verankert. Vor dem Hintergrund vermehrt konkurrierender Flächenansprüche in einer wachsenden Stadt will Leipzig seine grün-blaue Infrastruktur unter anderem mit Blick auf Fragen der Umweltgerechtigkeit strategisch sichern. Dazu wurde der besondere Handlungsbedarf in der unmittelbaren Nachbarschaft vor dem Hintergrund der sozialräumlichen Situation identifiziert. Wohnsiedlungsquartiere mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Bevölkerungsgruppen, die weniger mobil und daher besonders auf eine wohnortnahe Grünversorgung angewiesen sind (Kinder unter 6 Jahren, über 80-Jährige, SGB-II-Empfangende, Alleinerziehende), bei gleichzeitig geringer grüner Freiraumversorgung und starker bis extremer thermischer Belastung wird der höchste Handlungsbedarf und damit eine besondere Priorisierung der Maßnahmen zugewiesen. Vereinzelte Bereiche Grünaus sind im Masterplan als entsprechende Gebiete dargestellt.

3.5 Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation

Die Schaffung von mehr Umwelt- bzw. Klimagerechtigkeit wird für drei Gebiete explizit als Ziel benannt (Bremen-Gröpelingen, Marburg-Waldtal, Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II). Basierend auf der spezifischen umweltbezogenen Ausgangslage sind aber für alle Gebiete im ISEK handlungsfeldbezogene Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation festgelegt. Die folgende Tabelle gibt hierzu einen Überblick.

Tabelle 4: Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation

Handlungsfeld (Anzahl Gebiete mit Zielen)	Ziele
Lärminderung/-schutz (3)	<ul style="list-style-type: none"> • Minderung von – insbesondere verkehrlichen – Lärmemissionen/-belastungen
Grün- und Freiraumentwicklung (8)	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung neuer Grünflächen • Umgestaltung/Qualifizierung von Grünflächen (insbesondere Verbesserung von Aufenthaltsqualitäten und Biodiversität) • Vernetzung von Grünflächen • Qualifizierung und Neuschaffung von Spiel- und Bewegungsflächen/-räumen
Klimaschutz (6)	<ul style="list-style-type: none"> • CO₂-/Klimaneutralität • Reduktion von Treibhausgas-/CO₂-Emissionen • energetische Sanierung des Gebäudebestands • Steigerung der Energieeffizienz und Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien
Klimaanpassung (8)	<ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung von Aspekten der Klimaanpassung bei der Flächenentwicklung • Anpassung an Auswirkungen von Starkregenereignissen • Anpassung an klimatisch-lufthygienische/thermische Belastungen • Entsiegelung von Flächen • Erhalt von Kaltluftzufuhr/-schneisen • (Nach)Pflanzung klimaresilienter Baumarten
Verkehr/Mobilität (8)	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung/Förderung des Rad- und Fußverkehrs • Stärkung des ÖPNV • Verkehrsberuhigung • Qualifizierung von Straßenräumen zum Aufenthalts-/Bewegungsraum • Erhöhung der Verkehrssicherheit • räumliche Vernetzung mit benachbarten Stadträumen Naherholungsgebieten • Barrierefreiheit
Sauberkeit/Müllentsorgung (2)	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Sauberkeit/Reduzierung von „wildem“ Müll im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum
Umweltbildung (4)	<ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung der Bewohnerinnen und Bewohner für Umweltthemen/für ökologisches Handeln • Sensibilisierung der Bewohnerschaft und der Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer für Klimaschutz und Klimaanpassung • Erweiterung der Angebotspalette

Quelle: Eigene Darstellung.

Zusammenfassend ist festzustellen:

- Das relativ abstrakte Ziel „Mehr Umweltgerechtigkeit schaffen“ wird für die untersuchten Gebiete weniger adressiert, stattdessen werden für konkrete Handlungsfelder umweltbezogene Ziele festgelegt.
- Dabei kommen die in der Forschungsliteratur für die Schaffung von (mehr) Umweltgerechtigkeit als relevant benannten Handlungsfelder (siehe Kapitel 2.4) auch in der Gebietskulisse des Programms Sozialer Zusammenhalt für die Verbesserung der Umweltsituation zum Tragen – allerdings in unterschiedlichem Maße.
- Die Ergebnisse zeigen, dass in (fast) allen Gebieten die Handlungsfelder Grün- und Freiraumentwicklung, Verkehr und Mobilität, Klimaanpassung und Klimaschutz mit Zielen zur Verbesserung der Umweltsituation unterlegt sind. Bei den Handlungsfeldern Lärmschutz, Sauberkeit/Müllentsorgung und Umweltbildung ist dies für deutlich weniger Gebiete der Fall.
- Weitgehend korrespondieren die Schwerpunktsetzungen bei den Zielen zur Verbesserung der Umweltsituation mit der beschriebenen Ausgangslage in den Gebieten (siehe Kapitel 3.3). Nur beim Thema Lärm ist eine Diskrepanz festzustellen. Während mit einer Ausnahme für alle Gebiete eine Verkehrslärmproblematik beschrieben wird, werden nur in drei Gebieten Lärmschutzziele verfolgt. Begrenzte Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten der Kommunen, wenn es um

Lärmschutz an Bundes- und Landesstraßen sowie an Strecken der Bundesbahn geht, kann hierfür ein Grund sein.

3.6 Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation und ihre Finanzierung

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick zu Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation in den untersuchten Gebieten. Teils sind diese bereits umgesetzt, teils befinden sie sich noch in Planung.

Tabelle 5: Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation

Handlungsfeld	Anzahl Gebiete mit Maßnahmen		Maßnahmen
	durchgeführt	geplant	
Lärminderung/-schutz	4	3	<ul style="list-style-type: none"> • Rückbau von Straßen • Lärmschutz entlang von Verkehrsstraßen/Bahnanlagen • Verkehrsberuhigung • Ersatz offener Altglas-Container durch geräuscharme Unterflursysteme
Grün- und Freiraumentwicklung	8	8	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines gebietsbezogenen Grünkonzeptes • Potentialanalyse für Begrünungsmaßnahmen • Neuanlage von Stadtteilparks mit vielfältigen Nutzungsangeboten (u.a. Spielplätze, Sport-/Bewegungsflächen, Flächen für gemeinschaftliches Gärtnern, Sitzgelegenheiten, Umweltbildungsangebote) • Neu- und Umgestaltung/Qualifizierung bereits vorhandener Stadtteilparks, inklusive Vergrößerung der Angebotsvielfalt • Vernetzung von Grün- und Freiflächen zu Grünzug/-achse • Anlage von Mieter-, Nachbarschafts-, Gemeinschafts-, interkulturellen Gärten und Unterstützung der Bewohnerschaft beim Gärtnern • Qualifizierung von halböffentlichen Abstandsflächen zwischen Wohngebäuden • Begrünung von Innenhöfen • finanzielle Förderung von Hof-, Dach- und Fassadenbegrünungen • Pflanzung von Bäumen und Sträuchern im Straßenraum • Erhöhung der Biodiversität im Wohnumfeld durch u.a. Anlage von Wildwiesen, Tierschutzstreifen, regionaltypische Pflanzungen, Verzicht auf Mahd • Neubau, Umbau und Erneuerung von Spiel- und Bolzplätzen • Neugestaltung und Öffnung von Schulhöfen • Neugestaltung von Außenanlagen an Kitas • Übernahme von Pflanz-/Pflegepatenschaften durch Bewohnerinnen und Bewohner
Klimaschutz	3	6	<ul style="list-style-type: none"> • (sozialverträgliche) energetische Sanierung des Gebäudebestandes, inkl. Beratungsangebote • Einsatz erneuerbarer Energien für die Wärme- und Stromversorgung • Nutzung von Dach- und Freiflächen für alternative Energiegewinnung • Schaffung eines Klimaschutzanlaufpunktes im Quartier • Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements für den Klimaschutz • Ausbildung von Energiesparlotsinnen und -lotsen • Einrichtung von Repair-Café/Stadtteilwerkstatt
Klimaanpassung	5	8	<ul style="list-style-type: none"> • mikroklimatische Messungen/Befragungen der Bewohnerschaft zu Hitzebelastungen und Starkregenerfahrungen • Potentialanalyse für Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen sowie die Schaffung von Wasserflächen/wasserbezogenen Elementen • Klimaanpassungsanalyse für Wohnkomplexe • partizipative Entwicklung von Klimaanpassungsmaßnahmen mit der Bewohnerschaft • Beschattung im öffentlichen Raum • Installation von Trinkwasserstationen, Brunnen und Wasserspielen/wänden • Installation von oberirdischer Starkregenabführung, Mulden/Rigolen und von Systemen, die Regewasser speichern

Handlungsfeld	Anzahl Gebiete mit Maßnahmen		Maßnahmen
	durchgeführt	geplant	
			<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung des Anteils verdunstungsaktiver Flächen: Grün-, Frei- und Wasserflächen) • Entsiegelung von Flächen (u.a. Stell- und Parkplätze) • klimaangepasste Weiterentwicklung von Grün- und Freiflächen (u.a. Nachpflanzung klimaresilienter Arten) • klimaangepasste Fassadengestaltung
Verkehr/Mobilität	7	7	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines Nahmobilitätskonzeptes • Sanierung von Rad- und Fußwegen • Neuanlage/Weiterentwicklung von Rad- und Fußwegeverbindungen • Verbesserung der Rad- und Fußwegeanbindung an benachbarte Erholungsgebiete und Quartiere • Sanierung/Erweiterung von Fahrradstellplätzen • Installation von Rad-Sharing-Angebot/Leihsystem für Lastenfahrräder • Überprüfung der Zugänglichkeit von Plätzen, Parkanlagen und Gehwegen für Menschen mit Mobilitätseinschränkung • Abbau räumlicher Barrieren im öffentlichen Raum/barrierefreie Wegestaltung • Installation/Optimierung von Wegebeleuchtungen • Verkehrsberuhigung, u.a. Ausweisung von Spielstraßen und Begegnungszonen • Optimierung der Sicherheit von Kreuzungen und Straßenquerungen • Verbesserung des ÖPNV-Angebotes/Einrichtung eines Quartiersbusses • Ausbau der öffentlichen E-Ladeinfrastruktur • Installation von Car-Sharing-Angebot • Einführung von Parkraumbewirtschaftung
Sauberkeit/ Müllentsorgung	2	2	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung Runder Tisch „Sicherheit und Sauberkeit“ • im Rahmen von Arbeitsfördermaßnahmen tätige „Kiezläuferinnen und -läufer“ • bewohnerinnen- und bewohnergetragene Stadtteilreinigungsaktionen • Einführung einer „Dreck-Weg-App“ zur Meldung von Verschmutzungen • Optimierung von Müllstellplätzen
Umweltbildung	5	5	<ul style="list-style-type: none"> • Projekte/Angebote zur Umweltbildung in Kitas, Schulen sowie Kinder- und Jugendzentren, u.a. zu Klimaschutz, Natur(schutz) • pädagogisch begleitete Foto-Quartiersrundgänge, die Kinder für ihr Umfeld und die Umwelt sensibilisieren • Beratung und Wissensvermittlung für die Bewohnerschaft zu umwelt- und klimarelevanten Themen (u.a. effiziente Energienutzung, Gärtnern, Klimaanpassung, Klimaschutz, ressourcenschonendes Verhalten)

Quelle: Eigene Darstellung.

In der Gesamtschau der Maßnahmen zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Zielsetzungen zur Verbesserung der Umweltsituation:

- Alle in der Forschungsliteratur für die Schaffung von (mehr) Umweltgerechtigkeit für wichtig erachteten Handlungsfelder (siehe Kapitel 2.4) kommen in der Gebietskulisse Sozialer Zusammenhalt bei der Maßnahmenentwicklung und -umsetzung zum Tragen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang.
- Spitzenreiter bei den Maßnahmen sind die Handlungsfelder Grün- und Freiraumentwicklung sowie Verkehr und Mobilität; in allen bzw. nahezu allen untersuchten Gebieten wurden in diesen Handlungsfeldern Maßnahmen umgesetzt und in allen Fällen sind weitere Maßnahmen geplant. Bei den freiraumbezogenen Maßnahmen geht es neben der Neuanlage bzw. Umgestaltung von Grünstrukturen auch immer darum, diese mit Angeboten für die Bewohnerschaft zu „bespielen“. Im Handlungsfeld Verkehr und Mobilität stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur, barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums, Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit im Mittelpunkt.
- Auch Klimaschutz und Klimaanpassung stehen im Fokus von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation. Dies trifft allerdings vor allem für noch geplante (sechs bzw. acht Gebiete) und weniger für bereits umgesetzte (drei bzw. fünf Gebiete) Maßnahmen zu. Offensichtlich braucht es vor Ort noch etwas Zeit, die erst 2020 explizit in der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung verankerten Handlungsfelder Klimaschutz und Klimaanpassung zu operationalisieren. Hierauf weist auch der relativ hohe Anteil konzeptioneller Maßnahmen zur Klimaanpassung hin.
- Die Handlungsfelder Lärmschutz und Umweltbildung sind beide mehr oder weniger in der Hälfte der Gebiete mit Maßnahmen unterlegt, unabhängig davon, ob es sich um umgesetzte (4 bzw. 5 Gebiete) oder geplante (3 bzw. 5 Gebiete) Maßnahmen handelt.
- Das Handlungsfeld „Sauberkeit/Müllentsorgung“ spielt wie bei den Zielsetzungen auch bei den Maßnahmen eine eher geringe Rolle (umgesetzte und geplante Maßnahmen: je 2 Gebiete).

Die Finanzierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation erfolgt überwiegend mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt. Im Rahmen von Mittelbündelung werden diese Fördergelder mit Ausnahme eines Gebietes durch weitere Finanzmittel ergänzt. Dies sind insbesondere:

- EU-Mittel: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE),
- Bundes- und Landesmittel: Städtebauförderungsprogramm Wachstum und nachhaltige Erneuerung (zuvor: Stadtumbau), Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS), Sonderprogramm "Stadt und Land", ExWoSt-Forschungsprojekt „Green Urban Labs“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Mittel des Bundesamtes für Naturschutz für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben, soziale Wohnraumförderung, KfW-Programm Energieeffizient Sanieren,
- kommunale Mittel:
 - Bremen: Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WIN), Bremer Klimaschutzbudget, Bremen Fonds (Sofortprogramm zur schnellen Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie),
 - Gelsenkirchen: Haus- und Hofflächenprogramm,
- nichtstaatliche Mittel der Aktion Mensch, von Wohnungsbaugesellschaften, der lokalen Wirtschaft sowie von Stiftungen und privaten Eigentümerinnen und Eigentümern.

3.7 Wirkungen von Maßnahmen

Die Analyseergebnisse zu Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation basieren weitgehend auf Einschätzungen der Interviewpartnerinnen und -partner. Datenbasierte Erkenntnisse zu Wirkungen sind die Ausnahme. Eine (indikatorenbasierte) Evaluation der Maßnahmen liegt für keines der analysierten Programmgebiete vor.

Umweltgerechtigkeit zielt zum einen darauf ab, eine Konzentration von Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe und bioklimatische Belastungen in sozial benachteiligten Quartieren zu vermeiden oder abzubauen. Mit Blick auf dieses Ziel können folgende Wirkungen der Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation konstatiert werden, wobei nicht jede der Wirkungen für alle untersuchten Gebiete zutrifft:

- Reduzierung von Lärm- und Schadstoffbelastungen durch Verlagerung bzw. Rückbau von Straßen (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Potsdam-Am Stern/Drewitz),
- Verminderung von Lärm- und Schadstoffbelastungen durch Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes und damit verbundener Zunahme des Fuß- und Radverkehrs bei gleichzeitiger Abnahme des motorisierten Individualverkehrs (Marburg-Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz),
- Reduktion von CO₂-Emissionen durch Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung (Potsdam Am Stern/Drewitz),
- Reduktion von „wildem Müll“ durch Stadtteilreinigungsaktionen, Optimierung von Müllstellplätzen und ähnliche Maßnahmen (Marburg-Waldtal).

Zum anderen geht es mit dem Ansatz Umweltgerechtigkeit darum, den Bewohnerinnen und Bewohnern in sozial benachteiligten Quartieren den Zugang zu Umweltressourcen – dazu gehören Grün- und Freiflächen, aber auch Angebote zur Umweltbildung – zu ermöglichen. Diesbezüglich sind insgesamt folgende Wirkungen für die untersuchten Gebiete festzustellen:

- bessere Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner mit Grün- und Freiflächen (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Potsdam-Am Stern/Drewitz, Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II),
- Annahme und Nutzung der neu errichteten bzw. neu gestalteten Grün- und Freiflächen und ihrer Angebote (u.a. gemeinschaftliches Gärtnern, Spielplätze und -geräte) durch die Bewohnerschaft – einhergehend mit einer Verbesserung der Nachbarschaft (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Bremen-Gröpelingen, Marburg Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz, Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II),
- Verbesserung des Mikroklimas durch neu angelegte bzw. qualifizierte Grünflächen (Leipzig-Grünau),
- Verbesserung der individuellen Ressourcen der Bewohnerschaft durch Angebote zur Umweltbildung, was mit mehr erlebter Selbstwirksamkeit und mittelbar mit quartiersbezogener Identitätsbildung einhergeht (Berlin-Brunnenstraße, Gelsenkirchen-Neustadt).

Umweltgerechtigkeit zielt neben Verteilungs- und Zugangs- auch auf Verfahrensgerechtigkeit ab – mit anderen Worten: alle Bevölkerungsgruppen sollen gleiche Möglichkeiten der Beteiligung an umweltrelevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen haben. Diesbezüglich entfalten vielfältige und niedrigschwellige Beteiligungsformate wie Stadtteilspaziergänge, Planungsfeste, spezielle Planungsworkshops für Kinder und Jugendliche mehr oder weniger in allen untersuchten Programmgebieten Wirkung.

Schließlich sind mittelbare Effekte der Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation auf die Stadtteilentwicklung insgesamt zu beobachten. Dazu gehören eine Verbesserung des Stadtteilbilds

und des Außenimages des Quartiers (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Potsdam-Am Stern/Drewitz, Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II) sowie eine zurückgehende Abwanderung, die im Zusammenhang mit umweltverbessernden und damit die Lebensqualität steigernden Maßnahmen konstatiert wird (Marburg-Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz, Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II).

3.8 Verfahren, Organisation und Management

Das „Arbeitsprinzip Soziale Stadt“, das eine wesentliche Grundlage auch für das Programm Sozialer Zusammenhalt bildet, sieht in hohem Maße das Zusammenwirken unterschiedlicher professioneller Akteure innerhalb und außerhalb von Politik und Verwaltung sowie die intensive Einbeziehung von Quartiersbewohnerschaft und anderen lokalen Akteuren vor. Entsprechend wurden in allen acht Programmkommunen ressortübergreifende Steuerungs- und Arbeitsstrukturen auf der Verwaltungsebene eingerichtet, Vernetzung, Aktivierung und Beteiligung im Quartier institutionalisiert, die Zusammenarbeit von Verwaltungs- und Vor-Ort-Ebene organisiert und die integrierten Handlungskonzepte partizipativ erarbeitet. Diese Strukturen und Verfahren werden auch für die Bearbeitung des Themas Umweltgerechtigkeit bzw. für die Verbesserung der Umweltsituation in den untersuchten Gebieten genutzt.

Partizipative Verfahren bei der Konzepterstellung

Für alle acht in die Untersuchung einbezogenen Programmgebiete wurden integrierte Handlungskonzepte entwickelt – die Vorlage eines solchen Konzeptes ist Fördervoraussetzung im Programm Sozialer Zusammenhalt; gleiches galt für das Vorläuferprogramm Soziale Stadt. Ältere Konzepte – viele wurden erstmals im Kontext Soziale Stadt erarbeitet – sind mittlerweile in Gänze oder teilweise fortgeschrieben und an das Programm Sozialer Zusammenhalt angepasst. Im Zuge der Konzepterstellung und/oder -fortschreibung kamen und kommen verschiedene Formate zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie anderer (lokaler) Akteure zum Einsatz, unter anderem:

- Experten-/Akteursinterviews (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Potsdam-Am Stern/Drewitz),
- Bewohnerbefragungen (Barsinghausen – Goethestraße/Bahlsen, Berlin-Brunnenstraße, Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II),
- Kiezspaziergänge (Berlin-Brunnenstraße), Begehung von Wohnungsbeständen gemeinsam mit Wohnungsbaugesellschaften (Marburg-Waldtal),
- Bewohnerbeteiligung auf Festen und Märkten (Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II)
- digitale Bürgerbeteiligung (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen),
- Werkstätten und Bewohnerversammlungen (Berlin-Mitte-Brunnenstraße, Leipzig-Grünau, Marburg-Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz),
- Erörterungen in lokalen Gremien/Räten (Berlin-Brunnenstraße, Gelsenkirchen-Neustadt).

Gegenstand dieser Beteiligungsformate waren und sind auch regelmäßig Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation in den Programmgebieten. Eine Beteiligung von Vorortgruppen der großen Umweltverbände (u.a. Bund für Umwelt und Naturschutz, Deutsche Umwelthilfe Naturschutzbund Deutschland,) als zentrale zivilgesellschaftliche Akteure für den Umweltschutz kann für keines der untersuchten Gebiete konstatiert werden.

Kooperative und partizipative Umsetzung von Maßnahmen

Auch die Realisierung einzelner Maßnahmen und Projekte im Rahmen der Programmumsetzung Sozialer Zusammenhalt – inklusive von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation – basiert in der Regel auf mehr oder weniger umfangreichen Kooperations-, Aktivierungs- und Beteiligungsverfahren, wobei auch hierbei Vorortgruppen der Umweltverbände (bisher) keine Rolle spielen:

- gemeinsame Beteiligungsveranstaltungen von professionellen Stadtplanenden, Quartiermanagement und Bewohnerschaft (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen),
- Zusammenarbeit von landeseigener Wohnungsbaugesellschaft, Stadtteilverein, Vereinen als Trägern von grün- und gesundheitsorientierten Projekten, Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbewohnerschaft insbesondere in Projekten mit Bezug zum Thema Umweltgerechtigkeit (Berlin-Brunnenstraße),
- Ideenwerkstätten unter Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Ortsamt, Stadtteilbeiräten, Architektenkammer, Kleingartenvereinen sowie Initiativen, Naturschutzverbänden und Projektträgern (Bremen-Gröpelingen),
- Maßnahmenumsetzung in Kooperation mit Bewohnerschaft, Eigentümerinnen und Eigentümern sowie weiteren lokalen Akteuren (Gelsenkirchen-Neustadt),
- Fortsetzung des mit der Konzepterstellung begonnenen integrativen Beteiligungsprozesses (Leipzig-Grünau),
- anlassbezogene Bewohnerinnen- und Bewohnerversammlungen (Marburg-Waldtal),
- Beteiligung im Rahmen von Festen vor Ort, spezielle Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche (Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II).

Wesentliche Grundlage für die intensive Einbeziehung von Quartiersbewohnerschaft und anderen lokalen Akteuren sind Organisations- und Managementstrukturen auf der kommunalen Verwaltungsebene und in den Quartieren, die in hohem Maße auf Kooperation und Koproduktion ausgerichtet sind.

Organisation und Management auf der kommunalen Verwaltungsebene

In den Verwaltungen aller acht Programmkommunen wurden für die Programmumsetzung Federführungen sowie ressortübergreifende Strukturen für die Steuerungs- und die Arbeitsebene etabliert. In der Querschau zeigt sich folgendes Bild:

- Die Federführung für die Programmumsetzung ist fast ausnahmslos im Bereich Stadtplanung/Stadtentwicklung/Stadterneuerung angesiedelt. Nur in der Stadt Marburg wird die Federführung neben dem Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz (baulich-investive Themen) gleichberechtigt zugleich von einem weiteren Amt, dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (soziale Themen) wahrgenommen.
- Bei den ressortübergreifenden Strukturen auf der Steuerungs- und Arbeitsebene handelt es sich teils um formalisierte, regelmäßig tagende Lenkungsgruppen/-gruppen (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Berlin-Brunnenstraße, Marburg-Waldtal, Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II), teils sind die Strukturen anlass- bzw. projektbezogen angelegt (Bremen-Gröpelingen, Gelsenkirchen-Neustadt, Leipzig-Grünau, Potsdam-Am Stern/Drewitz).
- Mit Blick auf die für das Thema Umweltgerechtigkeit insbesondere relevanten Umwelt- und Gesundheitsämter ist zu konstatieren: Während das Umweltamt bzw. der Bereich Umwelt/Grün in allen Programmkommunen in die ressortübergreifenden Strukturen eingebunden ist, trifft dies für das Gesundheitsamt nur für weniger als die Hälfte der Kommunen zu (Berlin-Brunnenstraße,

Gelsenkirchen-Neustadt, Leipzig-Grünau). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die kreisangehörigen Kommunen (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Marburg-Waldtal, Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II) über kein eigenes Gesundheitsamt verfügen, weil es beim Landkreis angesiedelt ist.

Organisation und Management auf der Programmgebietsebene

In allen acht untersuchten Programmgebieten finden sich auch institutionalisierte Strukturen für Akteursvernetzung sowie für Aktivierung und Beteiligung von Quartiersbewohnerschaft und anderen Vor-Ort-Akteuren. Mindestens ist dies ein Stadtteil- oder Quartiermanagement, das in einem Fall explizit die Aufgabe hat, Quartiersakteure sowie Bewohnerinnen und Bewohner zu ökologischer Revitalisierung im Programmgebiet zu beraten (Gelsenkirchen-Neustadt). Darüber hinaus sind in einigen Gebieten lokale Räte und/oder andere Quartiersvertretungen ins Leben gerufen worden (Berlin-Brunnenstraße, Gelsenkirchen-Neustadt, Leipzig-Grünau, Marburg-Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz), die zum Teil an der Vergabe von Mitteln aus Quartier- bzw. Verfügungsfonds und damit an der Entscheidung über Fördermittel aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt – auch mit Blick auf die Verbesserung der Umweltsituation – beteiligt sind.

Zusammenarbeit zwischen Verwaltungs- und Programmgebietsebene

Die Zusammenarbeit der Steuerungs- und Arbeitsgremien auf Verwaltungs- und Quartiersebene ist ebenfalls in allen acht Programmkommunen organisiert. Hierzu finden im regelmäßigem Turnus – je nach Kommune im Abstand von zwei Wochen bis zwei Monaten – Treffen des federführenden Amtes und des Stadtteil-/Quartiermanagements statt. Teils nehmen weitere Verwaltungsbereiche und Vor-Ort-Akteure (z.B. Wohnungsunternehmen, Quartiersgremien) an den Treffen teil.

3.9 Förderliche Rahmenbedingungen und Faktoren

Die Rahmenbedingungen und Faktoren, die als förderlich für die Verbesserung der Umweltsituation identifiziert wurden, basieren auf Einschätzungen der Interviewpartnerinnen und -partner in den untersuchten Programmkommunen und -gebieten. Die Reihenfolge in der Darstellung entspricht der Häufigkeit der Nennung der jeweiligen Bedingung.

Förderkulisse Sozialer Zusammenhalt

Das Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt mit seinem integrativen Ansatz und finanziellen Mitteln selbst wird für mehr als die Hälfte der Gebiete explizit als förderlich für die Umsetzung von Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit benannt (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Berlin-Brunnenstraße, Bremen-Gröpelingen, Gelsenkirchen-Neustadt, Marburg-Waldtal). Hervorgehoben wird auch die Offenheit des Programms dafür, andere Fördermittel parallel in Anspruch nehmen zu können (Mittelbündelung).

Zusammenarbeit zwischen Ämtern

Ebenfalls für mehr als die Hälfte der Gebiete (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Berlin-Brunnenstraße, Bremen-Gröpelingen, Gelsenkirchen-Neustadt, Marburg-Waldtal) wird auf ressortübergreifende Zusammenarbeit als ein begünstigender Faktor für die Verbesserung der Umweltsituation hingewiesen. Ämterübergreifende Arbeitsstrukturen zur Konzepterstellung und Umsetzung von Maßnahmen ermöglichen die für das Thema Umweltgerechtigkeit erforderliche integrierte Perspektive. Als Kooperationspartner hervorgehoben werden die Bereiche Planen, Bauen, Umwelt, Grün, Klima und – weniger häufig – Gesundheit. Die Zusammenarbeit findet teils in regelmäßigen Besprechungsrunden, teils bilateral und eher projektbezogen statt. Als günstig für die Zusammenarbeit wird wahrgenommen, wenn einzelne der genannten Bereiche in einem Amt, in einem Dezernat ressortieren.

Zusammenarbeit mit verwaltungsexternen Akteuren

Für die Verbesserung der Umweltsituation sind Akteure, Institutionen und Organisationen außerhalb der Verwaltung für die Hälfte der Gebiete (Berlin-Brunnenstraße, Bremen-Gröpelingen, Marburg-Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz) wichtige Partner und daher von Vorteil. Dies trifft insbesondere auf Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften zu, da sie über finanzielle Mittel für die Verbesserung des Wohnumfelds und für die energetische Gebäudesanierung verfügen. Ebenso werden erfahrene und verbindliche Projektträger sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als förderlich wahrgenommen, die Stadt und Quartiersmanagement dabei unterstützen, mit Bewohnerinnen und Bewohnern zu Umweltthemen ins Gespräch zu kommen.

Strategisch-konzeptionelle Komponenten

Ebenfalls für die Hälfte der Gebiete werden strategisch-konzeptionelle Komponenten verschiedener Art als vorteilhaft für die Verbesserung der Umweltsituation eingeschätzt:

- Für die Gebiete Berlin-Brunnenstraße und Gelsenkirchen-Neustadt werden einzelne Regelungen in den Städtebauförderrichtlinien des Landes als förderlich wahrgenommen. So unterstützen die vom Land Berlin zur Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt neu gesetzten Schwerpunkte Klimaschutz/Klimaanpassung sowie Umweltgerechtigkeit die Verbesserung der Umweltsituation. Und die im Juni 2023 bekanntgegebene und am 1. Januar 2024 in Kraft tretende neue Städtebauförderrichtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen bestimmt, dass die Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen so konzipiert werden sollen, dass sie einen Beitrag zum Schutz vor Naturgefahren und schädlichen Umwelteinwirkungen leisten. Dadurch werden beispielsweise Entsiegelungsmaßnahmen u.a. von Parkplätzen förderfähig, mit denen ein wichtiger Beitrag zur Klimaanpassung geleistet werden kann.
- Im Gebiet Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen konnten durch die Verknüpfung von Zielen des Programms Sozialer Zusammenhalt mit den Zielen des 2020 erstellten Radverkehrskonzepts Förderprogramme kombiniert werden und so Aspekte von Umweltgerechtigkeit - hier gute Erreichbarkeit von Natur und Landschaft für alle - einfacher umgesetzt werden.
- In Gelsenkirchen-Neustadt stellt das gesamtstädtisch installierte und indikatorengestützte Sozialraummonitoring ein wichtiges Analyseinstrument für die Identifizierung von Bedarfen bzw. für die Formulierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation dar. Zudem fungiert es als Beobachtungssystem, um die Wirkungen durchgeführter Maßnahmen ermitteln zu können.
- Der in Erstellung befindliche Masterplans Grün Leipzig 2030 ermöglicht es, Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Grün- und Freiräume in Leipzig-Grünau aus den rahmensetzenden Entwicklungslinien des Masterplans abzuleiten, die u.a. auf mehr Umweltgerechtigkeit zielen.

Kommunalpolitische Rückendeckung

Für mehrere Gebiete (Leipzig-Grünau, Marburg-Waldtal, Potsdam-Am Stern/Drewitz) wird kommunalpolitische Rückendeckung als förderliche Rahmenbedingung benannt. Diese Rückendeckung erfolgt in den Praxisbeispielen vor allem mit Blick auf die Handlungsfelder Klimaschutz und Klimaanpassung, u.a. durch:

- hohe politische Bedeutsamkeit für die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung,
- kommunalpolitisch beschlossene umweltbezogene Programme, Konzepte und Ziele: Energie- und Klimaschutzprogramm, Sofortmaßnahmenprogramm zum Klimanotstand, Klimaaktionsplan, Reduzierung des Autoverkehrs in der Innenstadt als kommunale Zielsetzung,
- Installation neuer Verwaltungsstrukturen: Referat Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz, Klimaschutzstelle.

Zusammenarbeit zwischen Verwaltungs- und Gebietsebene

Verwaltung und Gebiet müssen miteinander vernetzt werden, um die „Logiken“ und Vorstellungen beider Ebenen in Einklang zu bringen bzw. auch Grenzen des Machbaren aufzuzeigen. Auch mit Blick auf das Thema Umweltgerechtigkeit wird für mehrere Gebiete (Berlin-Brunnenstraße, Bremen-Gröpelingen, Marburg-Waldtal) eine gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Quartiersmanagement als förderlicher Faktor eingeschätzt. Wichtig hierfür: ein Quartiersmanagement vor Ort, das das „Ohr am Stadtteil hat“ und gleichzeitig gut an die Verwaltung angebunden ist.

Räumlichkeiten vor Ort

Für Beteiligung als wichtiger Aspekt von Umweltgerechtigkeit werden für die Gebiete Bremen-Gröpelingen und Marburg-Waldtal Räume vor Ort (Bewohnertreffs, gemeinwesenorientierte Cafés, Nachbarschafts-/Quartierszentren) als hilfreich eingeschätzt, da sie eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe der Quartiersbewohnerschaft sind.

Beteiligung

In Stadtallendorf wird Beteiligung selbst als ein zentraler Türöffner für das Thema Umweltgerechtigkeit wahrgenommen. Denn über die Beteiligung der räumlich unmittelbar Betroffenen werde vorrangig die Frage der Nutzungs- und Gestaltungsrechte verhandelt. Durch gute Beteiligung könne Umweltgerechtigkeit, insbesondere auch mit Blick auf die Dimension Verfahrensgerechtigkeit, gefördert werden.

Konkrete Projekte und Maßnahmen

Ebenso halten die Interviewten in Stadtallendorf das unmittelbare Arbeiten an konkreten Projekten und Maßnahmen für das Thema Umweltgerechtigkeit für förderlich. Das Thema werde auf der Umsetzungsebene konkret, fassbar und anschlussfähig. Der Begriff Umweltgerechtigkeit lasse sich leichter kommunizieren, wenn zunächst in seinem Sinne gehandelt und erst nachträglich das Handeln „etikettiert“ wird. Auch die erforderliche politische Rückendeckung sei durch das anfängliche Vermeiden des voraussetzungsvollen und abstrakten Begriffs leichter zu erreichen.

Quartiersmanagement und umweltbezogene Projekte in einer Trägerschaft

Im Berliner Brunnenviertel wurde eines der zentralen Projekte zur Verbesserung der Umweltsituation, das Kiez-Klima-Projekt, vom selben Träger wie das Quartiersmanagement durchgeführt. Hiermit waren aus Sicht der Interviewten verschiedene Vorteile verbunden. So waren bereits zu Projektbeginn eingehende Kenntnisse über das Quartier vorhanden. Auch war es ein Vorteil, an die Netzwerkstrukturen des Quartiersmanagements anknüpfen zu können. Die gemeinsame Trägerschaft hat zudem die Chance erhöht, im KiezKlima-Projekt zusätzlich initiierte Netzwerke zu verstetigen. Umgekehrt hat aber auch das Quartiersmanagement durch das KiezKlima-Projekt neue Impulse für seine Arbeit erhalten, u.a. zum Handlungsfeld Klimaanpassung und zu niedrigschwelligen Beteiligungsformaten.

3.10 Hemmende Rahmenbedingungen und Faktoren

Auch die Rahmenbedingungen und Faktoren, die als hemmend für die Verbesserung der Umweltsituation in den Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt identifiziert wurden, beruhen auf Einschätzungen der Interviewpartnerinnen und -partner in den untersuchten Programmkommunen und -gebieten. Die Reihenfolge in der Darstellung entspricht hier ebenfalls der Häufigkeit der Nennung.

Mangelnde Ressourcen der Bewohnerschaft

In verschiedener Hinsicht mangelnde Ressourcen in der Bewohnerschaft werden für mehr als die Hälfte Gebiete als Hemmfaktor identifiziert:

- geringes Problembewusstsein in der Bewohnerschaft für das Thema Umweltgerechtigkeit und gegenüber Umweltbelastungen (Berlin-Brunnenstraße, Gelsenkirchen-Neustadt),
- existenzielle ökonomische Probleme von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern lassen wenig Ressourcen, sich mit Umwelt- und Klimathemen zu beschäftigen (Bremen-Gröpelingen, Potsdam-Am Stern/Drewitz),
- Sprachbarrieren in der Quartiersbevölkerung mit Migrationshintergrund erschweren die Vermittlung von Zielen und Maßnahmen zum Klimaschutz und zu Klimaanpassung (Potsdam-Am Stern/Drewitz),
- geringe finanzielle Möglichkeiten der Bewohnerschaft hemmen ihren Zugang zu Angeboten wie Carsharing oder Fahrradverleih (Marburg-Waldtal).

Mangelnde Akzeptanz für Maßnahmen

Eine mangelhafte Akzeptanz von Maßnahmen wird für die Hälfte der Gebiete als nachteilig für die Verbesserung der Umweltsituation eingeschätzt.

Überwiegend wird dabei auf eine mangelnde bzw. geringe Annahme durch die Bewohnerschaft abgestellt. Diese betrifft beispielsweise Neuanpflanzungen von Straßenbäumen, die zu Lasten von Stellplätzen gehen (Bremen-Gröpelingen), energetische Sanierungsmaßnahmen, durch die Mieterhöhungen drohen (Leipzig-Grünau), oder Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und zum Ausbau von Elektromobilität („wir können uns ohnehin kein Elektroauto leisten“) (Marburg-Waldtal).

Vereinzelt wird aber auch eine kritische Haltung seitens der Politik gegenüber Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation konstatiert (Stadtallendorf-Inseln in der Stadt I und II). Insbesondere wenn es nicht mehr nur um die Konzeptphase, sondern um die konkrete Umsetzung von Maßnahmen geht, gibt es teils gegenläufige Interessen von Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die viel Überzeugungsarbeit und mehrere Anläufe seitens der Verwaltung oder des beauftragten Büros für eine Zustimmung zu den Maßnahmen erforderlich machen.

Kleinteilige Eigentümerstruktur

Ebenfalls für die Hälfte der Gebiete (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen, Bremen-Gröpelingen, Gelsenkirchen-Neustadt, Potsdam-Am Stern/Drewitz) wird eine kleinteilige und private Eigentümerstruktur als hemmender Faktor benannt – zum einen mit Blick auf Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Gebäudebestands, zum anderen hinsichtlich des Zugriffs auf Flächen, z.B. für Maßnahmen zur Verbesserung der Grünversorgung oder zur Klimaanpassung im unmittelbaren Wohnumfeld. In beiden Fällen sind die unmittelbaren Einflussmöglichkeiten der Kommune aufgrund der Eigentümerstruktur sehr begrenzt. Zusätzlich erschwerend wirkt sich aus, wenn Eigentümerinnen und Eigentümer im Ausland leben (Potsdam-Am Stern/Drewitz) oder aber aufgrund ihres höheren Lebensalters wenig Interesse an energetischen Sanierungsmaßnahmen ihrer Immobilie haben (Barsinghausen-Goethestraße/Bahlsen). Die Zusammenarbeit mit wenigen Großeigentümern wie Wohnungsbaugesellschaften wird als wesentlich effizienter und effektiver eingeschätzt, da nicht zahlreiche Einzeleigentümerinnen und -eigentümer je individuell für eine Zusammenarbeit angesprochen und gewonnen werden müssen.

Fördertechnische und finanzielle Restriktionen

Fördertechnische und finanzielle Hemmnisse werden für insgesamt drei Gebiete benannt:

- befristete Gewährung von Fördermitteln des Programms Sozialer Zusammenhalt für die Gesamtmaßnahme, aber auch befristete Förderung einzelner Projekte (Berlin-Brunnenstraße, Bremen-Gröpelingen),

- fehlende Möglichkeit, mit Städtebaufördermitteln neben den Investitionskosten auch laufende Betriebs- und Unterhaltungskosten zu finanzieren, die insbesondere bei Maßnahmen zur Grün- und Freiraumentwicklung dauerhaft zu erbringen sind (Bremen-Gröpelingen, Potsdam-Am Stern/Drewitz),
- räumlich begrenzte Förderkulisse: für großräumige Maßnahmen wie die Anlage von Radwegen wird ein größerer räumlicher Umgriff benötigt; die Finanzierung über das Programm Sozialer Zusammenhalt ist jedoch nur innerhalb der Gebietsgrenzen möglich (Berlin-Brunnenstraße),
- zersplitterte Förderlandschaft statt Förderung „aus einer Hand“ (Potsdam-Am Stern/Drewitz).

Mangelnde Personalressourcen in der Verwaltung

Ebenfalls für drei Gebiete werden nicht ausreichende personelle Verwaltungsressourcen als hemmender Faktor für die Verbesserung der Umweltsituation benannt (Berlin-Brunnenstraße, Bremen-Gröpelingen, Leipzig-Grünau). Angesichts der Fülle von Aufgaben reichen die personellen Ressourcen hierfür teils nicht aus. Dies betrifft sowohl die konkrete Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen als auch das Erschließen von Fördermitteln. Zudem lässt das Alltagsgeschäft wenig Zeit für strategische Überlegungen. Auch das integrierte Verwaltungshandeln, das für die Verbesserung der Umweltsituation regelmäßig erforderlich ist, leidet unter personellen Engpässen.

Zurückgehendes ehrenamtliches Engagement

Die aktuellen Krisen (Pandemie, Klimawandel, Ukrainekrieg) führen zu einer gewissen Müdigkeit der Bewohnerschaft und in der Folge zu weniger ehrenamtlichem Engagement und Verantwortungsübernahme für das Quartier (Berlin-Brunnenstraße, Marburg-Waldtal). Besonders schwierig ist es, Menschen für ein langfristiges Engagement, z.B. Mitwirkung in Stadtteilgremien, zu gewinnen. Eine Ausnahme stellen diesbezüglich im Gebiet Berlin-Brunnenstraße gemeinschaftliche gärtnerische Aktivitäten dar, da sie sehr schnell Wirkung zeigen und als freudvoll empfunden werden.

Begrenzte kommunale Einflussmöglichkeiten

Begrenzte Einflussmöglichkeiten haben Kommunen, wenn es um Lärmschutz an Bundes- und Landesstraßen sowie an Strecken der Bundesbahn geht, da ihnen hier die Zuständigkeit fehlt. So ist die Stadt Marburg für die Minderung von Lärm- und Schadstoffemissionen, die von der das Waldtal umgebenden „Panoramastraße“ ausgehen, auf die Zustimmung des Mobilitätsdienstleiters Hessen Mobil als Eigentümer der Hauptverkehrsstraße angewiesen. Auch für Gelsenkirchen-Neustadt werden geringe Handlungsoptionen beim Lärmschutz aufgrund fehlender Zuständigkeit für die den Stadtteil begrenzenden Verkehrsstraßen (Bundesstraße, Bahnlinie) beklagt. Und die Stadt Stadtallendorf hatte bei der Entscheidung über die Streckenführung zum Ausbau der A 47, die vom Bund betrieben wird, nur wenig Einflussmöglichkeiten und konnte daher die Führung in unmittelbarer Nähe zur Stadt und zu den Gebieten Inseln in der Stadt I und II nicht verhindern.

Abstrakte Begrifflichkeiten

Begriffe wie Umweltgerechtigkeit und Klimaanpassung an sich können eine Schwelle darstellen. Vielfach werden sie von den Beteiligten als zu sperrig und abstrakt empfunden. So war die Sensibilisierung für das Thema Klimaanpassung als Voraussetzung für Bewusstsein und eigenes Handeln der Bewohnerschaft eine der schwierigsten Aufgaben im Projekt KiezKlima im Gebiet Berlin-Brunnenstraße.

Flächenkonkurrenzen

Über Nutzungskonkurrenzen um Flächen, vor allem zwischen Wohnen und Grün im Kontext von Nachverdichtung wird für das Gebiet Potsdam-Am Stern/Drewitz als Hemmfaktor für die Verbesserung der Umweltsituation berichtet.

3.11 Schlussfolgerungen

Insgesamt zeigt die Analyse der acht in die Untersuchung einbezogenen Programmgebiete Sozialer Zusammenhalt, dass die Programmarchitektur – Fokus auf benachteiligte Quartiere im gesamtstädtischen Vergleich, integrativer Ansatz mit Betonung auf ressortübergreifender Zusammenarbeit sowie Aktivierung und Beteiligung von Quartiersbewohnerschaft und anderen lokalen Akteuren, integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept als Grundlage – einen hervorragenden Anknüpfungspunkt für das Konzept Umweltgerechtigkeit bietet. Entsprechend können Programmmittel gemäß der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung dezidiert für das Handlungsfeld Umweltgerechtigkeit eingesetzt werden.

Diese vergleichsweise prominente Stellung von Umweltgerechtigkeit in der Programmtheorie findet sich allerdings auf der kommunalen Umsetzungsebene nicht in gleicher Deutlichkeit. Stark generalisiert scheint das Thema Umweltgerechtigkeit hier bis auf einige Ausnahmen lediglich eine eher implizite oder „beiläufige“ Rolle zu spielen, wenn beispielsweise Maßnahmen und Projekte insbesondere im Bereich Grün- und Freiraumentwicklung faktisch zwar einen Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit leisten, dies jedoch so explizit in den Zielsetzungen des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes gar nicht intendiert ist. Die Untersuchungsergebnisse geben einige Hinweise darauf, warum dies so ist:

Indikatorenauswahl zur Gebietsbeschreibung

Umweltgerechtigkeit setzt an der Schnittstelle von sozialer Lage, Umweltsituation und gesundheitlicher Lage an. In der Mehrheit der untersuchten Kommunen zeigt sich jedoch, dass Indikatoren zur Beschreibung der gesundheitlichen Lage nicht herangezogen werden. Als ein Grund dafür kann die in vielen Kommunen nur unzureichende gebietsscharfe Datenlage im Bereich Gesundheit angenommen werden. Auch Indikatoren zu Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe, klimatische Belastungen werden lediglich in rund der Hälfte der untersuchten Kommunen herangezogen – vermutlich ebenfalls aus Gründen der Datenverfügbarkeit oder weil das Thema Umweltbelastungen im Kontext Sozialer Zusammenhalt (noch) als weniger relevant betrachtet wird.

Darstellung der Programmgebietssituation in integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten

Für alle Programmgebiete werden vielfältige Benachteiligungen in den Bereichen soziale Lage und Umweltsituation beschrieben. Dagegen finden sich für lediglich drei der acht untersuchten Programmgebiete auch Angaben zur gesundheitlichen Lage. Diese wiederum sind in Breite und Tiefe vergleichsweise weniger aussagestark. Auch hier kann geschlussfolgert werden, dass zu wenige Daten bzw. Informationen für eine detailliertere Analyse der Gesundheitssituation vor Ort zur Verfügung stehen.

Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit

Auf den Befund, dass Umweltgerechtigkeit in den Programmgebieten Sozialer Zusammenhalt eine eher „beiläufige“ denn strategische Rolle spielt, wurde bereits hingewiesen. Lediglich in der Hälfte der betrachteten acht integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte wird Umweltgerechtigkeit mehr oder weniger explizit thematisiert. Dabei handelt es sich in allen Fällen um (fortgeschriebene) ISEK der Jahre 2020 bis 2022. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass der seit 2020 verstärkte Fokus der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung auf die Themen Klima und Umwelt bereits in diesen ISEK seinen Niederschlag findet. Umweltgerechtigkeit wird jedoch auch in Konzepten jüngeren Datums nur in zwei Fällen als eigenes Handlungsfeld aufgeführt. In den beiden anderen neueren Konzepten wird Umweltgerechtigkeit einmal bei der Beschreibung der Ausgangslage im Programmgebiet thematisiert und in dem anderen Fall das Entwicklungsziel Klimagerechtigkeit als Teilaspekt von Umweltgerechtigkeit genannt. Als Grund, warum Umweltgerechtigkeit im Rahmen des Programms Sozialer Zusammenhalt bislang keine größere strategische Bedeutung erlangt hat, kann angenommen werden, dass dieses Konzept noch immer zu wenig bekannt ist und/oder es als weiterer integrierter Ansatz als zu komplex für eine eigenständige Betrachtung bewertet wird.

Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation

Das Ziel „Mehr Umwelt- bzw. Klimagerechtigkeit schaffen“ wird nur für zwei der untersuchten Gebiete explizit formuliert. Für fast alle Gebiete sind dagegen die Handlungsfelder Grün- und Freiraumentwicklung, Verkehr und Mobilität, Klimaanpassung und Klimaschutz mit Zielen und Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation unterlegt, was für die These von der „Beiläufigkeit von Umweltgerechtigkeit“ spricht. Dass dies für die Handlungsfelder Lärmschutz, Sauberkeit/Müllentsorgung und Umweltbildung deutlich weniger der Fall ist, legt den Rückschluss nahe, dass diese Themen im Kontext Sozialer Zusammenhalt derzeit noch als weniger relevant eingeschätzt werden. Beim Lärmschutz kommt hinzu, dass die Kommunen nur begrenzte Einflussmöglichkeiten entlang von Bundes- und Landesstraßen sowie Strecken der Deutschen Bahn haben, da ihnen hier die Zuständigkeit fehlt.

Finanzierung von Maßnahmen

Mit einer Ausnahme werden in allen Gebieten zusätzlich zu den Mitteln des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt Mittel weiterer Förderprogramme für Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation genutzt. Dies zeigt, dass auch im Kontext von Umweltgerechtigkeit Mittelbündelung ein tragfähiges Finanzierungsmodell ist.

Wirkungen von Maßnahmen

Die Benennung von Wirkungen der Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation basiert in den betrachteten Programmgebiete weitgehend auf subjektiven und selektiven Einschätzungen von Interviewpartnerinnen und -partnern, die vor allem auf Outcomes (u.a. Reduzierung von Lärm- und Schadstoffbelastungen, bessere Versorgung der Bewohnerschaft mit Grünflächen), teils aber auch auf Impacts (u.a. Zunahme des Fuß- und Radverkehrs, Verbesserung der Nachbarschaft, von Bewohnerinnen und Bewohnern erlebte Selbstwirksamkeit) von Maßnahmen hinweisen. Datenbasierte Erkenntnisse sind dagegen die Ausnahme, eine (indikatorenbasierte) Evaluation der Maßnahmen liegt für keines der Programmgebiete vor. Abgesehen davon, dass sich im Zusammenhang mit den Programmen Soziale Stadt und Sozialer Zusammenhalt seit nunmehr gut zwanzig Jahren die Frage stellt, inwieweit Quartiersentwicklung quantitativ evaluierbar ist (Kontexteffekte, qualitative Bewertungen wie „Wohlfühleffekte“, „Situationsentwicklung“, „Identifikationsmöglichkeiten“ etc.), dürfte es angesichts der bereits mehrfach zitierten Datenlage insbesondere im Gesundheitsbereich, aber auch zu einigen Umweltaspekten nach heutigem Stand besonders schwierig sein, eine datenbasierte Wirkungsanalyse zum Aspekt Umweltgerechtigkeit vorzunehmen.

Verfahren, Organisation und Management

Aktivierung und Beteiligung von Quartiersbewohnerschaft und anderen lokalen Akteuren, ämterübergreifende Kooperation in der Verwaltung sowie der intensive Austausch von Verwaltungs- und Quartiersebene waren bereits in der Sozialen Stadt das Rückgrat der Programmumsetzung, sind daher seit gut zwanzig Jahren mehr oder weniger eingeübt und damit auch im Programm Sozialer Zusammenhalt selbstverständliche Prinzipien. Sie finden sich daher in allen acht Programmkommunen in differenzierter, vielfältiger und an die jeweiligen Gegebenheiten angepasster Form. Mit Blick auf das Thema Umweltgerechtigkeit ist es besonders interessant, inwieweit Akteure und Verwaltungsbereiche der Themenfelder Umwelt/Klima und Gesundheit involviert sind. Soweit die Untersuchungsergebnisse hierzu Aufschluss geben, zeigt sich in den betrachteten Programmkommunen, dass Umwelt- und Gesundheitsämter – soweit in der jeweiligen Programmkommune vorhanden – tatsächlich in ressortübergreifenden Steuerungs- und/oder Arbeitsgremien auf der Verwaltungsebene regelmäßig vertreten sind. Auf der Vor-Ort-Ebene haben die in allen acht Programmgebieten etablierten Quartier- bzw. Stadtteilmanagements unter anderem die Aufgabe der Akteursvernetzung. Mit Blick auf lokale Vorortgruppen der Umweltverbände scheint dies allerdings noch nicht zu gelingen; sie sind in keinem der Gebiete in die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation beteiligt.

Förderliche und hemmende Rahmenbedingungen

Die von den Interviewpartnerinnen und -partnern genannten förderlichen und hemmenden Rahmenbedingungen für mehr Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderprogramm beziehen sich gleichermaßen vor allem auf strukturelle Bedingungen wie die Förderkulisse, die Zusammenarbeit zwischen Ämtern und mit verwaltungsexternen Akteuren, verfügbare Personalressourcen und kommunale Einflussmöglichkeiten. Diese Bedingungen sind offensichtlich wichtige Stellschrauben, um das noch immer nicht überall bekannte oder aber als sehr komplex wahrgenommene Thema Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm weiter voranzubringen.

4. Handlungsempfehlungen für kommunal Verantwortliche

Auf Basis der Analyseergebnisse zum Forschungsstand (siehe Kapitel 2) sowie der Ergebnisse aus der Untersuchung der guten Beispiele (siehe Kapitel 3) werden im Folgenden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die den integrierten Ansatz Umweltgerechtigkeit in der Programmkulisse „Sozialer Zusammenhalt“ operationalisieren. Die Empfehlungen richten sich in erster Linie an kommunale Verwaltungsakteure, die für die Programmumsetzung federführend sind, sowie an die Quartiermanagements in den Programmgebieten.

Umweltgerechtigkeit – Wie ist die Situation vor Ort? Welche Handlungsbedarfe gibt es?

Das Konzept der Umweltgerechtigkeit ist heute für viele Städte relevant. Es zielt darauf ab, in Quartieren und Wohnlagen, die vor großen sozialen Herausforderungen stehen, eine Konzentration von Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe oder Hitze zu vermeiden oder abzubauen. Gleichzeitig sollen die Bewohnerinnen und Bewohner einen Zugang zu Umweltressourcen wie Grünflächen erhalten, die für ihre Lebensqualität förderlich sind.

Generell ist Umweltgerechtigkeit auch ein relevantes Thema im Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt. Ob und welche Bedeutung es jedoch im Einzelfall hat, muss für das jeweilige Fördergebiet analysiert und bewertet werden. Es liegt daher auf der Hand, in Gebieten des Programms Sozialer Zusammenhalt herauszufinden, ob und wo Handlungsbedarfe mit Blick auf Umweltgerechtigkeit bestehen. Welche Umweltbelastungen müssen verringert oder sogar abgebaut werden? Welche für die Lebensqualität der Bewohnerschaft förderlichen Umweltressourcen sollten erweitert werden?

Um dies zu analysieren, sollten in einem ersten Schritt Umweltindikatoren gebietsbezogen aufbereitet und ausgewertet werden. Folgende Indikatoren haben sich hierfür bewährt:

- Belastung durch Straßenverkehrslärm: Tag-Abend-Nacht-Lärmindex (L_{den}), geschätzte Anzahl von Straßenverkehrslärm betroffener Menschen
- Belastung durch Feinstaub: PM_{10} im Jahresmittel
- Belastung durch Stickstoffdioxid: NO_2 im Jahresmittel
- Versorgung mit wohnungsnahem öffentlichem Grün (bis 500 m Fußwegeverbindung): qm/EW
- Qualität öffentlicher Grünflächen: Zugänglichkeit, Ausstattung, Klimawirksamkeit, Lärmbeeinträchtigungsniveau, Pflegezustand, Sicherheit
- thermische Belastung: PMV- bzw. PET-Index, Bebauungsdichte (Grundflächenzahl), Versiegelungsgrad
- Möglichkeiten der Wasserspeicherung: Versickerungsflächen, temporäre Retentionsflächen, Mulden-Rigolen-Systeme, begrünte Dachflächen.

Vor Ort können auch noch andere Umweltindikatoren wichtig sein.

Daten für die Umweltindikatoren gibt es bei Umwelt-, Planungs- und Grünflächenämtern und in deren Planungen: zum Beispiel im Lärmaktionsplan, Luftreinhalteplan, Landschaftsplan/Freiraumkonzepte oder im Klimaanpassungskonzept.

Soweit kleinräumige Gesundheitsdaten mit einem möglichen Bezug zur Umweltsituation im Gebiet vorliegen, sollten auch diese für die Gebietsanalyse ausgewertet werden. In Betracht kommen hier insbesondere Daten aus Schuleingangsuntersuchungen, die in der Regel flächendeckend und kleinräumig vorliegen:

- Anteil von Kindern mit Übergewicht und Adipositas (hier kann ein kausaler Zusammenhang mit fehlenden Bewegungsmöglichkeiten im Wohnumfeld bestehen)
- Anteil von Kindern mit grobmotorischen Störungen bei Schuleingangsuntersuchungen (auch hier ist ein kausaler Zusammenhang mit fehlenden Bewegungsmöglichkeiten im Wohnumfeld möglich)
- Anteil von Kindern mit umweltbelastungsspezifischen Krankheiten.

Auch hier gilt: weitere Gesundheitsindikatoren können vor Ort relevant sein.

Um beurteilen zu können, ob das Programmgebiet im gesamtstädtischen Vergleich in besonderem Maße von Umweltbelastungen bzw. von Gesundheitsbeeinträchtigungen mit Umweltbezug betroffen ist, müssen die kleinräumigen Umwelt- und Gesundheitsdaten mit gesamtstädtischen Zahlen verglichen werden.

Die indikatorenbasierte Gebietsanalyse sollte durch eine qualitative Analyse vertieft werden, bei der es vor allem um Einschätzungen und Bewertungen von Akteuren im Quartier geht. Auch Befragungen der Bewohnerinnen und Bewohner können hier wichtige Hinweise geben. Gefragt ist eine Gebietsanalyse, die aus der Perspektive derjenigen erfolgt, die vor Ort leben, arbeiten und handeln und die Situation als Teil ihres Alltags – letztlich als „Betroffene“ – genau kennen. Dazu eignen sich Stadtteilspaziergänge, Stadtteilstunde oder spezifische Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche.

Aus der Bedarfsanalyse werden anschließend – wiederum mit Beteiligung von Bewohnerschaft und Akteuren – geeignete Maßnahmen und Projekte abgeleitet, um die Umweltsituation vor Ort zu verbessern.

Umweltgerechtigkeit – konzeptionelle Verankerung, Handlungsfelder, Maßnahmen, Finanzierung

Wichtig ist, Umweltgerechtigkeit nicht als isoliertes neues Thema auf den Weg bringen zu wollen, sondern es möglichst an bereits ohnehin zu bearbeitende Handlungsfelder anzudocken. Dafür ist es wichtig, die Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit im integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) konzeptionell zu verankern, in dem alle Ziele und Maßnahmen für das jeweilige Quartier dargestellt sind. Das Querschnittsthema Umweltgerechtigkeit sollte dabei explizit im ISEK dargestellt und in den für das Thema relevanten Handlungsfeldern Bezüge zu Umweltgerechtigkeit hergestellt werden.

Folgende Handlungsfelder haben mit Blick auf Umweltgerechtigkeit eine besondere Bedeutung:

- Lärmschutz
- Luftreinhaltung
- Freiraumentwicklung

- Klimaschutz/Anpassung an den Klimawandel
- Mobilität/Verkehr
- Umweltbildung
- umweltbezogene Gesundheitsförderung.

Je nach Situation können auch weitere Handlungsfelder eine Rolle spielen.

Große investive Maßnahmen wie die Neuanlage oder qualifizierende Umgestaltung von Grünflächen, die Installation von Lärmschutzmaßnahmen oder die Anlage von Retentionsflächen sind wichtige Beiträge für mehr Umweltgerechtigkeit. Genauso zentral sind aber auch kleinteilige Umwelt-, Nachhaltigkeits- oder Gesundheitsprojekte, die als Beteiligungs- und Aneignungsprojekte angelegt sind (z.B. Gemeinschaftsgärten, Repair-Cafés, Fahrradwerkstätten, Angebote zur Umweltbildung) und Wirkungen im Hinblick auf das Umweltbewusstsein und umweltfreundliches Handeln der Quartiersbevölkerung entfalten können.

Erforderlich ist eine Priorisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation und ihre Unterlegung mit einem Finanzierungsplan. Dabei sind auch Finanzmittel von dritter Seite zu berücksichtigen (Stichwort Mittelbündelung). Denn: Die Städtebauförderung fördert nach dem Subsidiaritätsprinzip, das heißt andere Finanzierungsmöglichkeiten haben Vorrang. In Betracht kommen öffentliche Mittel aus Umwelt- und Klimaprogrammen von Bund und Ländern, aber auch kommunale Förderprogramme, beispielsweise zur Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung. Auch private Mittel von Stiftungen, Unternehmen sowie der Wohnungswirtschaft können dazu dienen, Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation zu finanzieren.

Umweltgerechtigkeit – Akteure und Mitwirkende

Umweltgerechtigkeit ist ein integrativer Handlungsansatz. Das heißt, verschiedene Themenfelder wie Quartiersplanung, Umwelt, Gesundheit, Beteiligung spielen eine Rolle. Sie müssen zusammengedacht und zusammengebracht werden – von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure aus Politik, Kommunalverwaltung, Verbänden und natürlich aus den Quartieren vor Ort.

Viele Amts- bzw. Fachbereiche einer Kommunalverwaltung – insbesondere Stadtentwicklung/Stadtplanung, Umwelt/Grün, Verkehr, Gesundheit, Soziales, Jugend, Schule und Bildung – sind gefragt, ihren jeweiligen Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit zu leisten – dies mit Blick auf benachteiligte Teilräume/Quartiere und damit auch auf Programmgebiete Sozialer Zusammenhalt. Gelingen kann dies vor allem dann, wenn in der Kommune ressortübergreifende Steuerungs- und/oder Arbeitsgremien für die Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt eingerichtet sind und alle für Umweltgerechtigkeit relevanten Verwaltungsbereiche in diesen Gremien aktiv mitwirken. Für die Entwicklung und Umsetzung einzelner Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation können aber auch projektbezogene Kooperationen zwischen dem für die Programmumsetzung federführenden Amt und dem Umweltamt eine geeignete Form der Zusammenarbeit sein,

Das Quartiersmanagement hat bei der Umsetzung von Projekten für mehr Umweltgerechtigkeit in den Gebieten des Sozialen Zusammenhalts eine Schlüsselrolle. Es ist die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bewohnerinnen und Bewohnern. Das Quartiersmanagement bündelt die Wünsche aus dem Quartier und den Informationsfluss in das Quartier. Zudem initiiert es wichtige Netzwerke, wirkt in diesen Netzwerken mit und pflegt sie. Mit Blick auf Umweltgerechtigkeit sollten in diese Netzwerke auch lokale Organisationen und Institutionen aus dem Umwelt- und Gesundheitsbereich verstärkt einbezogen werden. Sie sind potenzielle „Transmissionsriemen“ für die Herstellung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit (Böhme et al. 2018: 242).

Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus, dass nicht nur professionelle Akteure etwas für umweltbelastete Quartiere tun, sondern dass sich auch die Quartiersbevölkerung für eine bessere Um-

welt „vor der Haustür“ engagiert. Geeignete Beteiligungsformate, die auf Empowerment und Kommunikation „auf Augenhöhe“ (Sprache, kulturelle Gepflogenheiten etc.) setzen, sind hierfür Voraussetzung und ebenso dafür, dass eine Aneignung der Umwelt gelingt und Selbstwirksamkeit erlebt wird. Unterstützt werden kann das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner auch durch die Einrichtung eines Verfügungsfonds. Ein solcher Fond finanziert sich bis zu 100 Prozent aus Mitteln des Programms Sozialer Zusammenhalt und kann genutzt werden, um kleinere, aus der Quartiersbevölkerung heraus initiierte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation unbürokratisch zu beantragen und umzusetzen.

Literatur

- ARL – Akademie für Raumordnung und Landesplanung (Hrsg.), 2014: Umwelt- und Gesundheitsaspekte im Programm Soziale Stadt. Ein Plädoyer für eine stärkere Integration. Positionspapier aus der ARL, 97. Hannover.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.), 2022: Städtebauförderungsdatenbank. Stand Programmjahr 2021.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.), 2021: Green Urban Labs. Strategien und Ansätze für die kommunale Grünentwicklung, Bonn.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.), 2019: Grün in der Stadt. Maßnahmen zur Grün- und Freiraumentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung. BBSR-Online-Publikation Nr. 12/2019. Bonn.
- Biercamp, N.; Wissel, S.; Spreter, R., 2017: Grün. Sozial. Wertvoll. Gemeinsam Natur in sozial benachteiligte Quartiere holen! Empfehlungen und Beispiele für Kommunen. Herausgeber: Deutsche Umwelthilfe e.V. Radolfzell.
- BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), 2016: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.
- BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 2023: Programmstrategie Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt. Programmstrategie. Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten. Berlin.
- Böhme, C.; Franke, T.; Michalski, D.; Reimann, B.; Strauss, W.-C., 2022: Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene, Herausgeber: Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.
- Böhme, C.; Franke, T., 2021: Umweltgerechtigkeit und Städtebauförderung. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Verbandszeitschrift des vhw, (2): 71–74.
- Böhme, C.; Franke, T.; Preuß, T., 2019: Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit. Pilotprojekt in deutschen Kommunen, Herausgeber: Umweltbundesamt. Umwelt & Gesundheit 02/2019. Dessau-Roßlau.
- Böhme, C.; Franke, T.; Preuß, T.; Schwarze, K.; Winkler-Kühlken, B.; Schipperges, M., 2018: Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der „Sozialen Stadt“. Abschlussbericht. Herausgeber: Umweltbundesamt. Texte 74/2018. Dessau-Roßlau.
- Böhme, C.; Bunge, C.; Preuß, T., 2016: Umweltgerechtigkeit in der Stadt – zur integrierten Betrachtung von Umwelt, Gesundheit, Sozialem und Stadtentwicklung in der kommunalen Praxis. In: Umweltpsychologie (2): 137–157.
- Böhme, C.; Preuß, T.; Bunzel, A.; Reimann, B.; Seidel-Schulze, A.; Landua, D., 2015: Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum. Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. Herausgeber: Umweltbundesamt. Umwelt & Gesundheit, 01/2015. Dessau-Roßlau.
- Böhme, C.; Bunzel, A., 2014: Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum. Expertise „Instrumente zur Erhaltung und Schaffung von Umweltgerechtigkeit“. Herausgeber: Deutsches Institut für Urbanistik. Sonderveröffentlichung. Berlin.
- Böhme, C.; Franke, T., 2012: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. In: Bolte, G.; Bunge, C.; Hornberg, C.; Köckler, H.; Mielck, A. (Hrsg.), 2012: Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit. Konzepte, Datelage und Handlungsperspektiven. Bern. 313–323.
- Bolte, G.; Voigtländer, S.; Razum, O.; Mielck, A., 2012: Modelle zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen sozialer Lage, Umwelt und Gesundheit. In: Bolte, G.; Bunge, C.; Hornberg, C.; Köckler, H.; Mielck, A. (Hrsg.), 2012: Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit Konzepte, Datelage und Handlungsperspektiven. Bern. 39–50.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, vertreten durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2014a: Kurzauswertung „Benachteiligte Quartiere und Umweltbelastungen“. Unveröffentlichtes Dokument.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, vertreten durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2014b: Statusbericht 2014. Berlin. Zugriff: <https://difu.de/publikationen/2014/statusbericht-soziale-stadt-2014> [abgerufen am 04.08.2023].
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik, 2023: Toolbox Umweltgerechtigkeit. Zugriff: <https://toolbox-umweltgerechtigkeit.de/> [abgerufen am 04.08.2023].
- DUH – Deutsche Umwelthilfe e.V. (Hrsg.), 2014: Umweltgerechtigkeit durch Partizipation auf Augenhöhe. Strategien und Empfehlungen für Grünprojekte in Stadtquartieren. Radolfzell.
- DUH – Deutsche Umwelthilfe e.V. (Hrsg.), 2011: Umweltgerechtigkeit & Biodiversität. Mehr Umweltgerechtigkeit durch urbane Biodiversität, neue Wege in der Stadtentwicklung und Umweltbildung. Radolfzell.

- Gal, V.; Jumpertz, E.; Spreter, R., 2015: Lebenswerte Stadtquartiere durch Umweltgerechtigkeit. Ein Handlungsleitfaden für Zivilgesellschaft und Kommunen. Herausgeber: Deutsche Umwelthilfe e.V. Radolfzell.
- Grafe, R., 2020: Umweltgerechtigkeit. Aktualität und Zukunftsvision. Wiesbaden.
- Gstach, D.; Grimm-Pretner, D.; Weichselbaumer, R., 2022: What's fair? Auf dem Weg zur Grünraumgerechtigkeit. In: zoll (40): 8–12.
- Hornberg, C.; Bunge, C.; Pauli, A., 2011: Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit. Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis. Bielefeld.
- Kirstein, M.; Sieber, R., 2020: Umweltbezogene Gerechtigkeit in der Stadtplanung. Sozialräumliche Ungleichverteilungen gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen und -ressourcen identifizieren und adressieren. In: RaumPlanung (5): 8–15.
- Jahnke, K.; Stelmacher, K.; Wagner, J., 2019: Handeln für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Hintergrund und Zielsetzung des 1. Fachkongresses zum Themenfeld Umweltgerechtigkeit. In: SenUVK Berlin – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin (Hrsg.): Basisbericht Umweltgerechtigkeit. Grundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik. Berlin. S. 333–336.
- Lange, K., 2017: Umweltbezogene Gerechtigkeit in der Stadtentwicklung. Potentiale zur Integration und Umsetzung von Umweltgerechtigkeit durch die Wiener Gebietsbetreuungen. In: UVP-report (1): 22–26.
- Lange, K., 2015: Umweltbezogene Gerechtigkeit in der Stadtentwicklung. Potentiale zur Integration und Umsetzung von Umweltgerechtigkeit durch die Wiener Gebietsbetreuungen. Diplomarbeit. Unveröffentlichtes Dokument. Technische Universität Wien. Department für Raumplanung. Fachbereich Örtliche Raumplanung E280/4.
- Lessel, T.; Wellmann, T., 2021: Umweltgerechtigkeit aus bürgerschaftlicher Perspektive. Handlungsempfehlung am Beispiel Berlin-Schöneberg. In: Stadt+Grün (1): S. 38–42.
- Lessel, T., 2019: Umweltgerechtigkeit. Der Berliner Bericht und die Sicht der Stadtraumnutzenden. Praktische und methodische Handlungsempfehlung am Beispiel Berlin-Schöneberg. Masterarbeit. Unveröffentlichtes Dokument. Technische Universität Berlin. Institut für Stadt- und Regionalplanung.
- L.I.S.T GmbH. Quartiersmanagement Brunnenstraße, 2022: Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2022 QM Brunnenstraße.
- Magistrat der Stadt Stadtallendorf (Hrsg.), 2022: Soziale Stadt. Stadtallendorf Inseln in der Stadt II. Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept. 1. Fortschreibung September 2022, Stadtallendorf.
- Magistrat der Universitätsstadt Marburg, Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz, 2020: Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept Marburg-Waldtal.
- Maschewsky, W. (Hrsg.), 2001: Umweltgerechtigkeit, Public Health und soziale Stadt. Frankfurt am Main.
- MKULNV NRW – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2015): Wie gelingt Umweltgerechtigkeit? 11. Juni 2015. Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW. Dokumentation, Düsseldorf.
- MKULNV NRW – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 2016a) Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW. Anhang III. Handlungsinstrumente für mehr Umweltgerechtigkeit. Empfehlungen. Düsseldorf.
- MKULNV NRW – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 2016b: Praxisdialog: Potenziale von Grün- und Spielflächen im Kontext der Umweltgerechtigkeit am 24.11.2016. Dokumentation. Düsseldorf.
- Planergemeinschaft Kohlbrenner, 2016: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. An der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und Sozialer Lage. Endbericht. Auftraggeber: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Berlin.
- Planungsbüro STADTKINDER (Hrsg.), 2014: Erschließung der Potenziale ortsnaher Grün- und Spielflächen unter den Gesichtspunkten Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. Auftraggeber: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV). Düsseldorf.
- Riedel, N.; Rüdiger, A., 2012: Planungsstrategische Möglichkeiten einer umwelt- und gesundheitsgerechten Planung in der Stadt. Thesen für eine Environmentally Just and Healthy Urban Governance. In: Bolte, G.; Bunge, C.; Hornberg, C.; Köckler, H.; Mielck, A. (Hrsg.), 2012: Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit. Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bern. 245–254.
- Rüdiger, A.; Riedel, N., 2012: Umwelt- und gesundheitsbezogene Chancengleichheit durch räumliche Planung in der Stadt. In: Bolte, G.; Bunge, C.; Hornberg, C.; Köckler, H.; Mielck, A. (Hrsg.), 2012: Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit. Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bern. 231–243.

- Schubert, S.; Bunge, C.; Gellrich, A.; von Schlippenbach, U.; Reißmann, D., 2019: Innenentwicklung in städtischen Quartieren. Die Bedeutung von Umweltqualität, Gesundheit und Sozialverträglichkeit. Herausgeber: Umweltbundesamt. Hintergrund, Dezember 2019. Dessau-Roßlau.
- SenUMVK Berlin – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz Berlin (Hrsg.), 2022: Die umweltgerechte Stadt. Umweltgerechtigkeitsatlas. Aktualisierung 2021/22. Berlin.
- SenUVK Berlin – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (o.J.): Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE), Zugriff: <https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/foerderprogramme/berliner-programm-fuer-nachhaltige-entwicklung/> [abgerufen am 04.08.2023].
- SenUVK Berlin – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin (Hrsg.), 2019: Basisbericht Umweltgerechtigkeit. Grundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik. Berlin.
- SKUMS – Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, 2021: Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen. Fortschreibung 2020–2029. Bremen.
- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung, Koordinierungsstelle Stadterneuerung, 2018: Soziale Stadt Neustadt. Integriertes Entwicklungskonzept.
- Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer (Hrsg.), 2021: Masterplan Grün. Leipzig grün-blau 2030. Kurzpapier zur Zusammenführung der Arbeitsergebnisse. Zugriff: https://buergerbeteiligung.sachsen.de/portal/download/datei/1893804_0/Masterplan+Gr%C3%BCn+Leipzig+gr%C3%BCn-blau+2030+Kurzpapier.pdf (abgerufen am 31.07.2023).
- SUBV – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.), 2016: Landschaftsprogramm Bremen 2015. Teil Stadtgemeinde Bremen. Textband. Bremen.
- Struss, S., 2022: Verständnis von städtischer Umweltgerechtigkeit in Forschung und Praxis am Beispiel des Masterplan Grün 2030 in Leipzig. Masterarbeit. Unveröffentlichtes Dokument. Universität Leipzig. Fakultät für Physik und Geowissenschaften. Institut für Geographie.
- VV Städtebauförderung 2023/2024 – Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2023/2024 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 2023/2024) vom 21.03.2023/04.07.2023.
- VV Städtebauförderung 2022 – Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2022 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 2022) vom 29.06.2022/11.10.2022.
- Zimmer-Hegmann, R., 2012: Urbane Realitäten in sozial benachteiligten Quartieren. In: Deutsche Umwelthilfe e.V. (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit & Biologische Vielfalt. Stadtnatur und ihre soziale Dimension in Umweltbildung und Stadtentwicklung. Radolfzell. S. 14–15.

Anhang

A 1: Gute Beispiele: Leitfaden Experteninterviews

Umweltbezogene/-relevante Projekte und Maßnahmen im Programmgebiet („Sozialer Zusammenhalt“)

Perspektive: Verwaltungs- und Programmgebietsebene

Gesprächsgegenstand

Im Zentrum des Interviews sollen umweltbezogene/-relevante Projekte und Maßnahmen im Programmgebiet („Sozialer Zusammenhalt“) stehen, die einen unmittelbaren oder zumindest mittelbaren Bezug zu gesundheitlichen Belangen im Quartier aufweisen und damit einen Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit leisten.

Begriffsdefinition Umweltgerechtigkeit: Umweltgerechtigkeit zielt darauf ab, eine Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen wie Lärm, Schadstoffe in der Luft oder Hitze in sozial benachteiligten Quartieren und Wohnlagen zu vermeiden oder abzubauen sowie ihren Bewohnerinnen und Bewohnern den Zugang zu gesundheitsbezogenen Umweltressourcen – dazu gehören Grün- und Freiflächen – zu ermöglichen.

Weitere Informationen zum Projekt:

<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/weitere/stbbefo/projekte/2022/umweltgerechtigkeit-sozialer-zusammenhalt/01-start.html>

1 Jeweils zu Ihrer Person und Funktion

- Für welche Aufgabenbereiche im Zusammenhang mit der integrativen Entwicklung des Programmgebiets („Sozialer Zusammenhalt“) sind Sie in Ihrer Verwaltung oder im Programmgebiet verantwortlich?

2 Zum Programmgebiet

- Anhand welcher Indikatoren/Kriterien/Informationen wurde das Programmgebiet identifiziert und abgegrenzt?
- Mit Blick auf umweltbezogene/-relevante Maßnahmen und Projekte: Was sind die wesentlichen Gebietscharakteristika, die einen besonderen Handlungsbedarf in dem Programmgebiet anzeigen?
- Wie gut „funktioniert“ (dafür) die Abgrenzung des Programmgebiets im lebensweltlichen Alltag?

3 Ziele und Maßnahmen/Projekte

- Welche umweltbezogenen Ziele verfolgen Sie im Zuge der Programmumsetzung „Sozialer Zusammenhalt“ im Programmgebiet?
- Welches sind die Schlüsselmaßnahmen bzw. -projekte, mit denen Sie diese Ziele erreichen wollen bzw. bereits erreicht haben?
- Welche investiven und nicht-investiven materiellen Ressourcen stehen Ihnen für die Maßnahmenumsetzung zur Verfügung?
- Welche Methoden aus den Bereichen Empowerment, Aktivierung, Beteiligung kommen im Programmgebiet insbesondere mit Blick auf umweltbezogene/-relevante Handlungsbedarfen und

Maßnahmen/Projekte zur Anwendung – z.B. Stadtteil-/Zukunftskonferenzen, Planning for Real, Stadtteilspaziergänge, Mitmach-Aktionen?

- Welche Rahmenbedingungen nehmen Sie als förderlich für die Umsetzung von umweltbezogenen/-relevanten Maßnahmen und Projekten wahr, welche Faktoren als hemmend?

4 Zentrale Akteure und deren Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene

- Welche Ämter/Verwaltungsbereiche sind an der integrierten Entwicklung des Programmgebiets beteiligt?
- Welche Rolle spielen dabei diejenigen Fachbereiche, die für Umweltschutz, Klimaschutz/-anpassung Grünflächenentwicklung und gesundheitliche Belange verantwortlich sind?
- Inwieweit wurden in Ihrer Kommune fachbereichsübergreifende Arbeitsgremien ins Leben gerufen? Wie sind sie organisiert? (institutionalisiert oder informell, Federführung, Aufgaben)

5 Zentrale Akteure und deren Zusammenarbeit auf der Programmgebietsebene

- Welche Einrichtungen und Institutionen im Programmgebiet sind an der integrierten Quartiersentwicklung speziell mit Blick auf umweltbezogene/-relevante Maßnahmen/Projekte beteiligt – z.B. Quartiermanagement, (Stadtteil-) Vereine, lokale Initiativen?
- Wie ist deren Zusammenarbeit organisiert (informell oder institutionalisiert)?

6 Zusammenwirken von Verwaltungs- und Programmgebietsebene

- Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Akteuren auf der Ebene des Programmgebiets organisiert?

7 Perspektiven/Ausblick

- Wie bewerten Sie die Effekte der umweltbezogenen/-relevanten Maßnahmen/Projekte im Programmgebiet im Hinblick auf die Verbesserung von Gesundheit und sozialem Zusammenleben der Quartiersbewohnerschaft?
- Und in die Zukunft gerichtet: Wie kann die Lebensumwelt im Programmgebiet noch stärker verbessert werden?

A 2: Gute-Beispiele: Einzeldarstellungen

Barsinghausen – Goethestraße/Bahlsen

Kommune im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt und selbständige Gemeinde in der Region Hannover • 35.785 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022)
Programmgebiet im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • strukturelle Dreiteilung des Gebiets: Wohngebiet, Produktionsstandort der Firma Bahlsen im nördlichen Randbereich, landwirtschaftlich genutzte Flächen • mikroräumlich differenzierte Wohnbebauung mit mehrgeschossigen Zeilenbauten, Punkthochhäusern sowie Reihen und Einfamilienhäusern, errichtet seit den 1960er-Jahren • heterogene Eigentümerinnen- und Eigentümerstruktur • Größe: 58 Hektar • 2.288 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2020) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2009, 2011–2015, 2017)
Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit	<p>In den Konzepten für das Programmgebiet Goethestraße/Bahlsen (Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept 2021, Integriertes Handlungskonzept 2011 mit Fortschreibung 2016, Städtebaulicher Rahmenplan 2011 mit Fortschreibungen 2014, 2016, 2017, 2020) ist Umweltgerechtigkeit nicht als ein eigenes Handlungsfeld bzw. explizit als Bestandteil der Programmumsetzung benannt.</p> <p>In der Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt werden aber implizit Aspekte des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in den Handlungsfeldern Lärmschutz, Grün- und Freiraumentwicklung, Mobilität/Verkehr sowie Klimaschutz/Klimaanpassung aufgegriffen.</p>
Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Alterszusammensetzung der Bewohnerschaft • Ausländerinnen- und Ausländeranteil • Anzahl verschiedener Nationalitäten • Haushalte mit Kindern • Anteil Alleinerziehende <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grün- und Freiflächen: Versorgung/Ausstattung und Qualität • Qualität von Fuß- und Radwegen
Ausgangslage (Stand: 2011)	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • im gesamtstädtischen Vergleich überdurchschnittlicher Anteil von <ul style="list-style-type: none"> • Kindern und Jugendlichen • Menschen mit Migrationshintergrund • Alleinerziehenden <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • unverträgliches Nebeneinander von Industrie (Zufahrt und Parkplatz der Firma Bahlsen) und angrenzender Wohnbebauung, insbesondere durch zu erwartende höhere Belastung durch Verkehrslärm infolge der Erweiterung des Produktionsbetriebes auf Drei-Schicht-Betrieb • gute Versorgung mit Grün- und Freiflächen, aber Mängel in Ausstattung, Gestaltung und Pflegezustand • fehlende Spielmöglichkeiten für Kinder • fehlende Bewegungsflächen für Jugendliche • fehlende Begegnungsräume und Rückzugsmöglichkeiten im öffentlichen Raum • mangelnde Barrierefreiheit (u.a. vielfach fehlende Bordsteinabsenkungen) • teilweise „Angsträume“ • sanierungsbedürftige Rad- und Fußwege
Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation	<p>Lärminderung/-schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beseitigung der Konfliktsituation Industriebetrieb Bahlsen – Wohnnutzung und Minderung der Lärmbelastung durch Veränderung der Erschließungssituation und durch die Verlagerung des Mitarbeitendenparkplatzes <p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung des Angebotes an Grün-, Freizeit- und Spielflächen, auch mit Blick auf unterschiedliche Altersgruppen

	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt und Verbesserung der bestehenden öffentlichen und halböffentlichen Grün- und wohnungsnahen Außenflächen • Baumpflanzungen im Straßenbereich • Erhöhung der Biodiversität im Wohnumfeld <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • (beratende) Unterstützung für energetische Gebäudesanierungen, Photovoltaik, Gründächer, Wärmeversorgung • Stärkung des Radverkehrs • Entsiegelung von Flächen • Begrünung des Wohnumfelds • Pflanzung klimaresilienter Baumarten <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Fuß- und Radverkehrs durch Sanierung und Ergänzung des Fuß- und Radwegenetzes • Reduzierung von Fahrbahnbreiten • stärkere Barrierefreiheit im öffentlichen (Straßen) Raum • Stärkung der E-Mobilität
<p>Durchgeführte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Lärminderung/-schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlagerung der Werkszufahrt sowie des Mitarbeitendenparkplatzes der Firma Bahlsen auf die von der Wohnsiedlung abgewandten Seite, direkt an der nördlichen Umgehungsstraße der Stadt [2012] • Ausstattung des Anlieferungsbereichs mit aktiven Lärmschutzmaßnahmen [2012] <p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anlage eines öffentlichen Stadtteilparks auf der nicht mehr benötigten ehemaligen Parkplatzfläche, für die ein Flächentausch zwischen der Stadt und der Firma Bahlsen vorgenommen wurde [2017–2018] • Ausstattung des neuen Stadtteilparks mit Skateanlage [2018] und Kinderspielplatz [2022] • Anlage eines interkulturellen Gartens im neuen Stadtteilpark [2018] <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anlage von Rad- und Fußwegen (siehe unten: Verkehr/Mobilität) • Begrünung des Wohnumfelds (siehe oben: Grün- und Freiraumentwicklung) • weitgehende Entsiegelung des ehemaligen Mitarbeitendenparkplatzes von Bahlsen [2017] <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anlage eines öffentlichen Radwegs neben dem neuen Mitarbeitendenparkplatz und Anschluss an das regionale Radwegenetz [2012] • Errichtung eines Rad- und Fußwegs zur Erschließung des neuen Stadtteilparks [2017–2018] • barrierefreie Sanierung von Anliegerstraßen, inkl. Verkehrsberuhigung [seit 2020]
<p>Geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vergrößerung der Angebotsvielfalt im Stadtteilpark • Ausweitung des Stadtteilparks durch Pacht und Entwicklung angrenzender Ackerflächen • Verbesserung/Ausweitung des Angebots an Kinderspielplätzen • Aufwertung eines öffentlichen Platzes im Gebiet (unter anderem Baumpflanzungen) • Qualifizierung von halböffentlichen Abstandsgrünflächen zwischen den Zeilenbauten (u.a. Kleinkinderspielplätze, Sitzmöglichkeiten) • Baumpflanzungen im Straßenbereich • Erhöhung der Biodiversität im Wohnumfeld <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • unter anderem Beratung/Unterstützung zu/bei energetischer Gebäudesanierung, Photovoltaik, Fassaden- und Dachbegrünung, alternativer Wärmeversorgung • Weiterentwicklung Fuß- und Radwegenetz • weitere Begrünung des Wohnumfelds • Pflanzung klimaresilienter Baumarten

	<p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung Fuß- und Radwegenetz • barrierefreie Sanierung weiterer (Anlieger-) Straßen • Stärkung der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität
<p>Verfahren und Prozess</p>	<p>Konzepterstellung</p> <p>Für das Programmgebiet wurde 2011 ein Integriertes Handlungskonzept erstellt und 2016 fortgeschrieben. Ebenfalls im Jahr 2011 wurde ein städtebaulicher Rahmenplan erstellt mit (Teil-) Fortschreibungen in 2014, 2016, 2017, 2020. Die genannten Konzepte wurden im Jahr 2021 evaluiert und als „Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept für das Sanierungsgebiet ‚Goethestraße-Bahlsen‘“ zusammengeführt und fortgeschrieben. Zwecks Bestandserhebung und Bedarfsermittlung wurden hierfür professionelle Akteure unter anderem in sozialen Infrastrukturen im Rahmen von Experteninterviews beteiligt (telefonisch, per Videokonferenzen, teilweise auch persönlich). Mit Blick auf die Bewohnerschaft wurde aufgrund der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen herkömmlicher Beteiligungsprozesse verstärkt auf Partizipationsmöglichkeiten im Straßenraum (Bewohnerinnen- und Bewohnerinterviews) und digitalen Beteiligungsinstrumente ausgewichen (digitale Pinnwand).</p> <p>Umsetzung von Maßnahmen</p> <p>Die Verlegung der Werkszufahrt und die Neuanlage des Mitarbeiterparkplatzes wurde von der Stadtverwaltung zusammen mit dem Unternehmen Bahlsen realisiert.</p> <p>Gemeinsam mit der Bewohnerschaft des Gebietes wurde die Planung für den Stadtteilpark entwickelt. Der beauftragte Stadtplaner, die Quartiersmanagerin und die Stadtplanerin der Verwaltung trafen sich hierfür in mehreren Veranstaltungen mit verschiedenen Bewohnerinnen- und Bewohnergruppen und diskutierten anhand eines Modells mit der Bewohnerschaft über die künftige Gestaltung der Fläche.</p> <p>Mit Blick auf weitere Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung sollen Vertreterinnen und Vertreter zweier Wohnungsunternehmen sowie von Wohneigentümergeinschaften mit Beständen im Programmgebiet einbezogen werden.</p>
<p>Organisation und Management</p>	<p>Verwaltungsebene</p> <p>Die Prozessteuerung liegt zu großen Teilen im Bau- und Planungsamt, mit der konkreten Umsetzung der Sanierungsmaßnahme ist die BauBeCon als Sanierungsträger beauftragt. Auf der Steuerungsebene ist eine bereichsübergreifende Lenkungsrunde unter Beteiligung des Bürgermeisters und des Baudezernenten eingerichtet worden; beteiligte Bereiche sind: Bau- und Planungsamt (Stadtplanung, Umweltbelange/Klimaschutz), Tiefbauamt Kinderbetreuungsamtsamt, Amt für Jugendpflege, Sozialamt, Schul-, Sport- und Kulturamt, Bürgeramt, Ehrenamtskoordinatorin.</p> <p>Auf der Arbeitsebene findet alle zwei Wochen eine Besprechungsrunde statt, an der Vertreterinnen und Vertreter von Bau- und Planungsamt, Tiefbauamt, Sanierungsträger und Quartiermanagement teilnehmen.</p> <p>Programmgebietsebene</p> <p>Zu den Aufgaben des Quartiermanagements gehört es, Bedarfe der Programmgebiets-ebene in die Verwaltung zu vermitteln, im Quartier über Entscheidungen und Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung zu informieren, den Stadtteiltreff zu verwalten und zu organisieren sowie Aktivierung und Beteiligung vor Ort sicherzustellen. Auch Belange rund um den Verfügungsfond gehören in den Aufgabenbereich des Quartiermanagements.</p> <p>Zur Zeit der Untersuchung (Mai 2023) wurde nach Auslaufen des bisherigen Vertrages die neue Ausschreibung des Quartiermanagements vorbereitet. Bis zur Wiederneubesetzung werden die Aufgaben des Quartiermanagements teils von der beim Bürgermeister als Stabsstelle angesiedelten Ehrenamtskoordinatorin wahrgenommen.</p> <p>Herkömmliche Beteiligungsprozesse vor Ort waren in den letzten Jahren aufgrund der Corona-Pandemie stark eingeschränkt; daher wurde verstärkt auf Partizipationsmöglichkeiten im Straßenraum (Bewohnerinnen- und Bewohnerinterviews) oder mit digitalen Instrumenten ausgewichen (digitale Pinnwand).</p> <p>Zusammenarbeit zwischen den Ebenen</p> <p>Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungs- und Gebieteebene erfolgt in der auf der Arbeitsebene der Verwaltung eingerichteten Besprechungsrunde, die alle zwei Wochen tagt und in die das Quartiermanagement bzw. zum Zeitpunkt der Untersuchung (Mai 2023) die Ehrenamtskoordinatorin eingebunden ist.</p>

<p>Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Die Finanzierung der zur Verbesserung der Umweltsituation umgesetzten bzw. geplanten Maßnahmen erfolgte/erfolgt überwiegend mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt (zuvor Soziale Stadt).</p> <p>Ausnahmen hiervon sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der neu angelegte Spielplatz im Stadtteilpark, der mit Mitteln der Region Hannover auf Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung finanzieller Zuwendungen für regionalbedeutsame Maßnahmen im Bereich der regionalen Naherholung" gefördert wurde, • die Optimierung eines Radweges, der im Rahmen des Radverkehrskonzeptes als empfohlene Verbindung zu angrenzenden Naherholungsgebieten und Ortsteilen ausgebaut und mit Mitteln des Bund-Länderprogramms "Stadt und Land" gefördert wurde.
<p>Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Die Verlegung der Werkszufahrt und des Mitarbeitendenparkplatzes der Firma Bahlsen hat zu einer deutlichen Lärmreduzierung für die Bewohnerschaft geführt.</p> <p>Die Entwicklung eines Stadtteilparks auf dem ehemaligen Firmenparkplatz hat zur Erweiterung der wohnortnahen Angebote (Skateanlage, Kinderspielplatz, interkultureller Garten) im Gebiet beigetragen. Der neue Stadtteilpark wird unter anderem im Rahmen von Schulsozialarbeit sowie aufsuchender Jugendarbeit und durch den Jugendtreff genutzt.</p> <p>Zudem hat der neue Park in Verbindung mit der Sanierung der Straßen und der Neugestaltung von Rad- und Fußwegen das Stadtteilbild und auch das Außenimage des Quartiers verbessert.</p>
<p>Förderliche Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation war/ist es förderlich, dass in der Verwaltung der Stadt Barsinghausen die Bereiche für Planung, Tiefbau, Umwelt und Verkehr in einem regelmäßigen Austausch auf der Arbeitsebene stehen (Besprechungsrunde). • Die Einbeziehung der Bewohnerschaft gelang über die Planerinnen und Planer und das vor Ort tätige Quartiermanagement. Das Quartiermanagement hat zudem entscheidend dazu beigetragen, dass die Nachbarschaft mit Blick auf die Errichtung und Bewirtschaftung des interkulturellen Gartens im Stadtteilpark zusammengefunden hat. • Ein weiterer förderlicher Faktor ist die Verknüpfung von Zielen des Programms Sozialer Zusammenhalt mit den Zielen des 2020 erstellten Radverkehrskonzeptes. Auf diese Weise konnten Förderprogramme kombiniert werden und so Aspekte von Umweltgerechtigkeit – hier gute Erreichbarkeit von Natur und Landschaft für Alle – einfacher umgesetzt werden. • „Last not least“ ist die Programmkulisse Sozialer Zusammenhalt mit ihrem integrativen Ansatz und finanziellen Mitteln ein förderlicher Faktor.
<p>Hemmende Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zur Zeit der Untersuchung (Mai 2023) war ein hemmender Faktor die Nichtbesetzung des Quartiersmanagements. • Viele der Eigentümerinnen und Eigentümer von Reihen- und Einfamilienhäusern im Gebiet sind bereits älter und haben wenig Interesse an energetischen Sanierungsmaßnahmen ihrer Immobilie.
<p>Quellen</p>	<p>BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, o.J.: Bundesprogramm Soziale Stadt 2019. Berlin.</p> <p>BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), 2016: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.</p> <p>BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, o.J.: Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten 2021. Berlin.</p> <p>Bohm, S., 2017: Park an Ride – Vom ruhenden Verkehr zur Bürgerbewegung. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Städtebauförderkongress. Herausforderungen und Perspektiven. BBSR-Online-Publikation 24/2017. Bonn. 28–29.</p> <p>Experteninterview mit Vertreterin des Bau- und Planungsamtes der Stadt Barsinghausen. Mai 2023.</p> <p>Planungsgemeinschaft Verkehr PGV Dargel Hildebrandt GbR, 2020: Stadt Barsinghausen. Radverkehrskonzept – Ergebnisbericht. Hannover.</p> <p>Region Hannover, 2023: Statistische Kurzinformationen der Region Hannover. Zugriff: https://www.hannover.de/content/download/915185/file/12.71.00-2022024000%20-%20SKI_04_2023%20Bev%C3%B6lkerung%20Ende%20Dezember%202022.pdf (abgerufen am 15.03.2023).</p> <p>Stadt Barsinghausen, 2021: Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept für das Sanierungsgebiet „Goethestraße-Bahlsen“. Fortschreibung 2021.</p> <p>Stadt Barsinghausen, 2016: Sanierungsgebiet Goethestraße-Bahlsen. Städtebauliches Entwicklungskonzept. Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplans 2016, Fortschreibung des Integrativen Handlungskonzeptes.</p>

Berlin – Brunnenstraße

Kommune im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • kreisfreie Stadt • Bundeshauptstadt • 3.850.809 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022)
Bezirk im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • zentraler Innenstadtbezirk • 2001 aus der Zusammenlegung der ehemaligen Bezirke Mitte, Tiergarten und Wedding entstanden • 385.692 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021)
Programmgebiet im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • nahezu reines Wohngebiet aus den 1960er- bis 1980er-Jahren • Wohnungsbestand zum Großteil im Besitz der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft degewo • Größe: 57 Hektar • 13.135 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: April 2021) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2023 ff. (zuvor Zukunftsinitiative Stadtteil [ZIS II]/Soziale Stadt: 2005–2020)
Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit	<p>Im Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept für das Gebiet Brunnenstraße von 2022 wird im Kontext von Klimaschutz und Klimaanpassung in der Gebietsentwicklung auf den Umweltgerechtigkeitsatlas des Landes Berlin und seine Befunde für das Programmgebiet Bezug genommen (siehe unten: Ausgangslage).</p> <p>Darüber hinaus werden implizit Aspekte des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in den Handlungsfeldern Grün- und Freiraumentwicklung, Verkehr/Mobilität, Sicherheit/Sauberkeit sowie Umweltbildung aufgegriffen.</p>
Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets	<p>Soziale Indikatoren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anteil Bezieherinnen/Bezieher von Transfereinkommen • Arbeitslosenanteil • Kinderarmut <p>Umweltindikatoren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lärmbelastung • Luftbelastung • Grünversorgung • thermische Belastung • Versiegelungsgrad
Ausgangslage (Stand: 2022)	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • überdurchschnittlich hohe Anteile von Bezieherinnen/Beziehern von Transferleistungen, von (Jugend- bzw. Langzeit-) Arbeitslosen sowie von Kindern, die in Armut leben • rund zwei Drittel der Bewohnerinnen/Bewohner sind Migrantinnen/Migranten <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • nach dem Umweltgerechtigkeitsatlas für Berlin hat der Planungsraum Brunnenstraße, der mit dem Programmgebiet Brunnenviertel–Brunnenstraße identisch ist, in Bezug auf die thermische Belastung eine hohe, hinsichtlich Lärm und Luftschadstoffe eine mittlere und mit Blick auf die Grünversorgung eine geringe Belastung • Gebiet ist geprägt durch eine Blockrand-, aber zugleich offene Bauweise mit teilweise begrünten Innenhöfen und einem hohen Anteil an Straßenbegleitgrün • zentrale Straße durch das Quartier als Fußgängerzone gestaltet • gleichzeitig hoher Versiegelungsgrad, der dazu beiträgt, dass sich das Gebiet an heißen Sommertagen stark aufheizt und Regenwasser nicht versickern kann • teils hoher Durchfahrtsverkehr von Kraftfahrzeugen • „wildes Parken“ auf Gehwegen/Zustellen von Überwegen und abgesenkten Bürgersteigen • un gepflegter Zustand des Straßenbegleitgrüns und der Grünflächen • Fällung zahlreicher für das Mikroklima, als Schattenspende und Filter für Luftemissionen wichtiger Bäume • Mängel in der Barrierefreiheit • ausreichende Versorgung mit Spielplätzen, aber Bedarf nach weiteren Bolzplätzen • Teile des Gebiets sind mit wohnungsnahem Freiraum (Einzugsbereich: 500m), das gesamte Gebiet mit siedlungsnahem Freiraum (Einzugsbereich: 1.000–1.500m) unterversorgt • teils unzureichende Straßenbeleuchtung
Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung des Stadtgrüns, u.a. Erhöhung der Aufenthaltsqualität, klimaangepasste Nachpflanzungen

	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung von Grün- und Freiflächen • Nutzung von Flächen für gärtnerische Aktivitäten und Gemeinschaftsgärten • Erhalt und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Bewohnerschaft für die Grünpflege • Erstellung eines Grünflächenkonzeptes in Zusammenarbeit mit der Bewohnerschaft <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entsiegelung von Flächen • wasserbezogene Infrastruktur schaffen • klimaangepasste Nachpflanzungen • Schaffung schattiger Sitzgelegenheiten <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrenzung des Durchgangsverkehrs und von illegalem Parken • Förderung des Radverkehrs durch bessere Verkehrssicherheit für Radfahrenden und Ausbau der Fahrradinfrastruktur • Barrierefreiheit im öffentlichen Raum schaffen <p>Sicherheit/Sauberkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Beleuchtungssituation • Müllproblematik mit Bewohnerschaft thematisieren <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung der Angebotspalette
<p>Durchgeführte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrünungsmaßnahmen und Anlage von Mietergärten im degewo-Gebäudebestand • Errichtung eines Bewegungsparcours auf insgesamt 12 Höfen und Plätzen (initiiert vom Verein „bwgt e.V.“) [2014] • Um- und Neugestaltung eines Spielplatzes (mit Beteiligungsverfahren) • Projekt „Grünräume nachbarschaftlich stärken!“: Ziel dieses Projektes war es, gemeinschaftliches Gärtnern im Quartier zu ermöglichen sowie bereits bestehende Initiativen zusammenzuführen und zu vernetzen. Das Projekt diente als Anlaufstelle für alle interessierten Gärtnerinnen/Gärtner, die Wohnungsbaugesellschaft degewo und die zuständigen Behörden, insbesondere das Straßen- und Grünflächenamt. Zu den Angeboten des Projektes zählten u.a.: kostenfreie Beratung zum (klimaangepassten) Gärtnern, Identifizierung geeigneter Flächen, Aufbau von Mietergartenvereinen, Bereitstellung von Bewässerungsmöglichkeiten, Geräten und Werkzeug. Im Ergebnis entstanden mehrere neue Gärten, Blumenbeete im Straßenraum sowie zwei Bienenwiesen. [2016–2021] • Mauergarten: Träger dieses interkulturellen Gemeinschaftsgarten und „grünen Lernortes“ im Mauerpark ist ein 2012 gegründeter gemeinnütziger Verein, der mittlerweile 50 Mitglieder hat; der Garten umfasst mehr als 100 Hochbeete, die von mehr als 100 Beetpatinnen/-paten betreut werden. [seit 2012] • Gleim-Oase: Bei der Gleim-Oase handelt es sich um einen kleinen Skulpturenpark auf einer Verkehrsinsel, der 1985 zu Mauerzeiten im Kontext der Umstrukturierung der Gleimstraßen-Sackgasse von der degewo realisiert wurde. Als die Gleimstraße 1993 für den KFZ-Verkehr wieder zugänglich gemacht wurde, ist die Anlage „vergessen“ worden und zugewuchert. 2010 übernahmen zwei engagierte Bürger die Patenschaft für die Insel. Sie legten die Grünanlage wieder frei, gaben ihr den Namen Gleim-Oase und pflegten das Areal seitdem. Auf der Gleim-Oase finden regelmäßig kleinere Veranstaltungen statt. [seit 2010] <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • schrittweise energetische Sanierung des Gebäudebestandes der Wohnungsbaugesellschaft degewo • Projekt KiezKlima: Im Oktober 2014 startete das dreijährige Forschungsprojekt KiezKlima – Partizipative Entwicklung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen am Beispiel des Berliner Brunnenviertels als innovative Strategie in der Stadtteilentwicklung“. Durchgeführt wurde das Projekt von L.I.S.T Stadtentwicklungsgesellschaft (Projektleitung und gleichzeitig Träger des Quartiersmanagements) gemeinsam mit der TU Berlin-Fachgebiet Klimatologie und der CQ Beratung+Bildung GmbH sowie zwei Unterauftragnehmern (Bureau Baubotanik, EPC) <p>Im Rahmen von „KiezKlima“ wurden zusammen mit der Bewohnerschaft und Akteuren des Quartiers Brunnenstraße Klimaanpassungsmaßnahmen in drei Bereichen entwickelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • vegetationsbezogene Maßnahmen • bauliche Maßnahmen • wasserbezogene Maßnahmen.

	<p>Zudem wurden mehrere Handlungsräume mit bestimmbarem Handlungsbedarf festgestellt und sechs dieser Räume priorisiert. Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen in den priorisierten Räumen steht noch weitgehend aus.</p> <p>Im Jahr 2016 wurde das Projekt KiezKlima als eines der vier besten lokalen und regionalen Lösungen, mit denen klimawandelbedingte Risiken verringert und Chancen des Klimawandels genutzt werden können, vom Umweltbundesamt im Wettbewerb „Blauer Kompass“ ausgezeichnet. „Die Jury des UBA begründete ihre Entscheidung unter anderem damit, dass es in dem Projekt KiezKlima nicht nur um Anpassung an den Klimawandel gehe, sondern auch darum, das eher abstrakte Thema Anpassung an den Klimawandel positiv zu besetzen. Hervorgehoben wurde der partizipative Ansatz, in dem unterschiedlichste Formate der Bürgerbeteiligung innovativ eingesetzt wurden, u.a. Bürgersteiggespräche, Klimarundgänge, Wetterstationspatenschaften in Kitas, Trinkpatenschaften, Workshops, Online-Plattform. [2014–2016]</p> <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung von Parkraumbewirtschaftung [2021] • Beginn der Maßnahmen zur Sanierung der Swinemünder Straße, u.a. zur Verbesserung von Schulwegen [2022] • Projekte „Bewegungsfreiräume I+II“ zur Überprüfung der Zugänglichkeit von Plätzen, Parkanlagen und Gehwegen für Menschen mit Mobilitätseinschränkung [2015–2021] <p>Sicherheit/Sauberkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • im Rahmen von Arbeitsfördermaßnahmen tätige ‚Kiezläuferinnen und -läufer‘ führen Gebietsrundgänge durch und melden u.a. „wilden“ Sperrmüll an das Ordnungsamt [seit 2006] <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • kleinere Bepflanzungsprojekte/-aktionen in Kitas – gemeinsam mit Kindern und Eltern • verschiedene Projekte zur Umweltbildung in Kitas, Schulen und Kinder- und Jugendzentrum, u.a. NAZ Natur als zweite Sprache, Aufbau von Naturlernwerkstätten, Wetterstationspatenschaften (teils in Kooperation mit dem benachbarten Museum für Naturkunde) [seit 2012] • Projekt „Klimafreundliches Zusammenleben im Brunnenviertel“: Information und Sensibilisierung der Anwohnenden zu nachhaltiger und klimafreundlicher Ernährung und Verwertung von Lebensmitteln, u.a. im Rahmen von Kochworkshops [2021–2023] • energetische Beratung (u.a. durch die Wohnungsbaugesellschaft degewo)
<p>Geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung von Grün- und Freiflächen (Parkanlage am Nordbahnhof, Volkspark Humboldthain, Mauerpark) zu einem Grünzug mit neuen und sicheren Fuß- und Radwegeverbindungen • Erstellung eines Grünkonzeptes mit Aussagen zur Umsetzung von baulichen, vegetations- und wasserbezogenen Maßnahmen sowie Umwidmungspotentialen von Straßenbegleitgrün in Grünfläche (Hintergrund: Umwidmung zur Grünfläche gewährleistet ganzjährige Pflege durch das Straßen- und Grünflächenamt und erleichtert den Anwohnenden die Nutzung der Flächen für gärtnerische Aktivitäten) • Unterstützung des nachbarschaftlichen Gärtnerns (u.a. Beschaffung von Erde, Pflanzen und Geräten) • Herstellung von Zugängen zu Wasserpumpen/Installation von Wasseranschlüssen zur Bewässerung (Gießpatenschaften) • Nachpflanzung von Bäumen und Sträuchern mit standorttypischen und klimaresistenten Arten • Erschließung von Grün- und Freiflächen als Bewegungsräume <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachpflanzung von Bäumen und Sträuchern mit standorttypischen und klimaresistenten Baumarten • Reduzierung und Entsiegelung von Stellplätzen im öffentlichen Raum • Maßnahmen zur Beschattung im öffentlichen Raum (u.a. Teilüberdachung durch Sonnensegel) • Installation von Brunnen und Wasserspielen/-wänden • Installation von oberirdischer Starkregenabführung, Mulden/Rigolen und von Systemen, die Regenwasser speichern • Installation von Trinkwasserstationen <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Mobilitätsmanagements für die Fußgängerzone

	<ul style="list-style-type: none"> • Organisation der Fußgängerzone über das gezielte Aufstellen von Barrieren (Blumenkübel, Fahrradbügel, Poller) • Maßnahmen (auch kleinteilige), um räumliche Barrieren im öffentlichen und halböffentlichen Raum kurzfristig zu beseitigen und Zugänge zu ermöglichen, z.B. Rampenaktion für Gewerbetreibende, Analyse der Straßenbeleuchtung, Untersuchung von Pollern, Fahrradbügeln und ähnlichen Barrieren • Verbesserung der Verkehrssicherheit im Eingangsbereich Mauerpark, insbesondere für Kinder • Reduzierung und Entsiegelung von Stellplätzen im öffentlichen Raum • Förderung klimafreundlicher Mobilität, u.a. durch Einrichtung einer bezirksübergreifenden Fahrradstraße, Einrichtung einer Radverkehrsanlage, Errichtung von Fahrradabstellanlagen, Entwicklung eines Leihsystems für Lastenfahräder • Weiterentwicklung von Strukturen im öffentlichen /halböffentlichen Raum für mehr Bewegung <p>Sicherheit/Sauberkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der nächtlichen Beleuchtungssituation • Einrichtung eines Runden Tisches „Sicherheit und Sauberkeit“ • Durchführung einer Veranstaltung zum Thema Müll und Ableitung weiterer Maßnahmen <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des Angebotes zur Umweltbildung um Stadtnaturspaziergänge für Familien, Naturprojekte in den Kitagärten und anliegenden Parks sowie Fortbildungen zur Umweltbildung • Workshops, Wissensvermittlung und Veranstaltungen zum Thema „Nachbarschaftliches Gärtnern“ • Workshop zum Thema Klimaanpassung für Quartiersbeirat (siehe unten: Organisation und Management)
<p>Verfahren und Prozess</p>	<p>Konzepterstellung</p> <p>Das 2006 erstmals für das Gebiet Brunnenstraße erstellte Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept (IHEK) wird regelmäßig fortgeschrieben. Das IHEK und seine Fortschreibungen werden im Quartiersrat (siehe unten: Organisation und Management) diskutiert und mit Bezirk und Senat abgestimmt.</p> <p>Das aktuelle IHEK datiert aus Juni 2022; es wurde auf Grundlage des Konzeptes aus dem Jahr 2019 erstellt. Zwischen Dezember 2021 und Februar 2022 fand dazu u.a. ein Kiezspaziergang zu „Qualifizierung des Öffentlichen Raums“ und „Klimaanpassung im Brunnenviertel“ statt. Die Ergebnisse sind maßgeblich in das IHEK eingeflossen.</p> <p>Umsetzung von Maßnahmen</p> <p>Fast alle Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität werden in Kooperation mit Vor-Ort-Akteuren umgesetzt. Insbesondere sind hier zu nennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo, die den Großteil des Wohnungsbestands im Quartier besitzt; • der Stadtteilverein Brunnenviertel e.V., in dem sich aktive Bewohnerinnen/Bewohner treffen, um gemeinsam an der Verbesserung des Wohnumfeldes mitzuwirken (u.a. Mitmachaktionen, gärtnerische Vernetzungsaktivitäten, Pflanzentausch); der unter anderem von der degewo unterstützte Verein engagiert sich zudem für das Thema Nachhaltigkeit und für Umweltbildung, z.B. bietet er Energieberatung an; • der Mauerpark e.V. als Träger des interkulturellen Gemeinschaftsgartens und „grünen Lernortes“ im Mauerpark; • der bwgt e.V., der sich für die Förderung von gesundheitsorientierten Spiel-, Sport- und Bewegungsangeboten einsetzt und den Bewegungsparcours auf insgesamt zwölf Höfen und Plätzen im Gebiet initiiert hat. <p>Zudem ist es ein zentrales Anliegen des Quartiersmanagementverfahrens, die Bewohnerchaft in den Prozess der Quartiersentwicklung und damit auch in die Verbesserung der Umweltsituation einzubeziehen. Insbesondere bei den Projekten „KiezKlima“ und „Grünräume nachbarschaftlich stärken!“ standen Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner im Mittelpunkt.</p>
<p>Organisation und Management</p>	<p>Verwaltungsebene</p> <p>Auf der Berliner Landesebene liegt die Programmverantwortung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Die fortgeschriebenen Integrierten Entwicklungskonzepte für das Quartier Brunnenstraße werden vom Bezirksamt des Bezirks Mitte beschlossen. Federführend ist im Bezirk der Fachbereich Stadtplanung des Stadtentwicklungsamtes. Die an der Umsetzung des Programms beteiligten Ressorts des Bezirks Mitte arbeiten auch in ei-</p>

	<p>ner ämterübergreifenden Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung (AG SRO) zusammen. Mitglieder sind u.a. die folgenden für Umweltgerechtigkeit besonders relevanten Ämter: Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt, Gesundheitsamt.</p> <p>Programmgebietsebene</p> <p>Im Zentrum der Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt in Berlin stehen die lokalen Quartiersmanagementteams. Sie initiieren Entwicklungsprozesse vor Ort und sind u.a. für die Erarbeitung und Fortschreibung der integrierten Handlungskonzepte zuständig. Im Gebiet Brunnenstraße befindet sich das Quartiersmanagement seit dem Jahr 2005 in Trägerschaft der L.I.S.T Stadtentwicklungsgesellschaft mbH.</p> <p>Eine weitere wichtige Struktur auf der Programmgebietsebene ist der Quartiersrat. Das Gremium besteht in der Regel aus etwa 15 bis 20 Personen. Mindestens die Hälfte der Mitglieder kommt aus der Bewohnerschaft. Vereine, Schulen, Kitas, Religionsgemeinschaften und Wohnungsunternehmen stellen die übrigen Mitglieder. Der Quartiersrat:</p> <ul style="list-style-type: none"> • setzt sich mit Chancen und Problemen im Quartier auseinander, • diskutiert über Entwicklungsstrategien und Ziele im Quartier, • berät über Projektideen und wirkt an der Vergabe von Fördermitteln aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt mit. <p>Zudem ist die Programmgebietsebene durch eine vielfältige und engagierte Akteurslandschaft – auch mit Blick auf die Verbesserung der Umweltsituation – geprägt (insbesondere landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo, Stadtteilverein Brunnenviertel e.V., Mauerpark e.V., bwgt e.V.)</p> <p>Zusammenarbeit zwischen den Ebenen</p> <p>Monatlich trifft sich die Steuerungsrunde, in der Vertreterinnen und Vertreter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, des Bezirks Mitte, des Quartiersmanagements, der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft degewo sowie des Quartiersrats zusammenkommen. Zudem nimmt der bezirkliche Ansprechpartner für die Umsetzung des Programms an den Sitzungen des Quartiersrats teil. Außerhalb dieser formalen Strukturen besteht ein „kurzer Draht“ zwischen den an der Programmumsetzung beteiligten Akteuren.</p>
<p>Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Die o.g. durchgeführten und geplanten Maßnahmen wurden/werden überwiegend aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt (zuvor Soziale Stadt) finanziert. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo finanziert das Büro des Quartiersmanagements und unterstützt teilweise mit einer Kofinanzierung.</p> <p>Insbesondere zur Umsetzung des Projekts KiezKlima wurden Mittel gebündelt. Das Projekt wurde im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert. Zusätzlich wurden personelle Ressourcen aus dem Programm Soziale Stadt eingebracht und die kommunale Wohnungsbaugesellschaft degewo hat mit eigenen Mitteln zur baulichen Umsetzung von im Projekt entwickelter Ideen beigetragen.</p>
<p>Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Maßnahmen im Bereich Umweltbildung und nachbarschaftliche gärtnerische Aktivitäten verbessern die individuellen Ressourcen der Bewohnerschaft. Dies führt zu mehr erlebter Selbstwirksamkeit und zu quartiersbezogener Identitätsbildung.</p> <p>Effekte auf „Hard Facts“, z.B. eine nachweisbare Verbesserung des Mikroklimas werden nicht beobachtet.</p>
<p>Förderliche Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Programm Sozialer Zusammenhalt mit seinem integrativen Ansatz zur Strategieentwicklung und finanziellen Mitteln sowie der Offenheit, auch andere Fördermittel in Anspruch nehmen zu können (Mittelbündelung). • Klimaschutz/Klimaanpassung und Umweltgerechtigkeit als neu vom Land gesetzte Schwerpunkte des Programms Sozialer Zusammenhalt in Berlin, verbunden mit dem „Ankommen“ dieser Themen im zuständigen Bezirksdezernat haben zu einer intensiveren Bearbeitung dieser Handlungsfelder geführt. • Gute Zusammenarbeit von Bezirk, Quartiersmanagement und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie ressourcenabhängig zwischen den Ämtern im Bezirk (Stadtplanungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt, Klimaschutzbeauftragte, Gesundheitsamt). • Wohnungsbaugesellschaft degewo als Großeigentümerin im Quartier: Mit Blick auf Maßnahmen zur Klimaanpassung im unmittelbaren Wohnumfeld sind die Zusammenarbeit mit einem Großeigentümer wie der degewo wesentlich effizienter und effektiver als wenn zahlreiche Einzeleigentümerinnen und -eigentümer individuell für eine Zusammenarbeit angesprochen und gewonnen werden müssen. • Einheitliche Trägerschaft von Kiez-Klima-Projekt und Quartiersmanagement: Mit der einheitlichen Trägerschaft sind verschiedene Vorteile verbunden. So waren bereits zu Projektbeginn eingehende Kenntnisse über das Quartier vorhanden. Auch war es ein Vorteil, an die Netzwerkstrukturen des Quartiersmanagements anknüpfen zu können. Die gemeinsame Trägerschaft hat zudem die Chance erhöht, im KiezKlima-Projekt zusätzlich initiierte

	<p>Netzwerke zu verstetigen. Umgekehrt hat aber auch das Quartiersmanagement durch das KiezKlima-Projekt neue Impulse für seine Arbeit erhalten, u.a. zum Handlungsfeld Klimaanpassung und zu niedrigschwelligen Teiligungsformaten.</p>
<p>Hemmende Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Abstrakte Begriffe: Begriffe wie Umweltgerechtigkeit und Klimaanpassung an sich stellen eine Schwelle dar. Vielfach werden sie von den Beteiligten als zu sperrig und abstrakt empfunden. So war die Sensibilisierung für das Thema Klimaanpassung als Voraussetzung für Bewusstsein und eigenes Handeln der Bewohnerschaft eine der schwierigsten Aufgaben im Projekt KiezKlima. • Fehlendes Bewusstsein vieler Vor-Ort-Akteure und der Bewohnerschaft für das Thema Umweltgerechtigkeit. • Fehlende personelle Ressourcen in einzelnen Fachämtern (z.B. Straßen- und Grünflächenamt, Schul- und Sportamt), aber auch bei der Wohnungsbaugesellschaft degewo verzögern u.a. die Umsetzung der im Projekt KiezKlima gemeinsam mit der Bewohnerschaft entwickelten Maßnahmen und Handlungsempfehlungen. Ebenso wird durch den Personalmangel das Erschließen weiterer Fördermittel erschwert. • Erweiterung der Siedlungsbestände der Wohnungsbaugesellschaft degewo in der Gesamtstadt und der damit verbundene Aufgabenzuwachs verlangsamen den Fortschritt der energetischen Sanierung des Wohnungsbestands im Programmgebiet. • Zurückgehendes ehrenamtliches Engagement: Die aktuellen Krisen (Pandemie, Klimawandel, Ukrainekrieg) führen zu einer gewissen Müdigkeit der Bewohnerschaft und in der Folge zu weniger ehrenamtlichem Engagement. Besonders schwierig ist es, Menschen für ein langfristiges Engagement, z.B. Mitwirkung im Quartiersrat, zu gewinnen. Eine Ausnahme stellen hier die gärtnerischen Aktivitäten im Wohnumfeld dar, da sie sehr schnell Wirkung zeigen und als freudvoll empfunden werden. • Grenzen des Programmgebiets: Für großräumige Maßnahmen wie die Anlage von Radwegen wird ein größerer räumlicher Umgriff benötigt; die Finanzierung über das Programm Sozialer Zusammenhalt ist jedoch nur innerhalb der Gebietsgrenzen möglich. • Befristete Förderung aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt (Gebiet tritt 2025 in Verfestigungsphase ein und wird zu Ende 2027 beendet). • Inflation führt zu erheblich steigenden Kosten bei baulich-investiven Maßnahmen.
<p>Quellen</p>	<p>BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, o.J.: Bundesprogramm Soziale Stadt 2019. Berlin.</p> <p>BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), 2016: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.</p> <p>BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, o.J.: Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten 2021. Berlin.</p> <p>Böhme, Christa, Thomas Franke, Thomas Preuß, Michael Schipperges, Kristin Schwarze, Bärbel Winkler-Kühlken, 2018: Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der „Sozialen Stadt“. Abschlussbericht. Hrsg. vom Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau 2018 (TEXTE 74/2018).</p> <p>Bureau Baubotanik, 2017: KiezKlima. Maßnahmenvorschläge Handlungsräume. Stuttgart.</p> <p>Experteninterview mit Vertreter der Stabsstelle Quartiersmanagement des Bezirksamtes Mitte von Berlin (zugleich Förderstelle des Quartiersmanagements) und Vertreterin des Quartiersmanagements Brunnenstraße. Mai 2023.</p> <p>Leifert, C.; Wiesemann, E.; Fenner, D., 2016: KiezKlima. Gemeinsam für ein besseres Klima im Brunnenviertel. Projekt im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) 10/14–9/17. Berlin.</p> <p>L.I.S.T GmbH. Quartiersmanagement Brunnenstraße, 2022: Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2022 QM Brunnenstraße.</p> <p>quartiersmanagement-berlin.de, 2023a: Brunnenstraße. URL: quartiersmanagement-berlin.de (abgerufen am 14.03.2023).</p> <p>quartiersmanagement-berlin.de, 2023b: Was, wann, wie: Quartiersrat auf einen Blick. URL: quartiersmanagement-berlin.de (abgerufen am 30.05.2023).</p> <p>SenUMVK Berlin – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz Berlin (Hrsg.), 2022: Die umweltgerechte Stadt. Umweltgerechtigkeitsatlas. Aktualisierung 2021/22, Berlin.</p> <p>statistik-berlin-brandenburg.de, 2023: Einwohnerregisterstatistik 31.12.2022 Berlin. 75 329 mehr Berlinerinnen und Berliner als Ende 2021. Pressemitteilung vom 14.02.2023. URL: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/029-2023 (abgerufen am 14.03.2023).</p>

Bremen – Gröpelingen

Kommune im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • kreisfreie Stadt • Hauptstadt des Bundeslands Bremen • 563.290 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021)
Programmgebiet im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • traditioneller, siedlungsstrukturell sehr heterogen geprägter Arbeiterstadtteil • hohe bauliche Dichte • angrenzend an Hafens- und ehemalige Wertgebiete sowie an Landwirtschafts- und Kleingartenflächen • im gesamtstädtischen Vergleich überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum • Größe: 980 Hektar • 36.033 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021) • Förderung in den Programmen Sozialer Zusammenhalt seit 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 1999–2019) und Wachstum und nachhaltige Erneuerung seit 2020 (zuvor Stadtbau 2013–2019)
Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit	<p>In der Fortschreibung des Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK) für das Programmgebiet Gröpelingen von 2021 ist Umweltgerechtigkeit nicht als eigenes Handlungsfeld bzw. explizit als Bestandteil der Programmumsetzung benannt. Im Zusammenhang mit Klimaschutz und -anpassung wird aber ausdrücklich auf den Aspekt Klimagerechtigkeit als Querschnittsthema abgestellt. Zudem werden im IEK implizit Aspekte des Ansatzes Umweltgerechtigkeit u.a. in den Handlungsfeldern Mobilität/Verkehr sowie Grün- und Freiraumentwicklung aufgegriffen.</p> <p>Im 2015 beschlossenen Landschaftsprogramm für die Freie Hansestadt Bremen wird dargestellt, dass für Gröpelingen aufgrund des niedrigen sozialen Index sowie einer relativ niedrigen bis sehr niedrigen Grün- und Freiflächenversorgung ein besonderer Handlungsbedarf besteht. Vor diesem Hintergrund ist im Landschaftsprogramm die Entwicklung des an Gröpelingen angrenzenden Bremer Westens zu einem attraktiven Naherholungspark mit Kleingärten, öffentlichen Freiräumen und naturnahen Flächen als Planungsziel verankert.</p>
Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosigkeit • Regelleistungsberechtigte unter 15 Jahre • erwerbsfähige Regelleistungsberechtigte • Nichtabiturquote <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Belastung durch verkehrsbedingte Lärmemissionen und Luftschadstoffe • Ausstattung/Versorgung mit Grün- und Freiflächen <p>Gesundheitliche Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lebenserwartung
Ausgangslage (Stand: 2020)	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • großflächige und signifikante Konzentration von Armutslagen, Unterbeschäftigung sowie von Teilhabe- und Chancendefiziten • mehr als die Hälfte der Kinder ist von Transferleistungen abhängig • Konzentration verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit • hoher Anteil von Menschen mit unterdurchschnittlichen Schulabschlüssen • im gesamtstädtischen Vergleich geringste Lebenserwartung • Anteil der ausländischen Bevölkerung fast doppelt so hoch wie in der Gesamtstadt • vergleichsweise junge Bewohnerschaft <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • starke Belastung durch verkehrsbedingte Lärmemissionen und Luftschadstoffe • unzureichende Ausstattung/Versorgung mit Grün- und Freiflächen • mangelnde Aufenthaltsqualität von Quartiersplätzen • Beeinträchtigungen der Sauberkeit im öffentlichen Raum • stadträumliche Barrieren zu Naherholungsräumen und zur Weser <p>Gesundheitliche Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • im gesamtstädtischen Vergleich geringste Lebenserwartung

<p>Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung von Grünräumen • (Weiter)Entwicklung des Naherholungsparks Bremer Westen • Verbesserung der Ausstattung/Versorgung mit Grün- und Freiflächen • Verbesserung der Aufenthaltsqualität von Quartiersplätzen • Qualifizierung von Spielplätzen • Schaffung von „grünen“ Räumen für Bewegung und Sport <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von quartiersbezogenen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen unter Berücksichtigung von Klimagerechtigkeit, verstanden als soziale Gerechtigkeit bei Klimaschutz/Klimaanpassung • Sensibilisierung der Bewohnerschaft und der Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer für Klimaschutz und Klimaanpassung <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Nahmobilität, insbesondere des Rad- und Fußverkehrs • Entwicklung eines modellhaften Fußverkehrskonzepts • räumliche Vernetzung im Stadtteil • Schaffung eines bewegungsfreundlichen öffentlichen Raums • räumliche Vernetzung zu benachbarten Stadträumen/Naherholungsgebieten und zur Weser durch „grün-blaue Wege“
<p>Durchgeführte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Naherholungspark Bremer Westen: Entwicklung eines 480 Hektar großen, an das Programmgebiet Gröpelingen angrenzenden Gebiets mit Kleingartenanlagen zu einem öffentlichen Naherholungspark inklusive Flächen für gemeinschaftliches Gärtnern und verschiedenen Freizeit- und Umweltbildungsangeboten [seit 2017] • Gemüsewerft: die Gemüsewerft betreibt auf einer Fläche von etwa 2.500 Quadratmetern in unmittelbarer Nähe des Bremer Industriehafens urbane Landwirtschaft mit einem Gemeinschaftsgarten und Inklusionsprojekt und leistet damit sowohl einen Beitrag zur Selbstversorgung mit gesunden Nahrungsmitteln als auch zur inklusiven Stadtgesellschaft und sozialen Teilhabe [seit 2014] • Neu-/Umgestaltung des Oslebshauer Parks [2020–2021] • Neuanlage und Umgestaltung von Quartiersplätzen [2019–2021] • Errichtung von Bewegunginseln und Großspielgeräten im Grünzug West [2020] • Neubau, Umbau und Erneuerung von Spielplätzen [2016–2020] • Neugestaltung und Öffnung von Schulhöfen [2019] • Anlage eines Schulgartens [2022] • Errichtung eines Gemeinschaftsgartens (Apfel-Kultur-Paradies) [2012] <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsangebote zu Klimaschutz- und Umweltthemen, u.a. in Kitas und Schulen
<p>Geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Naherholungspark Bremer Westen: Weiterentwicklung des Kleingarten-/Naherholungsparks, u.a. durch Ausbau des Wegenetzes, Anlage eines Naturlehrpfadens, Flächenentwicklungen für verschiedene quartiersbezogene Nutzungen, u.a. Schaffung eines Gemeinschaftsgartens • Aufwertung und Qualifizierung des Grünzugs West: gestalterische Aufwertung des intensiv genutzten Grünzugs, Schaffung eines Orientierungssystems, Weiterentwicklung der Bewegunginseln, Schaffung von akzeptierten Orten für Suchtkranke • Gestaltung der Eingangsbereiche zum Waller Park und zum Grünzug West: Zur Aufwertung der grünen Randbereiche sollen die Eingänge u.a. durch Auslichtung, Anpflanzung neuer, klimaresilienter Pflanzungen, Freilegung raumbildender Gehölze attraktiver gestaltet werden. • Qualifizierung von Spielplätzen, u.a. durch barrierefreie Gestaltung der Zuwegung, Schaffung von Sitz- und Aufenthaltsqualitäten für unterschiedliche Nutzerinnen und Nutzer, Abbau von Nutzungskonflikten und von Vermüllung • Schaffung eines inklusiven und naturnahen Spielplatzes für unterschiedliche Nutzerinnen und Nutzer

	<p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klimaquartier Gröpelingen: Gröpelingen soll mit seinen kleinteiligen und heterogenen Eigentums-, Bewohnenden- und Gebäudestrukturen und seinen Potenzialen (u.a. hoher Anteil an Nahmobilität) beispielhaft zum Modellquartier für den Klimaschutz und unter Berücksichtigung des Aspektes von Klimagerechtigkeit entwickelt werden. Vorgesehen sind die Schaffung eines Klimaschutzanlaufpunktes im Quartier, die Umsetzung von lokalen Klimaschutzmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürgern, die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement sowie Integration und soziales Miteinander durch das gemeinsame Ziel Stärkung des Klimaschutzes. • Klimaanpassung in Gröpelingen: Identifizierung besonders vom Klimawandel betroffener Räume im Stadtteil, Entwicklung von Anpassungsoptionen zur Reduzierung der Betroffenheit, Umsetzung von Projekten zur Klimaanpassung, Sensibilisierung der lokalen Akteure <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gröpelingen (Nah)Mobil: Zur Förderung von Nahmobilität, insbesondere Fuß- und Radverkehr, sollen Maßnahmen im Bereich Infrastruktur, Service und Kommunikation zusammen mit der Bevölkerung und lokalen Akteuren erarbeitet und erprobt werden. • Grün-blaue Wege: Schaffung einer durchgehenden Querverbindung für den Fuß- und Radverkehr, die u.a. den Naherholungspark Bremer Westen auf der einen und die Weser auf der anderen Seite von Gröpelingen besser zugänglich macht • Entwicklung des am östlichen Rand von Gröpelingen gelegenen Mählandswegs zu einem Bewegungsraum für schnelle sportliche Betätigungen (u.a. Radfahren, Inline Skating, Joggen) und zu einer quartiersrelevanten Wegeverbindung mit hoher Bedeutung für die Alltagsmobilität <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung von Angeboten zur Umweltbildung
<p>Verfahren und Prozess</p>	<p>Integriertes Entwicklungskonzept</p> <p>Für das Programmgebiet wurde 2014 unter Federführung des damaligen Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (aktuell Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung) ein IEK als Grundlage für den Einsatz von Fördermitteln der Städtebauförderung und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erstellt. 2012 wurde dieses Konzept vom Referat Stadtbau mit Unterstützung des Gebietsbeauftragten Bremer Westen (externer Auftragnehmer) fortgeschrieben. Erstellung und Fortschreibung erfolgten im engen Austausch mit anderen Fachabteilungen und Fachressorts (Mobilität, Grünordnung, Klima, Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Jugend, Gesundheit, Kultur), dem Stadtteilbeirat Gröpelingen sowie Akteuren und der Bewohnerschaft im Quartier.</p> <p>Naherholungspark Bremer Westen</p> <p>In den 2000er Jahren kamen erste Überlegungen auf, den rund 480 Hektar großen Landschaftsraum aufzuwerten und zu einem Naherholungspark zu entwickeln.</p> <p>Zur Vorbereitung der Maßnahmen veranstaltete die Freie Hansestadt Bremen in den Jahren 2014 und 2015 mehrere Ideenwerkstätten. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Gröpelingen und Walle waren ebenso eingebunden wie u.a. die ansässigen Kleingartenvereine, das Ortsamt West, die Stadtteilbeiräte aus Gröpelingen und Walle, die Architektenkammer sowie Initiativen, Naturschutzverbände und Projekträger. Die Ergebnisse der Ideenwerkstätten flossen in das 2014 erstellte Integrierte Entwicklungskonzept Gröpelingen ein. Sie bilden die Grundlage für die Maßnahmenumsetzung.</p> <p>Das 2021 fortgeschriebene IEK Gröpelingen benennt den Naherholungspark erneut als Handlungsraum. Ziel ist es, den Park besser an die angrenzenden Stadtteile anzubinden. Zwei Autobahnabschnitte sowie eine Eisenbahnstrecke wirken bisher als räumliche Barrieren. Vor allem die verbesserte Anbindung an den Stadtteil Gröpelingen ist ein erklärtes Ziel.</p>
<p>Organisation und Management</p>	<p>Verwaltungsebene</p> <p>Die Steuerung für die Umsetzung der Städtebauförderungsprogramme Sozialer Zusammenhalt sowie Wachstum und nachhaltige Entwicklung obliegt dem Referat Stadtbau bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, das eng mit allen Senatsressorts und stadt eigenen Betrieben zusammenarbeitet, die mit dem Umsetzungsprozess zu tun haben.</p> <p>Programmgebietsebene</p> <p>Das Quartiersmanagement hat seinen Sitz vor Ort im Quartiersbildungszentrum und ist erste Anlaufstelle für alle interessierten Projekträger, Einrichtungen und Institutionen, die sich im Rahmen der Förderprogramme für das Quartier engagieren wollen. Zugleich hat es</p>

	<p>eine Ansprechfunktion für die Bewohnerschaft. Jährlich lädt das Quartiersmanagement Bewohnerinnen und Bewohner sowie lokale Akteure zu einem Planungsworkshop ein, bei dem über Projekte und Maßnahmen beraten und entschieden wird, die aus den Gebietsbudgets finanziert werden. Ein konsumtiv und investiv einzusetzendes Gebietsbudget wird aus Mitteln des kommunalen Programms Wohnen in Nachbarschaften (WiN) finanziert, ein weiteres Gebietsbudget aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt (investiv). Das Programm WiN ergänzt die Städtebauförderung.</p> <p>Projektebene: Naherholungspark Bremer Westen Das Referat für Grünordnung bei der Senatorin für Umwelt, Klimaschutz, und Wissenschaft ist für die Neugestaltung des Landschaftsraums zuständig.</p> <p>Projektebene: Gemüsewerft Die Gemüsewerft ist ein Projekt der gemeinnützigen Gesellschaft für integrative Beschäftigung (gGiB). Der Träger ist bereits langjährig im Stadtteil für die Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, geistigen und seelischen Behinderungen aktiv. Der Garten wird durch eine neu geschaffene Halbtagsstelle fachlich unterstützt.</p> <p>Zusammenarbeit zwischen den Ebenen Viermal im Jahr tagt das Entwicklungsgremium. In diesem Gremium treffen sich Vertreterinnen und Vertreter aller Senatsressorts und stadteigener Betriebe, die mit dem Umsetzungsprozess zu tun haben, Vertreterinnen und Vertreter des Beirats Gröpelingen, des Quartiersmanagements sowie aus Vereinen, Institutionen und Interessengemeinschaften aus dem Stadtteil zum Informationsaustausch und zur Beratung. Die Geschäftsführung des Entwicklungsgremiums liegt beim Gebietsbeauftragten Bremer Westen (externer Auftragnehmer).</p>
<p>Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Die o.g. durchgeführten und geplanten Maßnahmen wurden/werden sämtlich (anteilig) aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt (zuvor Soziale Stadt), dem Programm Wachstum und nachhaltige Entwicklung (zuvor Stadtumbau) sowie teilweise aus dem kommunalen Programms Wohnen in Nachbarschaften (WiN) finanziert.</p> <p>Insbesondere zur Umsetzung der zwei folgenden Maßnahmen wurden Mittel aus verschiedenen Fördertöpfen gebündelt:</p> <p>Naherholungspark Bremer Westen Für die Realisierung erster Maßnahmen kamen Fördermittel aus dem ExWoSt-Forschungsprojekt „Green Urban Labs“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, aus dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt sowie aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zum Einsatz. Seit 2021 werden Städtebauförderungsmittel aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt sowie Mittel aus dem Bremer Klimaschutzbudget und dem Bremen Fonds, einem Sofortprogramm zur schnellen Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie, eingesetzt.</p> <p>Gemüsewerft Maßgeblich mit Mitteln der Aktion Mensch und der Sozialen Stadt konnten die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Gemüsewerft geschaffen werden (u.a. Lagercontainer, Geräte, Wasser- und Stromanschluss).</p>
<p>Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Naherholungspark Bremer Westen Mit Realisierung der ersten Fördermaßnahmen ist der Naherholungspark stärker in das Bewusstsein der Gröpelinger und Waller Bevölkerung gerückt. Verschiedene Veranstaltungen in dem Park haben den Bekanntheitsgrad zusätzlich erhöht. Mittlerweile ist das Naherholungsgebiet stadtwweit bekannt. Von den neu geschaffenen Gemeinschaftsangeboten im Park profitieren aber vor allem die Bewohner:innen der angrenzenden Stadtteile Gröpelingen und Walle.</p> <p>Gemüsewerft Das gemeinsam mit einem lokalen Verein von der Gemüsewerft regelmäßig organisierte Gartendinner erreicht die Nachbarschaft und vor allem auch Kinder und Jugendliche.</p> <p>Spielplätze/Schulgarten Die neu angelegten bzw. umgestalteten Spielplätze und ihre Spielgeräte, über deren Auswahl Kinder und Jugendliche mitentscheiden konnten, werden sehr gut angenommen. Gleiches trifft auf den neu errichteten Schulgarten zu.</p>

<p>Förderliche Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Programm Sozialer Zusammenhalt seinem integrativen Ansatz und finanziellen Mitteln • Ressortieren der Bereiche Stadtentwicklung, Umwelt, Klimaschutz und Mobilität bis April 2023 in einer gemeinsamen Senatsverwaltung • langjährige, erfahrene und verbindliche Projektträger als Partner • engagierte Wohnungsbaugesellschaften • vielfältige Akteurslandschaft im Quartier, die sich seit vielen Jahren aktiv in die Stadtteilentwicklung einbringt • Quartiersmanagement vor Ort, das das „Ohr am Stadtteil hat“ und gleichzeitig gut an die Verwaltung angebunden ist • Räume vor Ort (z.B. Bewohnertreffs, Quartiersbildungszentrum), die Teilhabe der Quartiersbewohnerschaft ermöglichen
<p>Hemmende Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • grundstücksbezogene Sondervermögen der verschiedenen Senatsressorts (teils sind Flächen zwei verschiedenen Sondervermögen zugeordnet) / fehlendes Liegenschaftsamt • fehlende Bedarfs- und Unterhaltungsträgerschaft, insbesondere bei Projekten, die nicht eindeutig dem Geschäftsbereich eines Senatsressorts zuzuordnen sind: mit Städtebaufördermitteln können nur die Investitionskosten von Projekten, nicht aber die laufenden Betriebs- und Unterhaltungskosten von Einrichtungen und Angeboten finanziert werden; wenn es keine Übernahme der Betriebskosten, der Verkehrssicherung etc. gibt, ist die nachhaltige Investition nicht gesichert und entsprechend darf laut Landeshaushaltsordnung nicht investiert/finanziert werden; es muss in diesen Fällen sehr individuell je nach Projekt die Bedarfsträgerschaft geklärt werden und es braucht vom entsprechenden zuständigen Fachressort die grundsätzliche Zusage, diese für die Zeit der Zweckbindungsfrist zu übernehmen; die entstehenden Aufgaben können dann an Dritte delegiert werden • ausbaufähige Sozialraumorientierung der rein privaten Wohnungsbaugesellschaften • hoher Anteil von privatem Einzel-Wohneigentum erschwert energetische Sanierung von Wohngebäuden • mangelnde Akzeptanz für Maßnahmen in der Bewohnerschaft – beispielsweise bei Neuanpflanzungen von Straßenbäumen, die zu Lasten von Stellplätzen gehen • existenzielle ökonomische Probleme von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern lassen wenig Ressourcen, sich mit Umwelt- und Klimathemen zu beschäftigen • befristete Projektförderungen statt Regelfinanzierung • fehlende personelle/finanzielle Ressourcen in Verwaltung zur Umsetzung von Konzepten
<p>Quellen</p>	<p>BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, o.J.: Bundesprogramm Soziale Stadt 2019. Berlin.</p> <p>BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), 2016: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.</p> <p>BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, o.J.: Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten 2021. Berlin.</p> <p>Böhme, C.; Franke, T.; Michalski, D.; Reimann, B.; Strauss, W.-C., 2022: Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene. Herausgeber: Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.</p> <p>Bremen Online, 2023: Gröpelingen. Zugriff: https://www.bremen.de/leben-in-bremen/wohnen/stadteile/groepelingen (abgerufen am 27.03.2023).</p> <p>Experteninterview mit Vertreterin und Vertreter des Referates Stadtumbau der Senatorin für Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, April 2023.</p> <p>Experteninterview mit Vertreterin des Quartiermanagements Gröpelingen, April 2023.</p> <p>Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, o.J.a: Soziale Stadt Bremen: Gröpelingen. Zugriff: https://www.sozialestadt.bremen.de/foerdergebiete/groepelingen-3544 (abgerufen am 28.03.2023).</p> <p>Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, o.J.b: Soziale Stadt Bremen: WiN - Wohnen in Nachbarschaften. Zugriff: https://www.sozialestadt.bremen.de/programme/win-wohnen-in-nachbarschaften-3534 (abgerufen am 19.05.2023).</p> <p>Statista, 2023): Einwohnerzahl in Bremen nach Stadtteilen im Jahr 2020. Zugriff: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1154820/umfrage/einwohnerzahl-stadteile-bremen/ (abgerufen am 28.03.2023).</p> <p>SKUMS – Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, 2021: Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen. Fortschreibung 2020–2029. Bremen.</p> <p>SUBV – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.), 2016a: Eine grüne Oase für Walle und Gröpelingen. Der „Naherholungspark Bremer Westen“. Bremen.</p> <p>SUBV – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.), 2016b: Landschaftsprogramm Bremen 2015. Teil Stadtgemeinde Bremen. Textband. Bremen.</p> <p>SUBV – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.), 2014: Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen. Bremen.</p>

Gelsenkirchen – Neustadt

Kommune im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • kreisfreie Stadt im Ruhrgebiet (Regierungsbezirk Münster) • 263.000 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022)
Programmgebiet im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • Lage: unmittelbar südlich vom Gelsenkirchener Hauptbahnhof und der Innenstadt • gehört zu den kleinsten, aber sehr dicht besiedelten Gelsenkirchener Stadtteilen • in der Gründerzeit (spätes 19. Jhd.) durch zugewanderte Arbeiterinnen und Arbeiter für den Bergbau- und Industriesektor entstanden • in den 1970er Jahren städtebauliche Sanierung, u.a. Abriss von Teilen der Gründerzeitbebauung und Verdichtung durch Wohnungsneubau • seit jeher durch Zu- und Abwanderung geprägt und bis heute Ankommens- und Durchgangsquartier für Neuzugewanderte • Größe: ca. 60 Hektar • 4.869 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 30.06.2023) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2021–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2018 und 2002–2014 als Bestandteil des Programmgebiets Gelsenkirchen-Südost)²
Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit	<p>Die gesamtstädtischen, präventiv ausgerichteten Stadtentwicklungsstrategien Gelsenkirchens beziehen sich auch auf Umweltgerechtigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vor dem Hintergrund von städtischen Teilräumen mit einer hohen Verkehrs- und Industriedichte sowie einer konfliktträchtigen Nähe von emittierenden und sensiblen Nutzungen hält die Stadt intensive Anstrengungen zur Verbesserung der Umweltqualität und eine weitergehende Reduzierung von Umweltbelastungen für erforderlich. Dazu gehört auch, Strategien und Instrumente der Stadterneuerung unter den Aspekten Umwelt- und Klimagerechtigkeit weiterzuentwickeln. • Die Sozialraumorientierung der Verwaltung soll die Chance eröffnen, eine integrierte Perspektive auf den Sozialraum einzunehmen und ressortübergreifend gleichermaßen soziale und ökologische Ungleichheiten zu reduzieren, um den Anforderungen einer verbesserten Umwelt- und Klimagerechtigkeit begegnen zu können. • Diese gesamtstädtischen Strategien spiegeln sich im Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) für die Neustadt von 2018 wider. Obwohl Umweltgerechtigkeit in der Quartiersanalyse und bei den Entwicklungszielen und Maßnahmen nicht explizit thematisiert wird, werden Aspekte von Umweltgerechtigkeit (mit den Schwerpunkten: Soziales, Städtebau, Freiraum und Ökologie) mithilfe des gesamtstädtischen Sozialraummonitorings² analysiert und mit dem Handlungsfeld "Ökologische Revitalisierung und Wohnqualität" und seinen Maßnahmen implizit adressiert.
Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets	<p>Die Quartiersanalyse für die Neustadt beruht weitgehend auf einem indikatorengestützten gesamtstädtischen Sozialraummonitoring, das systematisch und regelmäßig Informationen über die Verteilung von sozialen Lagen in der Stadt und ihren Sozialräumen zur Verfügung stellt.</p> <p>Im Detail kommen folgende soziale, Umwelt- und Gesundheitsindikatoren zum Einsatz:</p> <p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anteil unter 18-Jähriger • Anteil über 65-Jähriger • Anteil Familienhaushalte • Anteil kinderreicher Familienhaushalte • Anteil Alleinerziehendenhaushalte • Anteil Singlehaushalte • Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigte • Arbeitslosenanteil • Arbeitslosenanteil Nichtdeutscher • Jugendarbeitslosigkeit • SGB-II-Quote der unter 65-Jährigen • SGB-XII-Quote der über 65-Jährigen • Kinder unter 15 Jahren, die Sozialgeld beziehen • Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund • Anteil unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund • Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen (Partizipationsindex) <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anteil von erheblichem Straßenverkehrslärm Betroffene • Anteil Grün- und Freiflächen • Erreichbarkeit von Erholungsflächen • Anteil von Hitzeinseln Betroffene

² Die vorliegende Darstellung bezieht sich allein auf das eigenständige Programmgebiet Gelsenkirchen-Neustadt

	<ul style="list-style-type: none"> • Versiegelungsgrad • Überflutungsgefährdung durch Starkregenereignisse <p>Gesundheitliche Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übergewichtsquote von Vorschulkindern • Anteil Kinder mit Auffälligkeiten im Bereich Körperkoordination • Anteil karieserfahrener Zähne bei 5-Jährigen • Teilnahme-Quote U8+U9 (Früherkennungsuntersuchungen)
<p>Ausgangslage (Stand: 2017)</p>	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • im gesamtstädtischen Vergleich: <ul style="list-style-type: none"> • die meisten unter 18-Jährigen • die meisten kinderreichen Familien • höchste SGB-II-Quote • höchster Anteil von Kinder- und Altersarmut • höchster Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (auch bei den unter 18-Jährigen) • sehr niedrige Quote sozialversicherungspflichtig Beschäftigter bei gleichzeitig sehr hoher (Jugend)Arbeitslosenquote, die nochmal ausgeprägter bei den Nichtdeutschen ist • geringerer Anteil an über 65-jährigen, Alleinerziehenden- und Singlehaushalten • deutlich geringere Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen (gemessen anhand von fünf Dimensionen bzw. Teilindizes: wirtschaftliche Lage, Integrationsvoraussetzungen, Gesundheitsbedingungen, Bildungsbeteiligung sowie Umwelt- und Wohnbedingungen) <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • hohe Verkehrs- und Lärmbelastung durch die östlich und südlich den Stadtteil umrahmende Bundesstraße, die nördlich gelegenen Bahnanlagen und eine von Nord nach Süd verlaufende Verkehrsachse: 19 % der Bewohnerschaft sind von erheblichem Verkehrslärm betroffen, während der gesamtstädtische Durchschnitt bei 14 % liegt. • die Erreichbarkeit von Erholungsflächen in der Neustadt liegt über dem Stadtdurchschnitt: 84 % der Bewohnerschaft erreichen Erholungsflächen innerhalb von 500 Metern (gesamtstädtischer Durchschnitt: 72 %) • gleichzeitig weist die Neustadt mit einem Anteil von 10 % an der Gesamtfläche einen geringen Anteil an Grün- und Freiflächen auf, die zudem nicht untereinander vernetzt sind • überwiegend versiegelte Innenhöfe weisen nur geringe Qualitäten mit Bezug auf eine private Freiraumnutzung auf • an den Hauptverkehrsstraßen mangelt es an Radwegeverbindungen • hohe Bebauungsdichte, hoher Versiegelungsgrad (72 %) und wenige Grün- und Freiflächen sorgen für einen hohen Anteil an Hitzeinseln im Quartier (79 % der Bewohnerschaft leben in Hitzeinseln) • es besteht in Teilen des Quartiers eine ausgeprägte Überflutungsgefährdung von Straßen und Gebäuden durch Starkregenereignisse • der durch das Quartier fließende Schwarzbach ist abwasserführende, überwiegend kanalisiert und kaum zugänglich • hoher energetischer Sanierungsbedarf des überwiegend mehr als 50 Jahre alten Gebäudebestandes <p>Gesundheitliche Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • im gesamtstädtischen Vergleich: <ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil an übergewichtigen und adipösen Vorschulkindern, • durchschnittlicher Anteil von Kindern mit Auffälligkeiten im Bereich Körperkoordination • höchster Anteil karieserfahrener Zähne bei 5-Jährigen • geringster Anteil von Kindern mit einer Vorsorgeuntersuchung U8/U9
<p>Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung des Grünflächenanteils und Grünvolumens • Vernetzung und Qualifizierung von Grünflächen und -elementen • Aufwertung vorhandener und Schaffung neuer Spiel- und Bolzplätze • Verbesserung der Straßenräume als Aufenthaltsorte/stadtökologische Revitalisierung von Straßenräumen • Entsiegelung von Flächen • Dach- und Fassadenbegrünung • Erhalt und Weiterentwicklung der Biodiversität

	<p>Klimaschutz/Klimaanpassung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der CO₂-Emissionen durch die Verringerung des Gebäudeenergieverbrauchs, eine CO₂-arme Energieversorgung und Förderung der Nahmobilität • thermische Entlastung hitzesensibler Bereiche • Anpassung an die zunehmenden klimatisch-lufthygienischen Belastungen • Anpassung an die Auswirkungen von zunehmenden Starkregenereignissen, u.a. durch Abkopplung, Rückhaltung, Versickerung und Bewirtschaftung von Regenwasser • Entsiegelung von Flächen • Schaffung klimatischer Ausgleichsflächen <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Nahmobilität bzw. der nicht-motorisierten Verkehrsarten (Fuß- und Radverkehr) • Erhöhung der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden/Reduzierung von verkehrsbedingten Unfallgefahren <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Motivation und Sensibilisierung von Bewohnerinnen und Bewohnern für ökologisches Handeln
<p>Durchgeführte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung einer Analyse der Flächenpotenziale für das Anlegen von Grünflächen und anderen Grünelementen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum (Begrünungspotenziale), für die Schaffung von Wasserflächen/wasserbezogenen Elementen sowie für Entsiegelungsmaßnahmen (Entsiegelungspotenziale) [2020–2021] • Förderung von Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung (kommunales Haus- und Hofflächenprogramm) [seit 2020] • Gießkannenheld:innen (Kooperationsprojekt von Unternehmen und städtischen Einrichtungen): ehrenamtliche Baumpatinnen und -paten bewässern unter den Folgen des Klimawandels leidende Stadtbäume aus durch Dritte finanzierte Wassertanks, die an Regenfallrohre von privaten und öffentlichen Gebäuden, wie z.B. Schulen und Kitas angeschlossen werden. [seit 2023] <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • erste Maßnahmen zur Aufwertung der Bahnunterführung Bokermühlstraße: Installation einer neuen Lichtanlage und Schutz gegen das Einnisten von Tauben [2022–2023] <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Quartiersentdecker“: Kinder aus der Neustadt setzen sich begleitet von pädagogischem Personal in Quartiersrundgängen mit ihrem Stadtteil auseinander und halten dabei ihre Erfahrungen mit Hilfe von Kamas fest. Das Ziel ist es, über die Erfahrungen in ihrem Stadtteil hinaus, die Kinder für ihr Umfeld und die Umwelt zu sensibilisieren. [seit 2020] • Das Aktionsprogramm "Gelsenkirchener Umweltdiplom" bietet in Kooperation mit lokalen Vereinen kostenlose Veranstaltungen (z.B. Waldrallyes), um Kindern Natur und Umwelt spielerisch nahezubringen. [seit 2001 wird das Aktionsprogramm von Referat Umwelt angeboten] • Anlage von Hochbeeten in Kitas und Schulen [2022/2023]
<p>Geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • straßenbegleitende Begrünung und Baumpflanzungen • Aufwertung des Spiel- und Bolzplatzes am Haus Leithe • Entsiegelung und Begrünung des Parkplatzes Emanuelstraße • Fortführung der Förderung von Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung (kommunales Haus- und Hofflächenprogramm) <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • energetische Modernisierung und Instandsetzung von gründerzeitlichen Gebäuden • Erhöhung des Anteils verdunstungsaktiver Flächen: Grün-, Frei- und Wasserflächen • straßenbegleitende Begrünung und Baumpflanzungen • Fortführung der Förderung von Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung (kommunales Haus- und Hofflächenprogramm) • Fortführung „Gießkannenheld:innen“

	<p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines Nahmobilitätskonzepts und anschließende Umsetzung von Maßnahmen zur sozial- und umweltverträglichen Gestaltung der Nahmobilität (z.B. Erhöhung der baulichen und funktionalen Qualität von Fuß- und Radwegen, Optimierung der Sicherheit von Kreuzungen und Straßenquerungen, Einrichtung von Radabstellanlagen, Optimierung von Wegeverbindungen) • Schaffung eines Fuß- und Radwegs entlang eines Abschnitts des Schwarzbachs <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • gezielte Umsetzung der gesamtstädtischen Kampagne "klimaGEnial" in der Neustadt; die Kampagne wirbt u.a. mittels Informationsmaterialien, Mitmach- und Pflanzaktionen für die aktive Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger am Klimaschutz und der Klimaanpassung • stadtteilbezogene Erweiterung des Aktionsprogramm "Gelsenkirchener Umweltdiplom" um ein Ferienprogramm für Kinder zu den Themenbereichen Umwelt und Gesundheit sowie ein Angebot für Erwachsene (insbesondere für Zugewanderte) • Einbindung von Klimathemen in bestehende Netzwerke, wie z.B. "MiMi – mit Migranten für Migranten"
<p>Verfahren und Prozess</p>	<p>Die Neustadt war 2002–2012 Teil des Gelsenkirchener Stadterneuerungsgebiets Gelsenkirchen-Südost und wurde 2018 zu einem eigenständigen Stadterneuerungsgebiet ausgewiesen. Die Stadterneuerung ist eine dauerhafte Aufgabe der Stadtpolitik, bei der das Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt (zuvor: Soziale Stadt) ein elementares Instrument darstellt.</p> <p>Konzepterstellung</p> <p>Das integrierte Entwicklungskonzept (IEK) für die Neustadt wurde 2017 von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe erstellt, in der neben den Referaten Stadtplanung, Zuwanderung und Integration, Wirtschaftsförderung, Stadtkämmerei und Finanzen auch die für Umweltgerechtigkeit insbesondere relevanten Verwaltungsbereiche Umwelt und Gesundheit vertreten waren.</p> <p>Die Erstellung des IEK fand in einem partizipativ und kommunikativ gestalteten Prozess statt, bei dem die Bewohnerschaft sowie lokale Akteure im Rahmen verschiedener Formate (Bewohnerbefragung, interaktive Akteurs- und Bürgerwerkstatt) informiert und beteiligt wurden. Zudem wurden das Konzept und erste Maßnahmenvorschläge im "Präventionsrat Neustadt" (Vertreterinnen und Vertreter aus Bürgerschaft, Stadtverwaltung, Polizei, Bildungs- und Sozialeinrichtungen) vorgestellt und diskutiert.</p> <p>Umsetzung</p> <p>Die im IEK vorgesehenen Maßnahmen werden vom Stadtteilmanagement Neustadt vorbereitet und koordiniert. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität werden (sollen) überwiegend in Kooperation mit Bewohnerschaft, Eigentümerinnen und Eigentümern sowie weiteren lokalen Akteuren umgesetzt (werden).</p> <p>Ein für die Neustadt eingerichteter Quartiersfonds soll Bewohnerschaft, Gewerbetreibende, Initiativen, Vereine und Einrichtungen zur Durchführung eigener Projekte und Maßnahmen anregen. Über eingereichte Anträge und die Mittel des Quartiersfonds entscheidet der Gebietsbeirat, in dem die Bewohnerschaft, der Stadtrat und die Stadtbezirksvertretung über Einzelpersonen repräsentiert sind. Im Jahr 2023 wurde auch ein Projekt mit Umweltbezug bewilligt. Bei der antragstellenden Einrichtung wird eine ca. 40 m² große Fläche neu bepflanzt und mit Insektenhotels versehen. Die Fläche ist für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils zugänglich.</p> <p>Neue Projekte werden zudem im Arbeitskreis Neustadt entwickelt, in dem verschiedene Referate der Stadtverwaltung, Vor-Ort-Akteure (Vereine, Schulen, Kitas, weitere Einrichtungen) sowie das Stadtteilmanagement vertreten sind. Der Arbeitskreis trifft sich quartalsweise. U.a. wurde im Arbeitskreis Neustadt das Projekt „Quartiersentdecker“ (siehe oben: Durchgeführte Maßnahmen) entwickelt.</p>
<p>Organisation und Management</p>	<p>Verwaltungsebene</p> <p>Die Steuerung der übergeordneten Aufgaben der Stadterneuerung obliegt der im Jahr 2007 gegründeten Koordinierungsstelle Stadterneuerung, die im Referat Stadtplanung der Stadt Gelsenkirchen angesiedelt ist. Die gebietsbezogene Steuerung ist Aufgabe der Programmgebietsleitung, die für jedes einzelne Fördergebiet – so auch für die Neustadt – eingerichtet ist. Die verschiedenen Programmgebietsleitungen treffen sich wöchentlich, um sich zu gebietsübergreifenden Themen auszutauschen. Zudem arbeitet die Programmgebietsleitung Neustadt anlass-/projektbezogen mit anderen Ämtern der Stadtverwaltung zusammen (u.a. Bauen, Umwelt, Bildung, Gesundheit).</p>

	<p>Programmgebietesebene</p> <p>Die im IEK für das Stadterneuerungsgebiet Neustadt vorgesehenen Maßnahmen werden vom Stadtteilmanagement Neustadt vorbereitet und koordiniert. Das Stadtteilmanagement ist interdisziplinär besetzt: Stadterneuerungsgesellschaft, sozialer Träger (Caritas), Architekturbüro. Im Stadtteilbüro steht es allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Eigentümerinnen und Eigentümern, Geschäftsleuten und Interessierten bei Fragen und Anregungen zur Verfügung. Auch die Information, Vernetzung und frühzeitige Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner in die Entwicklung der Erneuerungsmaßnahmen sind Aufgabe des Stadtteilmanagements.</p> <p>Eine herausgehobene Aufgabe des Stadtteilmanagements ist die ökologische Revitalisierungsberatung. Dies beinhaltet die Koordination des Prozesses zur ökologischen Revitalisierung sowie die Aktivierung und Beratung von privaten Immobilienbesitzenden sowie von Bewohnerinnen und Bewohner. Dazu gehört auch, über mögliche Förderzugänge aufzuklären und bei Bedarf bei der Antragstellung zu unterstützen.</p> <p>Darüber hinaus betreut das Stadtteilmanagement den Gebietsbeirat und ist zuständig für die Initiierung und Umsetzung des Quartiersfonds (siehe oben: Verfahren und Prozess).</p> <p>Zusammenarbeit zwischen den Ebenen</p> <p>Die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen wird durch einen regelmäßigen (etwa alle zwei Wochen) Austausch zwischen der für die Neustadt zuständigen Koordinierungsstelle Stadterneuerung im Stadtplanungsamt und dem Stadtteilmanagement gewährleistet. Zudem ist die Vermittlung zwischen der Verwaltung des Quartiersbevölkerung, den Vor-Ort-Akteuren, der Verwaltung und der Politik ein zentrales Aufgabenfeld des Stadtteilmanagements. Es fungiert insofern als intermediäre Instanz.</p> <p>Darüber hinaus ist der Arbeitskreis Neustadt (siehe oben: Verfahren und Prozess) eine wichtige Struktur für die ebenübergreifende Zusammenarbeit.</p>
<p>Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Die Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation werden überwiegend aus Mitteln des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt finanziert.</p> <p>Für einzelne Maßnahmen (u.a. Gießkannenheld:innen, Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung) besteht zusätzlich eine finanzielle Beteiligung, der GELSENWASSER-Stiftung, GELSENWASSER AG, der Volksbank Ruhr Mitte sowie privater Eigentümerinnen und Eigentümer.</p> <p>Darüber hinaus stehen aus einem kommunalen Haus- und Hofflächenprogramm Mittel zur Förderung von Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung auf privaten Flächen zur Verfügung.</p>
<p>Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Die Umweltbildungsprogramme wie das "Umweltdiplom" werden sehr gut angenommen und das erlernte neue Wissen von den Kindern nach Hause in die Familie getragen.</p> <p>Vielfältige Teilnehmungsformate (Befragung der Bewohnerschaft, Akteurs- und Bürgerwerkstatt, Gebietsbeirat, Umweltbildungsprogramm, Quartiersentdecker) fördern Verfahrensgerechtigkeit und Selbstwirksamkeit – zwei zentrale Aspekte von Umweltgerechtigkeit.</p>
<p>Förderliche Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die ämterübergreifenden Arbeitsstrukturen zur Konzepterstellung und Umsetzung von Maßnahmen ermöglicht die für das Thema Umweltgerechtigkeit erforderliche integrierte Perspektive (Zusammendenken von Sozialer Lage, Umwelt und Gesundheit) in der Verwaltung. • Für die Identifizierung von Bedarfen bzw. die Formulierung von Handlungsmaßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation ist das indikatorengestützte Sozialraummonitoring (insbesondere Indikatorenbereich Wohn-/Wohnumfeldbelastungen) ein wichtiges Analyseinstrument. Zudem kann es als Beobachtungssystem fungieren, um Wirkungen durchgeführter Maßnahmen ermitteln zu können. • Perspektivisch wird durch die neue im Juni 2023 bekanntgegebene und am 1.1.2024 in Kraft tretende Städtebauförderrichtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen Unterstützung für die Verbesserung der Umweltsituation erwartet. So soll beispielsweise nach der neuen Richtlinie die Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen so konzipiert werden, dass sie einen Beitrag zum Schutz vor Naturgefahren und schädlichen Umwelteinwirkungen leisten. Dadurch werden beispielsweise auch Entsiegelungsmaßnahmen u.a. von Parkplätzen förderfähig, die zentral für die Klimaanpassung sind..
<p>Hemmende Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mangelnde Flächenverfügbarkeit – viele Flächen befinden sich in privater Hand und dies von vielen Einzeleigentümerinnen und -eigentümern – begrenzen die unmittelbaren Einflussmöglichkeiten der Stadt im Quartier, z.B. mit Blick auf Entsiegelungsmaßnahmen. • Auch die Einflussmöglichkeiten beim Lärmschutz sind aufgrund von fehlender Zuständigkeit für die den Stadtteil umrahmende Bundesstraße sowie die nördlich gelegenen Bahnanlagen sehr begrenzt. • Die Errichtung des geplanten Nachbarschaftsgartens wird dadurch erschwert, dass es eines Trägers bedarf, der sich langfristig engagiert und auch die Verkehrssicherungspflicht übernimmt.

	<ul style="list-style-type: none"> • Fehlende Fördermittel für Personal, das aber notwendig ist, um die mit investiven Fördermitteln finanzierten baulichen Einrichtungen/Grünflächen „zu bespielen“. • Geringes Problembewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner gegenüber Umweltbelastungen erschwert es, sie zu umweltgerechtem Handeln zu motivieren.
<p>Quellen</p>	<p>Björnson Beratende Ingenieure GmbH, 2020: Ermittlung von Begrünungs- und Entsiegelungspotenzialen zur Verbesserung der klimatischen Situation in den Stadterneuerungsgebieten Neustadt und Rotthausen. Erläuterungsbericht. Auftraggeber: Stadt Gelsenkirchen.</p> <p>BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, o.J.: Bundesprogramm Soziale Stadt 2019. Berlin.</p> <p>BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, o.J.: Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten 2021. Berlin.</p> <p>Böhme, C.; Franke, T.; Michalski, D.; Reimann, B.; Strauss, W.-C., 2022: Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene. Herausgeber: Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.</p> <p>Experteninterviews mit Vertreterinnen des Stadtplanungsamtes der Stadt Gelsenkirchen und des Stadtteilmanagements Neustadt, Mai und August 2023.</p> <p>GELSENWASSER, 2023: Gießkannenheld:innen: Gemeinsam gießen für das Klima. Zugriff: https://www.gelsenwasser.de/giesskannenheldinnen-gelsenkirchen (abgerufen am 23.08.2023).</p> <p>Information und Technik Nordrhein-Westfalen, 2022: Bevölkerung nach Gemeinden. Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen. Zugriff: https://www.it.nrw/statistik/eckdaten/bevoelkerung-nach-gemeinden-315 (abgerufen am 14.07.2023).</p> <p>Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 2023: Programmaufruf zur Städtebauförderung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes für das Förderjahr 2024. Düsseldorf.</p> <p>Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung, Koordinierungsstelle Stadterneuerung, 2018: Soziale Stadt Neustadt. Integriertes Entwicklungskonzept.</p> <p>Stadt Gelsenkirchen, 2023a: Daten. Bevölkerung. Zugriff: https://opendata.gelsenkirchen.de/tags/politics (abgerufen am 26.07.2023).</p> <p>Stadt Gelsenkirchen, 2023b: Gebietsbeirat Neustadt. Zugriff: https://www.gelsenkirchen.de/de/_meta/aktuelles/artikel/53636-gebietsbeirat-neustadt (abgerufen am 26.07.2023).</p> <p>Stadt Gelsenkirchen, 2023c: Geld für Bürgerprojekte in der Neustadt. Zugriff: https://www.gelsenkirchen.de/de/Infrastruktur/Stadtplanung/Stadterneuerung_Gelsenkirchen/Neustadt/_Stadtteilbuero_Neustadt.aspx (abgerufen am 26.07.2023).</p> <p>Stadt Gelsenkirchen, 2023d: Quartiersentdecker Neustadt. Zugriff: https://quartiersentdecker-gelsenkirchen.de/ (abgerufen am 27.07.2023).</p> <p>Stadt Gelsenkirchen, 2023e: Stadtteilbüro Neustadt. Zugriff: https://www.gelsenkirchen.de/de/_meta/aktuelles/artikel/58972-geld-fuer-buergerprojekte-in-der-neustadt (abgerufen am 26.07.2023).</p>

Leipzig – Grünau

Kommune im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • bevölkerungsreichste kreisfreie Stadt in Sachsen • 616.000 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand:31.12.2022)
Programmgebiet im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • 1976–1987 als größte Plattenbausiedlung Sachsens am westlichen Stadtrand von Leipzig errichtet (ca. 38.000 Wohnungen zu DDR-Zeiten, 2016 waren es nach umfänglichem Abriss noch rund 28.000 Wohnungen) • Gebäudetypen: 5-geschossige Plattenbaugebiete in industrieller Montagebauweise (erbaut bis 1982), 6–11 geschossige Punkthochhäuser (nach 1982) und kleinere Einfamilienhausgebiete • Größe: 497 Hektar • 45.083 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2005–2019)
Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit	<p>Im Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept Leipzig-Grünau (STEK) von 2016 wird das Thema Umweltgerechtigkeit nicht explizit aufgegriffen. Die Handlungsfelder Stadtraum, Wohnen und Klima sowie Freiraum und Mobilität und ihre Maßnahmen weisen aber Bezüge zum Thema Umweltgerechtigkeit auf.</p> <p>Gesamtstädtisch wird das Thema Umweltgerechtigkeit zukünftig in dem seit 2019 in Erarbeitung befindlichen Masterplan Grün Leipzig 2030 verankert. Vor dem Hintergrund vermehrt konkurrierender Flächenansprüche in einer wachsenden Stadt will Leipzig seine grün-blaue Infrastruktur unter anderem mit Blick auf Fragen der Umweltgerechtigkeit strategisch sichern. Dazu wurde der besondere Handlungsbedarf in der unmittelbaren Nachbarschaft vor dem Hintergrund der sozialräumlichen Situation im Sinne der Verbesserung der Umweltgerechtigkeit identifiziert. Dazu wurde analysiert, wo Bevölkerungsgruppen leben, die besonders auf eine grüne Freiraumversorgung im Nahbereich der Wohnung angewiesen sind, weil anzunehmen ist, dass sie nicht so mobil sind. Zu diesen Gruppen werden unter anderem Kinder unter 6 Jahren, Einwohnerinnen und Einwohner über 80 Jahre, SGB-II-Empfänger und Alleinerziehende gezählt. Wohnsiedlungsquartiere mit einem überdurchschnittlichen Anteil dieser Bevölkerungsgruppen bei gleichzeitig geringer grüner Freiraumversorgung und starker bis extremer thermischer Belastung weisen den höchsten Handlungsbedarf auf und bedürfen damit einer besonderen Priorisierung der Maßnahmen innerhalb der geschlossenen Siedlungsbereiche. Vereinzelt Bereiche Grünaus sind dieser Kategorie „Wohnquartiere mit besonderem Handlungsbedarf in unmittelbarer Nachbarschaft aufgrund ihrer sozialräumlichen Situation“ zugeordnet.</p>
Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets	<p>Soziale Indikatoren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsentwicklung • Altersstruktur • Arbeitslosenquote • Anteil SGB-II Leistungsempfänger • Anteil Sozialgeld beziehende Kinder • Anteil alleinerziehende Haushalte • Anteil Menschen mit Migrationshintergrund • Jugendkriminalitätsquote <p>Umweltindikatoren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Qualität und Vernetzung von Grün- und Freiräumen <p>Gesundheitsindikatoren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auffälligkeitsrate für Übergewicht bei einzuschulenden Kindern
Ausgangslage (Stand: 2016)	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • nach der Wende deutliche Bevölkerungsabnahme, seit 2012 wieder leichtes Bevölkerungswachstum • im gesamtstädtischen Vergleich überdurchschnittlich <ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil der über 65-Jährigen und teilsräumlich auch der unter 18-Jährigen • hoher Anteil an Arbeitslosen und SGB-II Leistungsempfänger • hoher Anteil Sozialgeld beziehender Kinder (fast doppelt so hoch) • hoher Anteil an alleinerziehenden Haushalten • hoher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund • hohe Jugendkriminalitätsquote <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • ruhige und verkehrsarme Wohnlage mit Fußgängerzonen, verkehrsberuhigten Straßen und Stichstraßen, daher kaum Verkehrslärm und Luftschadstoffbelastung

	<ul style="list-style-type: none"> • durch die offene Bauweise der Großwohnsiedlung zum Teil keine Abgrenzung zwischen öffentlichen und gemeinschaftlich/privat genutzten Freiflächen • teils tendenziell monotones und spannungsarmes Wohnumfeld mit geringer Aufenthaltsqualität und wenig Identifikationsmerkmalen oder Besonderheiten – verstärkt durch zahlreiche brachliegende Abbruchfolgeflächen aus der Schrumpfungs- und Abrissphase • des Weiteren befinden sich in Grünau zahlreiche Grün- und Freiräume, die aber unzureichend miteinander verbunden, für die Bewohnerschaft teils schwer zugänglich und untergenutzt sind • unmittelbar angrenzende, attraktive Landschaftsräume, aber für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer stellenweise schlechte Anbindung des Stadtteils an diese Erholungsräume • thermische Belastung in Teilbereichen <p>Gesundheitliche Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • im gesamtstädtischen Vergleich höhere Auffälligkeitsrate für Übergewicht bei einzuschulenden Kindern
<p>Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Aufenthaltsqualität, Nutzungsvielfalt/-intensität und Biodiversität von Freiräumen • bessere Anbindung an benachbarte Erholungs- und Landschaftsräume • Erhalt und Verbesserung der Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum • Erhöhung der Sauberkeit im Wohnumfeld und öffentlichen Raum <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduktion von Treibhausgasemissionen im Gebäudebestand • Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils erneuerbarer Energie auf der Quartiers- und Gebäudeebene • Berücksichtigung von Aspekten der Klimaanpassung bei jeglicher Flächenentwicklung, z.B. hinsichtlich Hitzebelastungen und Starkregenereignissen <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung des Wegesystems für den Fuß- und Radverkehr • Stärkung des ÖPNV
<p>Durchgeführte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Errichtung des „Urbanen Waldes“ auf Abrissfläche (ca. 5,5 Hektar) [seit 2013] • Neugestaltung von Außenanlagen und Höfen von Schulen und Kitas [fortlaufend] • Erneuerung von Spielplätzen [fortlaufend] • Einführung einer „Dreck-Weg-App“ zur zügigen Meldung von Verschmutzungen <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Errichtung des Urbanen Waldes auf Abrissfläche (ca. 5,5 Hektar), u.a. als zukünftige Kaltluftschneise [seit 2013] • Erstellung von Klima(anpassungs)analysen für einzelne Wohnkomplexe [fortlaufend] <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gestaltung der Alten Salzstraße als Fuß- und Radweg [2014] • Einrichtung des Quartiersbusses „Grünolino“, der die Quartierszentren Grünaus im Stundentakt miteinander verbindet [2011]
<p>Geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung von Grün- und Freiflächen mit Blick auf Klimaanpassung und Aufenthaltsqualität • Unterstützung von kreativen und ökologischen Nutzungen von Flächen, insbesondere auf Randflächen und kleinen Brachflächen (u.a. Gemeinschaftsgärten, Streuobstwiesen, Bau-spielplätze) • Strukturierung der Freiflächen zugunsten höherer Anteile privater/gemeinschaftlicher Nutzung • Qualifizierung des Robert-Koch-Parks: naturnahe Umgestaltung, Optimierung der Eingangszonen, Verbesserung der Wege • Weiterentwicklung der Alten Salzstraße als Identitäts-, Grün- und Mobilitätsachse: Spielplatzsanierung, Betonung von Kunstelementen, Verschönerung der Grünanlagen • Schaffung von neuen Lebensräumen: Wildwiesen, Tierschutzstreifen, regionaltypische Pflanzungen

	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Sauberkeit im öffentlichen Raum: Unterstützung gemeinsamer Putz- und Aufräumaktionen; Stärkung der Stadtreinigung <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines energetischen Quartierskonzepts • Nutzung von Dach- und Freiflächen für alternative Energiegewinnung • Erhöhung der energetischen Sanierungstätigkeit • Umsetzung einer energieeffizienten Stadtbeleuchtung (Austausch der Leuchtmittel) • Weiterentwicklung von Grün- und Freiflächen mit Blick auf Klimaanpassung • Anpassung des öffentlichen Raums und von Gebäuden an Klimawandel • Prüfen von Dachbegrünungspotentialen <p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Fuß- und Radwegeanbindung an benachbarte Naherholungsgebiete und Quartiere • Ausbau von Mobilitätsangeboten: „Park-, Bike- and Ride-Systems“, Leihautos • Ausbau der öffentlichen E-Ladeinfrastruktur
<p>Verfahren und Prozess</p>	<p>Konzepterstellung</p> <p>Das von Ende 2014 bis 2016 federführend vom Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung (AWS) erstellte Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept Leipzig-Grünau 2030 (STEK) ist als Fortschreibung der bis dahin gültigen Planungsdokumente Integriertes Handlungskonzept: Fördergebiet Leipzig-Grünau (2004) und Entwicklungsstrategie Grünau 2020 (2007) zu verstehen. Das STEK dient als eine stadtteilspezifische Arbeitsgrundlage für die Fördermittelbeantragung, die Verwaltungsarbeit und die kooperative Quartiersentwicklung. Das STEK entstand in einem breit angelegten Beteiligungsprozess, sowohl verwaltungsintern als auch behörden- und institutionenübergreifend als auch mit lokalen Akteuren aus den verschiedensten Bereichen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Des Weiteren fanden Themenabende mit Bewohnenden und Stadtteilakteuren statt. Einen zentralen Baustein im Beteiligungsprozess stellte zudem die Zusammenarbeit mit den Wohnungsmarktakteuren dar.</p> <p>Umsetzung</p> <p>Die Steuerung und Umsetzung der einzelnen Maßnahmen wird je nach Handlungsschwerpunkt von unterschiedlichen Fachämtern übernommen. Für Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation sind neben dem AWS das Amt für Stadtgrün und Gewässer, Amt für Umweltschutz sowie das Verkehrs- und Tiefbauamt verantwortlich.</p> <p>Der integrative Beteiligungsprozess bei der Entwicklung des STEK wird in der Phase der Maßnahmenausgestaltung und -umsetzung fortgeführt. Ein zentrales Beteiligungsgremium ist hierbei der Quartiersrat Grünau. Er besteht überwiegend aus Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Vertreterinnen und Vertretern thematischer Bereiche (Lokale Ökonomie, Soziales etc.). Ziel ist es, verschiedene Interessen, Ideen sowie Informationen zu bündeln und zu kommunizieren.</p> <p>Weitere wichtige Vor-Ort-Akteure – insbesondere mit Blick auf Klimaschutz und Klimaanpassung in Grünau – sind die Wohnungsbaugesellschaft und -genossenschaften sowie die Leipziger Energiegenossenschaft.</p>
<p>Organisation und Management</p>	<p>Verwaltungsebene</p> <p>Das Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung (AWS) ist in der Stadtverwaltung Leipzig federführend für die Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt (zuvor: Soziale Stadt) in Grünau zuständig. Die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern (u.a. Amt für Stadtgrün und Gewässer, Amt für Umweltschutz, Verkehrs- und Tiefbauamt, Referat Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz, Gesundheitsamt) erfolgt überwiegend projektbezogen. Jährlich findet zudem eine ressortübergreifende Ämterkonferenz statt.</p> <p>Programmgebietsebene</p> <p>Das seit 2007 tätige Quartiersmanagement Grünau unterstützt die Projekte im Quartier. Das Thema Umwelt gehört nicht explizit zum Aufgabenportfolio des Quartiersmanagements, hat aber Berührungspunkte mit seinen Aufgabenfeldern. Arbeitsschwerpunkte bilden die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligungsprozesse sowie die grenzübergreifende Netzwerkarbeit zwischen Ämtern der Stadtverwaltung, Politik und Grünauer Akteurinnen. Das Quartiersmanagement ist zudem die Geschäftsstelle für den Quartiersrat Grünau (siehe oben: Verfahren und Prozess).</p> <p>Zusammenarbeit zwischen den Ebenen</p>

	<p>Wichtige Schnittstellen zwischen Verwaltungs- und Gebietsebene werden durch das AWS sowie das Quartiersmanagement abgedeckt; beide Akteure stehen im regelmäßigen Austausch miteinander.</p> <p>Zudem übernimmt der Quartiersrat Grünau – auch bei umwelt-/klimabezogenen Fragestellungen – eine wichtige Schnittstellenfunktion, indem er sowohl intern für den Stadtteil, als auch für externe Stellen als Ansprechpartner (z.B. Stadtverwaltung und Politik) dient.</p>
Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation	<p>Die geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation werden/sollen, soweit sie die Qualifizierung öffentlicher Grünflächen sowie die Verbesserung von Rad- und Fußwegeverbindungen betreffen, überwiegend mit Mitteln des Städtebauförderungsprogramms Sozialer Zusammenhalt (zuvor: Soziale Stadt) finanziert.</p> <p>In die Errichtung des „Urbanen Waldes“ sind zudem Mittel des Bundesamtes für Naturschutz für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben geflossen.</p> <p>Die neue Omnibuslinie „Grünolino“ wird mit städtischen Mitteln finanziert.</p>
Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation	<p>Der 2013 angelegte Urbane Wald hat als Kaltluftschneise eine positive Wirkung für die Klimaanpassung, wobei diese ausgeprägter sein könnte, wenn von Beginn an größere Bäume angepflanzt worden wären. Da der Urbane Wald immer noch eingezäunt ist, um den Aufwuchs der Gehölze zu schützen, kann er von der Bewohnerschaft bislang nicht zur Erholung genutzt werden.</p> <p>Weitere unmittelbare Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation werden bislang nicht beobachtet.</p>
Förderliche Rahmenbedingungen/Faktoren	<ul style="list-style-type: none"> • kommunalpolitische Rückendeckung: <ul style="list-style-type: none"> • hohe politische Bedeutungszumessung für die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung • Auflage eines Energie- und Klimaschutzprogramms sowie eines Sofortmaßnahmenprogramms zum Klimanotstand • Einrichtung eines Referats Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz zur Beschleunigung des Umsetzungsprozesses • der in Erstellung befindliche Masterplans Grün Leipzig 2030 ermöglicht es, Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Grün- und Freiräume in Grünau aus den Entwicklungslinien des Masterplans, die u.a. auf mehr Umweltgerechtigkeit abzielen, abzuleiten • der Generationenwechsel in der Verwaltung ist förderlich für Themen wie Klimaschutz, Klimaanpassung, Umweltgerechtigkeit
Hemmende Rahmenbedingungen/Faktoren	<ul style="list-style-type: none"> • Personalressourcen in der Verwaltung reichen angesichts der Fülle von Aufgaben oftmals nicht aus; dies führt auch zu Defiziten im integrierten Verwaltungshandeln • Alltagsgeschäft in der Verwaltung lässt wenig Zeit für strategische Überlegungen • Mieterhöhungen infolge von energetischen Sanierungsmaßnahmen, die dazu führen können, dass Wohnungen für Mieterinnen und Mieter nicht mehr bezahlbar sind und sie gezwungen sind wegzuziehen
Quellen	<p>BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, o.J.: Bundesprogramm Soziale Stadt 2019. Berlin.</p> <p>BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), 2016: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.</p> <p>BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, o.J.: Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten 2021. Berlin.</p> <p>Experteninterview mit Vertreterinnen der Abteilung Stadtteilentwicklung/Stadterneuerung im Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung der Stadt Leipzig, Mai 2023.</p> <p>Stadt Leipzig, 2023: Bevölkerungsbestand. Zugriff: https://statistik.leipzig.de/statcity/table.aspx?cat=2&rub=1&per=q (abgerufen am 27.07.2023).</p> <p>Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer (Hrsg.), 2021: Masterplan Grün. Leipzig grün-blau 2030. Kurzpapier zur Zusammenführung der Arbeitsergebnisse. Zugriff: https://bu-ergerbeteiligung.sachsen.de/portal/download/datei/1893804_0/Masterplan+Gr%C3%BCn+Leipzig+gr%C3%BCn-blau+2030+Kurzpapier.pdf (abgerufen am 31.07.2023).</p> <p>Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister, Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung, o.J.a: Quartiersmanagement Grünau. Zugriff: https://www.qm-gruenau.de/quartiersmanagement-gruenau/ (abgerufen am 31.07.2023).</p> <p>Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister, Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung, o.J.b: Quartiersrat Grünau – zentrales Beteiligungsinstrument im Stadtteil. Zugriff: https://www.qm-gruenau.de/quartiersrat-gruenau/ (abgerufen am 31.07.2023).</p> <p>Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister, Dezernat Stadtentwicklung und Bau, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (Hrsg.), 2018: Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Leipzig-Grünau 2030 (STEK).</p>

Marburg – Waldtal

Kommune im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • kreisangehörige Kommune mit Sonderstatus³ im Landkreis Marburg-Biedenkopf • 77.410 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 30.06.2022)
Programmgebiet im Überblick	<ul style="list-style-type: none"> • der von starken topographischen Höhenunterschieden geprägte Stadtteil Waldtal liegt im Nordosten der Kernstadt und wird von den Lahnbergen eingefasst bzw. begrenzt • mikroräumlich differenzierte Wohnbebauung mit Wohnhäusern für Bahnarbeitende der 1920er-Jahre, sozialem Geschosswohnungsbau der 1950–70er-Jahre (teils Schlichtbauten) sowie in den 1960/70er-Jahren errichteten Wohnheimen für Studierende („Studentendorf“) • dem Wohnstandort vorgelagert ist ein Misch- und Gewerbegebiet • der Stadtteil hat für die Stadt Marburg zunehmend eine wichtige Funktion als „Integrationsstadtteil“ • Größe: 42 Hektar • 2.643 Einwohnerinnen und Einwohner, davon 1.159 Studierende (Stand: 01.07.2020) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2023 (zuvor Soziale Stadt: 2014–2019)
Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit	<p>Im Integrierten Städtebaulichen Konzept (ISEK) für das Waldtal von 2020 ist Umweltgerechtigkeit als eigenes Handlungsfeld der Programmumsetzung benannt. Zudem werden Aspekte von Umweltgerechtigkeit implizit in den Handlungsfeldern Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, Entwicklung und Integration von Verkehrs- und Grünflächen/innere Erschließung, Wohnumfeldgestaltung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung/Naturschutz des ISEK aufgegriffen.</p>
Indikatoren zur Beschreibung der Gebiete	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anteil Beziehende von SGB-II-Leistungen • Anteil Ausländerinnen und Ausländer • Alterszusammensetzung der Bevölkerung <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lärmemissionen • Versorgung mit und Qualität von Grün- und Freiflächen • Ausstattung mit Fuß- und Radwegen
Ausgangslage (Stand: 2020)	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • im gesamtstädtischen Vergleich <ul style="list-style-type: none"> • deutlich höherer Anteil an Beziehenden von SGB-II-Leistungen • deutlich höherer Anteil an Ausländerinnen und Ausländern • höherer Anteil an Kindern und Jugendlichen • geringerer Anteil an über 65-Jährigen <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • vorhandene Umweltqualitäten: umgebender Wald, Frei- und Grünflächen sowie Frischluftschneisen im Quartier • Lärm- und Schadstoffmissionen durch die „Panoramastraße“, die das Gebiet im Norden und Osten als Hauptverkehrsstraße schleifenförmig umschließt und durch die südwestlich flankierende Bahntrasse • die „Panoramastraße“ stellt zudem eine Barriere zwischen Wohngebiet und umgebenden Wald dar und beeinträchtigt die Erholungs- und Klimafunktion des Umgebungswaldes für das Waldtal • Kessellage des Waldtals kann ggf. Gefährdungen durch Starkregen und einen schlechten Luftaustausch bei Inversionswetterlagen begünstigen • quantitativ gute Versorgung mit Grün- und Spielflächen, aber erhebliche Defizite in der Ausstattung (u.a. Spielgeräte, Sitzbänke) • Defizite/Lücken des Fuß- und Radwegenetzes • „Angsträume“ im Straßen- und Wegebereich • „wildes“ Parken im öffentlichen Raum • über längere Zeiträume von Altmethallhändlern im öffentlichen Raum abgestellte Alt-LKW und Anhänger • teils problematisches Müllentsorgungsverhalten (unzureichende Mülltrennung, Vermüllung von Müllplätzen, „wildes“ Müllablagern) • geringe energetische Qualität von Wohngebäuden

³ Das Land Hessen gewährt kreisangehörigen Gemeinden mit einer bestimmten Bevölkerungszahl oder Verwaltungskraft einen Sonderstatus. Diese Städte haben mehr Aufgaben und Rechte als die anderen kreisangehörigen Gemeinden, gehören aber weiterhin dem Landkreis an.

<p>Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Umweltgerechtigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Stadtteils in Hinblick auf Umweltgerechtigkeit (Stadtteilentwicklung). • Bewohnerinnen- und Bewohnergruppen sollen ihre Bedürfnisse, Ideen und Kompetenzen in die Gestaltung eines mit Blick auf Umweltgerechtigkeit gestärkten Stadtteils einbringen (Aktivierung und Beteiligung) <p>Lärminderung/-schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verminderung der Lärmbelastung (Verkehrs-, Nachbarschaftslärm) <p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung einer „Sozialen Achse“ in der Ortsmitte des Waldtals, deren Freiräume sowie öffentlichen und privaten Verkehrsflächen sich als monofunktionale Räume darstellen (hier: Wege- und Platzgestaltung; Freistellen von Naturspielflächen; Spiel und Aufenthaltsangebote; vegetationstechnische Arbeiten) • bewegungsanregende und erholungsfördernde Freiflächengestaltung • Erschließung der umliegenden Waldflächen als Naherholungsgebiet <p>Mobilität/Verkehr</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung einer „Sozialen Achse“ in der Ortsmitte des Waldtals, deren Freiräume sowie öffentlichen und privaten Verkehrsflächen sich als monofunktionale Räume darstellen (hier: Neuordnung des ruhenden Verkehrs) • Qualifizierung von Verkehrs- zu Quartiersplätzen • Geschwindigkeitsbegrenzungen • Verkehrsberuhigung • Förderung des Fuß- und Radverkehrs <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • generell: Umsetzung von Schutz-, Anpassungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Gewinnung und Einbindung der Bewohnerschaft als Akteur • Senkung von Treibhausgasemissionen • energetische Sanierung des Gebäudebestandes • Erhalt der Frischluftzufuhr/Luftzirkulation <p>Gesundheitsförderung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des Waldtals zu einem die Gesundheit gewährleistenden und fördernden Stadtteil • „essbare Stadt“ <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung der Bewohnerinnen und Bewohner für Umweltthemen, mit dem Ziel, dass die Quartiersbevölkerung ihre Bedürfnisse, Ideen und Kompetenzen mit Blick auf Umweltgerechtigkeit und einen gesundheitsfördernden Stadtteil einbringt
<p>Durchgeführte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Lärminderung/-schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ersatz der vorhandenen offenen Altglas-Container-Anlagen durch geräuscharme Unterflur-Systeme [2018] <p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen zur Entwicklung einer „Sozialen Achse“ durch das Waldtal: Aufwertung des Hauptverbindungsweges durch Bewegungsangebote für Kinder, Beseitigung aufgewachsener Gehölzvegetation und Verbesserung der Beleuchtung [seit 2020] • Neuerschließung und -anlage der Freifläche „Am Fuchspass“ [seit 2015] • Qualifizierung des Bolzplatzes „Fuchspass“ durch höherwertigen Belag, Ausstattung/Spielfeldmarkierungen für verschiedene Ballspiele sowie Beleuchtung [2019/2020] • Aufwertung der Frei- und Spielflächen des Wohnumfeldes im Geschosswohnungsbau unter Einbindung und Beteiligung der Mieterinnen und Mieter (in Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften), u.a. Anlage von Gemeinschafts- und Mietergärten, Installation von „Begegnungs-/Gesprächsinselfn“ mit Tischen und Bänken [2016–2022] • Anlage von Blühstreifen [2017–2020] • Angebote „Essbare Stadt“ (Kräuterhochbeete) [2018] • Übernahme von Pflanz-/Pflegepatenschaften durch Bewohnerinnen und Bewohner [seit 2016] • regelmäßige bewohnerinnen- und bewohnergetragene Stadtteilreinigungsaktionen [2020]

	<ul style="list-style-type: none"> • Optimierung von Müllstellplätzen, u.a. durch Anbringen von Schildern, die den Bewohnerinnen und Bewohnern erklären, wie der Abfall zu sortieren ist (in Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften) [2019] <p>Mobilität/Verkehr</p> <ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen zur Entwicklung einer „Sozialen Achse“ durch das Waldtal: Aufwertung des Hauptverbindungsweges durch Bewegungsangebote für Kinder, Beseitigung aufgewachsener Gehölzvegetation und Verbesserung der Beleuchtung [seit 2020] • fuß- und radverkehrsfreundliche Gestaltung der Quartierseingänge [ab 2022] • Sanierung von Fußwegeverbindungen, inkl. Treppenanlagen [laufend] • Ausbau und Lückenschluss im Fußwege- und Radwegenetz und Einbindung der Naherholungswege in den umliegenden Wald [laufend] • Sanierung/Erweiterung von Fahrradstellplätzen [2018] <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Errichtung von zwei Neubauten in Hybridbauweise (Beton nur aus statischen Gründen verbaut, ansonsten Holz) [2022] • Einrichtung eines Repair-Cafés durch den Träger für Gemeinwesenarbeit im Waldtal (die Maßnahme zielt u.a. darauf, die Energiemenge, die für die Herstellung neuer Produkte erforderlich ist, einzusparen und dadurch CO₂-Emissionen zu vermeiden) [2016] • Einbau von Regenwasserspeichern/-zisternen bei Neubau des Nachbarschaftszentrums (Nutzung des gespeicherten Regenwassers für Bewässerung von Grünflächen) [Fertigstellung 1. Quartal 2024] <p>Gesundheitsförderung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Angebote „Essbare Stadt“ (Kräuterhochbeete) [2018] <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • alltags- und lebenspraktische Angebote wie die Einrichtung eines Repair-Cafés, Müllsammelaktionen mit Kita- und Schulgruppen u.ä. [ab 2016 & 2020] • ressourcenschonendes Verhalten als Thema in Angeboten des Trägers für Gemeinwesenarbeit im Waldtal [2017]
<p>Geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Lärminderung/-schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Emissionsminderung vierspurige „Panoramastraße: Tempo-50-Regelung, Installation von Radarkontrollen, elektrogeführte ÖPNV-Busse, evtl. Umbau auf eine Autospur sowie eine Fahrrad-/Busspur je Richtung, Prüfung und Installation von Lärmschwellen entlang der unteren „Panoramastraße“/Höhe Wohnbebauung <p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Maßnahmen zur Entwicklung einer „Sozialen Achse“ durch das Waldtal: multifunktionale Qualifizierung von Freiräumen sowie öffentlichen und privaten Verkehrsflächen als eine zusammenhängende Nutzungsfläche • ergänzende Ausstattung der neu angelegten Freifläche „Am Fuchspass“ mit sportiven und Freizeitangeboten • Fortführung der Aufwertung der Frei- und Spielflächen des Wohnumfeldes im Geschosswohnungsbau unter Einbindung und Beteiligung der Mieterinnen und Mieter (in Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften) <p>Mobilität/Verkehr</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Fußwegeverbindung, u.a. Entwicklung einer „Sozialen Achse“ durch das Waldtal: multifunktionale Qualifizierung von Freiräumen sowie öffentlichen und privaten Verkehrsflächen als eine zusammenhängende Nutzungsfläche • Qualifizierung von Verkehrsplätzen zu Quartiersplätzen: u.a. Erschließen multifunktionaler Potenziale für Stadtteilstellen und vergleichbare Aktivitäten, Installation von Car-Sharing-Angeboten, einer E-Tankstelle sowie von Fahrradständern • Parkplatzmanagement (in Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften) • Weiterentwicklung des ÖPNV: optimierte Taktung, nutzerorientierte Verlegung/Einrichtung von Bushaltestellen, barrierefreier Umbau von Bushaltestellen, elektronische Anzeigetafeln (in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Marburg) • Weiterentwicklung des stadtweiten Fahrradverleihsystems mit Stationen im Programmgebiet Waldtal (in Zusammenarbeit mit „Nextbike“) • Einrichtung einer Car-Sharing-Station im Waldtal (in Zusammenarbeit mit dem „Scouter Carsharing“)

	<p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • weitere energetische Sanierung des Gebäudebestandes durch Wohnungsbaugesellschaft • Prüfung von Drainagen gegen Starkregenereignisse entlang der „Panoramastraße“ <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung von Energiesparlotsinnen und -lotsen, die innerhalb der Nachbarschaften über energieeffiziente Energienutzung und Ressourcenschutz informieren (in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Marburg) • ressourcenschonendes Verhalten als Thema in allen Angeboten des Trägers für Gemeinwesenarbeit im Waldtal
<p>Verfahren und Prozess</p>	<p>Konzepterstellung</p> <p>Das ISEK für das Waldtal wurde im Zeitraum von 2015 bis 2020 in einem aufwendigen und partizipativen Prozess von der Verwaltung gemeinsam mit dem Träger der Gemeinwesenarbeit im Waldtal erstellt. Zentrale Bestandteile des Prozesses waren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2015–2018: Erarbeitung eines „Freiraumplanerisch-Städtebaulichen Masterplans Marburg-Waldtal“, dessen Analyseergebnisse und Maßnahmenplanungen Grundlage für das Handlungsfeld „Städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung“ der Programmumsetzung im Waldtal sind • 2016–2018: Teilnahme der Stadt Marburg als Pilotkommune im Difu/UBA-Projekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit“; im Rahmen dieses Projektes erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit dem Themenfeld „Umweltgerechtigkeit“ und es wurden entsprechende Maßnahmen für das Waldtal erarbeitet, die ihren Niederschlag im ISEK gefunden haben • verschiedene Teilnehmungsformate für die Bewohnerschaft: „Runder Tisch Waldtal“, Begehungen der Wohnungsbestände gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften, Versammlungen der Bewohnerinnen und Bewohner. <p>Eingeflossen in das ISEK sind zudem die Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Marburg von 2011 sowie des Klimaaktionsplans der Stadt von 2019.</p> <p>Umsetzung von Maßnahmen</p> <p>Bei der Umsetzung der investiven Maßnahmen des Programms Sozialer Zusammenhalt (zuvor: Soziale Stadt) gibt es in Marburg eine Besonderheit. Die Realisierung vieler kleinerer Wohnumfeld- und grünpflegerischer Maßnahmen erfolgt durch einen Stadteilservice eines freien Trägers (Praxis gGmbH), der Langzeitarbeitslose qualifiziert und vermittlungsorientiert beschäftigt. Der Stadteilservice wird aus städtischen Mitteln und – sofern Maßnahmen des Förderprogramms Sozialer Zusammenhalt umgesetzt werden – aus Mitteln dieses Programms finanziert. Diese Vorgehensweise ermöglicht in Kooperation mit dem Quartiersmanagement kurze und zügige Wege in der Umsetzung und vor allem auch Nähe zur Bewohnerschaft der Stadtteile als Adressatinnen und Adressaten der Maßnahmen. Die Umsetzung größerer investiver Projekte ist den jeweils fachlich zuständigen Fachdiensten (Fachdienste Hochbau, Tiefbau, Stadtgrün und Friedhöfe) zugeordnet.</p> <p>Wie die Konzepterstellung wird auch der Umsetzungsprozess durch verschiedene Teilnehmungsformate begleitet und unterstützt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtteil-Arbeitskreis: vom Träger der Gemeinwesenarbeit als Koordinations- und Arbeitsgremium eingerichtet, tagt monatlich in mehr oder weniger fester Zusammensetzung (u.a. Vereine, Bewohnerinnen und Bewohner), • Runder Tisch Marburg-Waldtal: für alle offenes Informations- und Diskussionsgremium, zu dem der Oberbürgermeister der Stadt Marburg drei- bis viermal im Jahr zu Grundsatzthemen der Quartiersentwicklung einlädt, • Stadtteilbeirat: das aus Bewohnerinnen und Bewohnern zusammengesetzte Gremium wurde mit Blick auf den Verfügungsfonds eingerichtet; der Stadtteilbeirat nimmt Vorschläge für die Verwendung der Mittel aus dem Verfügungsfonds entgegen, prüft sie auf ihre Förderfähigkeit und organisiert selbstständig die Vergabe/Förderung, • anlassbezogene Bewohnerinnen- und Bewohnerversammlungen. <p>Durch die Regelarbeit der Gemeinwesenarbeit gibt es zudem eine große Nähe des Trägers zu verschiedenen Bewohnerinnen- und Bewohnergruppen im Waldtal.</p>
<p>Organisation und Management</p>	<p>Verwaltungsebene</p> <p>Für die Gesamtkoordination und Prozessverantwortung der Programmumsetzung Sozialer Zusammenhalt (vormals: Soziale Stadt) sind in der Verwaltung zwei Koordinationsstellen eingerichtet. Für den sozialen Bereich ist diese dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, für den investiven Bereich dem Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz zugeordnet.</p> <p>Eine Lenkungsgruppe, in der die drei Dezernentinnen und Dezernenten der Stadt Marburg, die kommunalen Fachdienste Stadtplanung, Soziales, Altenhilfe, Bauen, Stadtgrün und Wirtschaft, der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie sowie die beiden Koordinationsstellen</p>

	<p>und das Quartiersmanagement regelmäßig vertreten sind, koordiniert den Prozess. Bei Bedarf wird die Lenkungsgruppe um weitere Fachdienste und kommunale Fachstellen erweitert. Geleitet wird die Lenkungsgruppe durch die Fachdienstleitung Stadtplanung und Denkmalschutz und die Fachbereichsleitung Kinder, Jugend und Familie. Die Lenkungsgruppe thematisiert sowohl strategische als auch operative Aufgabenstellungen.</p> <p>Programmgebietsebene</p> <p>Das Standbein der Programmumsetzung im Gebiet ist das Quartiersmanagement, das beim Träger der Gemeinwesenarbeit angesiedelt ist. Es pflegt den Kontakt zu Bewohnerinnen und Bewohnern sowie zu den lokalen Akteuren. Seine Aufgabe ist es zudem, Stadtteilentwicklungen und Bedarfe wahrzunehmen, Projekte zu entwickeln und Beteiligungen zu organisieren. Bei der Planung und Umsetzung größerer städtebaulicher oder grünordnerischer Maßnahmen übernimmt es Moderationsaufgaben.</p> <p>Zusammenarbeit zwischen den Ebenen</p> <p>Verbindungsglied zwischen der Verwaltungs- und der Programmgebietsebene ist das Stadtteilteam. Ihm gehören die beiden Koordinationsstellen sowie das Quartiersmanagement an. Informationen der Verwaltungs- und der Stadtteilebene werden hier zusammengeführt. Rückmeldungen aus dem Programmgebiet werden aufgenommen und an die Verwaltung weitergeleitet. Das Stadtteilteam ist das zentrale Arbeitsgremium des Umsetzungsprozesses; in diesem Team werden auch die Teilnehmungsformate und Kooperationen vorbereitet. Das Team trifft sich etwa alle sechs bis acht Wochen.</p>
<p>Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Der Großteil der Maßnahmen wurde/wird mit Mitteln des Programms Sozialer Zusammenhalt (zuvor Soziale Stadt) finanziert. Darüber hinaus fließen Mittel der Wohnungsbaugesellschaften in die Quartiersentwicklung (Aufwertung der Frei- und Spielflächen des Wohnumfeldes, energetische Sanierung). Für einzelne Maßnahmen wurden/werden zudem ergänzend zur Städtebauförderung Mittel aus dem ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ genutzt.</p>
<p>Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Neu gestaltete Grün- und Freiflächen und Aufenthaltsangebote im Wohnumfeld werden sehr gut angenommen und verbessern die Nachbarschaft. Auch der umgestaltete Bolzplatz mit seinen verschiedenen Bewegungsangeboten wird insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Studierenden gerne genutzt.</p> <p>Es besteht der Eindruck, dass im Stadtteil selbst das Auto weniger genutzt und stattdessen mehr zu Fuß gegangen oder mit dem Rad gefahren wird. Zudem scheinen ältere Bewohnerinnen und Bewohner auf dem ausgebauten und mit Sitzmöglichkeiten ausgestatteten Wegenetz öfter als früher Spaziergänge im Waldtal zu unternehmen.</p> <p>Der Stadtteil – so die Wahrnehmung der zuständigen Akteure – ist sauberer, die Müllproblematik kleiner geworden. Insgesamt habe das Waldtal ein freundlicheres Bild bekommen. Im Ergebnis scheinen sich die Bewohnerinnen und Bewohner im Waldtal wohler zu fühlen. Ein Beleg hierfür könnte sein, dass der Wegzug aus dem Stadtteil zurückgegangen ist.</p>
<p>Förderliche Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • kommunalpolitisch gesetzte Rahmenbedingungen: Klimaaktionsplan 2030, Einrichtung einer Klimaschutzstelle in der Verwaltung, Reduzierung des Autoverkehrs in der Innenstadt um die Hälfte als ein verkehrs-/klimapolitisches Ziel • gute finanzielle Situation der Stadt Marburg aufgrund von Gewerbesteuererträgen (Biontech) • Programm Sozialer Zusammenhalt mit seinem integrativen Ansatz und finanziellen Mitteln • Mittel aus dem Programm BIWAQ, die es ermöglicht haben, arbeitslose Bewohnerinnen und Bewohner für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes zu beschäftigen • gute Zusammenarbeit zwischen Koordinatoren der Verwaltung und Quartiersmanagement und zwischen kommunalen Fachdiensten • an Wünschen und Bedarfen der Bewohnerschaft orientiertes bzw. sozialraumorientiertes Handeln der kommunalen Fachdienste • aktive Mitwirkung und Finanzierung von Maßnahmen durch Wohnungsbaugesellschaften • Aufgreifen der Bedenken der Bewohnerschaft gegen Maßnahmen, beispielsweise zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (u.a. Sorge um Verlust von Stellplätzen) • Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Stadt und Quartiersmanagement dabei unterstützen, mit Bewohnerinnen und Bewohnern zu Umweltthemen im Gespräch zu bleiben
<p>Hemmende Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt Marburg ist mit Blick auf die Minderung der von der „Panoramastraße“ ausgehenden Lärm- und Schadstoffemissionen auf die Zustimmung des Mobilitätsdienstleisters Hessen Mobil als Eigentümer der Hauptverkehrsstraße angewiesen • Corona-Pandemie hat bei der Bewohnerschaft zu einem Rückgang des Engagements/der Verantwortungsübernahme geführt (u.a. bei der ehrenamtlichen Pflege von Grünflächen) • geringe Akzeptanz bei einem Teil der Bewohnerinnen und Bewohnern für Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und zum Ausbau von Elektromobilität

	<ul style="list-style-type: none"> • geringe finanzielle Möglichkeiten der Bewohnerschaft hemmen ihren Zugang zu Angeboten wie Carsharing oder Fahrradverleih • fehlende materielle Anreize für umweltverträgliches Verhalten von Bewohnerinnen und Bewohnern wie beispielsweise finanzielle Unterstützung des Erwerbs von energiesparenden Elektrogeräten oder für die Installation von Photovoltaikanlagen auf Balkonen
<p>Quellen</p>	<p>BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, o.J.: Bundesprogramm Soziale Stadt 2019. Berlin.</p> <p>BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, o.J.: Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten 2021. Berlin.</p> <p>Böhme, C.; Franke, T.; Preuß, T., 2019: Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen. Abschlussbericht. Herausgeber: Umweltbundesamt. Umwelt & Gesundheit 02/2019. Dessau-Roßlau.</p> <p>Deutsches Institut für Urbanistik, 2023: Toolbox Umweltgerechtigkeit. Praxisbeispiele. Universitätsstadt Marburg. Zugriff: https://toolbox-umweltgerechtigkeit.de/praxisbeispiele/universitaetsstadt-marburg (abgerufen am 19.07.2023).</p> <p>Experteninterview mit Vertreter des Fachdienstes Planung, Steuerung und Qualitätsentwicklung der Universitätsstadt Marburg und Vertreterin des AKSB - Arbeitskreis Soziale Brennpunkte e.V., Mai 2023.</p> <p>Landkreis Marburg-Biedenkopf, 2023: Über unseren Landkreis. Zugriff: https://www.marburg-biedenkopf.de/dienste_und_leistungen/kreisverwaltung_landkreis/Ueber-unseren-Landkreis.php (abgerufen am 20.4.2023).</p> <p>Magistrat der Universitätsstadt Marburg, Fachdienst Stadtplanung und Denkmalschutz, 2020: Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept Marburg-Waldtal.</p>

Potsdam – Am Stern/Drewitz

<p>Kommune im Überblick</p>	<ul style="list-style-type: none"> • kreisfreie Stadt • Hauptstadt des Bundeslands Brandenburg • 183.154 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2021)
<p>Programmgebiet im Überblick</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Großwohnsiedlungen in Plattenbauweise, bestehend aus überwiegend sechsgeschossigen Wohngebäuden, Punkthochhäusern (15 Geschosse) und Flachbauten mit Sozial-/Versorgungseinrichtungen • errichtet 1986 bis 1991 • Wohnungsbestand zum Großteil im Besitz der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam • Größe: 205 Hektar • 25.088 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 1999, 2001–2019)
<p>Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit</p>	<p>Weder in der Fortschreibung des Integrierten Entwicklungskonzeptes für das Programmgebiet Am Stern/Drewitz von 2019 noch im Masterplan Gartenstadt Drewitz von 2011 und im Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Potsdam-Drewitz von 2014 ist Umweltgerechtigkeit ein eigenes Handlungsfeld bzw. explizit als Bestandteil der Programmumsetzung benannt. In der Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt werden aber implizit Aspekte des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in den Handlungsfeldern Mobilität/Verkehr, Grün- und Freiraumentwicklung, Energieeffizienz/Klimaschutz und Umweltbildung aufgegriffen.</p>
<p>Indikatoren zur Beschreibung des Gebiets</p>	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anteil von Haushalten mit Transfereinkommen • Anteil Geringverdienende • Anteil Arbeitslose • Anteil Alleinerziehende <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufkommen Durchgangsverkehr/verkehrliche Belastungen • Verkehrslärm • Verkehrssicherheit von Kindern • Ausstattung mit Spielplätzen • Pflegezustand und Sauberkeit von Grünflächen • energetischer Zustand des Wohnungsbestandes
<p>Ausgangslage (Stand: 2011)</p>	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • hoher bzw. erhöhter Anteil von Haushalten mit Transfer- bzw. niedrigem Einkommen, von Arbeitslosen und Alleinerziehenden • Am Stern: <ul style="list-style-type: none"> • hohes Durchschnittsalter • Drewitz: <ul style="list-style-type: none"> • überproportionaler Anteil an Migrantinnen und Migranten • hoher Anteil Kinder und Jugendlicher <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • überdimensionierte Straßen • ungeordnete Flächen für ruhenden Verkehr • verkehrliche Lärm- und Luftbelastungen • wenig Grünflächen mit Aufenthaltsqualität • Versorgungsdefizite an Spielplätzen • unattraktive Stadtplätze • mangelnde Barrierefreiheit im öffentlichen Raum • mangelnde Verkehrssicherheit für Kinder • hoher Anteil energetisch unsanierter Gebäude
<p>Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Ein zentrales Ziel der Landeshauptstadt Potsdam ist es, die Wohn- und Lebensqualität im Gebiet zu erhöhen. Dazu soll die Großwohnsiedlung Drewitz zu einer Gartenstadt entwickelt werden. Mit Gartenstadt ist dabei nicht das historische Städtebaideal, sondern eine sozialverträgliche Umgestaltung des Stadtteils mit energetisch sanierten Gebäuden und einem verkehrsreduzierten, grünen Wohnfeld gemeint. Zudem soll der Stadtteil bis 2025 CO₂-klimaneutral sowie an den Klimawandel angepasst sein und damit für eine beispielhafte Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt auf Stadtteilebene stehen. Auch in der Siedlung Am Stern sollen wohnortnahe Freiflächen neu geschaffen bzw. qualifiziert werden.</p>

<p>Durchgeführte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Verkehr/Mobilität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Verkehrsflächen der vierspurigen Konrad-Wolf-Allee in Drewitz wurden auf zwei einspurige Erschließungsstraßen entlang der Wohnblöcke zurückgebaut. [2012–2013] • In der gesamten Gartenstadt Drewitz wurde Tempo 30 eingeführt. [seit 2013] • Stellplätze werden über ein Parkraumbewirtschaftungssystem an die Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner sowie -nutzerinnen und -nutzer vergeben. [seit 2013] • Es werden Anreize für den Verzicht auf ein Auto gesetzt. Mieterinnen/Mieter erhalten beim Bezug einer Ein- oder Zwei-Zimmerwohnung in der Gartenstadt einmalig Anspruch auf ein kostenloses Jahresticket für den Potsdamer ÖPNV (finanziert von der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam). [seit 2013] • Neuangelegte Wege für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrerinnen und Radfahrer bieten kurze Wegeverbindungen innerhalb der Großwohnsiedlung. [2012–2013] • Ein Unternehmen sorgt für ein Rad-Sharing-Angebot in der Gartenstadt; eine Fahrradwerkstatt stellt einen Reparaturservice sicher. [seit 2013] <p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entlang der ehemaligen vierspurigen Konrad-Wolf-Allee ist ein 1,5 Hektar großer Stadtpark mit großzügigen Grünflächen, breiten Wegen, Spiel- und Sportflächen sowie zahlreichen Sitzgelegenheiten angelegt worden. [2012/2013] Gekreuzt wird der Park durch eine grüne Promenade mit umgebauten Stellplätzen und Verkehrsflächen („Grünes Kreuz“ der Gartenstadt Drewitz). [2015–2019] • Im Bereich einer alten Tram-Wendeschleife wurde auf einem etwa 200 qm großen Teilgebiet ein offener Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgarten („Klimagarten“) angelegt. Hier werden Flächen zum Gärtnern und Selbstversorgen angeboten. Außerdem können Interessierte den Gemeinschaftsgarten für Workshops, Feiern, Treffen oder Kurse nutzen. Ziel des Projektes ist die Förderung einer klimabewussten und nachhaltigen Ernährung. Es finden regelmäßig Mitmach-Veranstaltungen zu Themen des klimabewussten Handelns statt. [seit 2017] • Neugestaltung von Innenhöfen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität sowie Anbau von Balkonen in einem Teil der Wohnungsbestände [fortlaufend bis 2027] <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Energetische Sanierung des Gebäudebestands: Mit Hilfe von Fördermitteln erfolgt die energetische Sanierung der Wohnungsbestände sozialverträglich. So konnte bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestands der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam mit Hilfe eines Kooperationsvertrags zwischen Wohnungsunternehmen und Landeshauptstadt gesichert werden, dass keine Bestandsmieterinnen und -mieter verdrängt werden und für Bestandsmieter die Kosten der Unterkunft 1/3 des Haushaltseinkommens nicht übersteigen. Eine unabhängige Mieterberatung hat den Schutz der bestehenden Mieterschaft unterstützt. [seit 2011] • Die kommunalen Bestände werden von der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) mit Fernwärme und Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. [seit 2015] • Mikroklimatische Messungen sowie Befragungen der Bewohnerschaft zu Hitzebelastungen und Starkregenerfahrungen im Rahmen des BMBF-Projekts ExTrass. (2018–2021) <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begleitend zur energetischen Sanierung und zur Entwicklung von Drewitz zum klimaneutralen Stadtteil wird der Bewohnerschaft von verschiedenen Akteuren im Quartier (u.a. Begegnungszentrum oskar, Schulen, Kitas) Beratung und Wissensvermittlung zu umwelt- und klimarelevanten Themen angeboten. [seit 2017]
<p>Geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die rund 8000 qm große Fläche der ehemaligen Tramwendeschleife, auf der sich bereits der „Klimagarten“ befindet, soll 2023 zu einem Ort für Natur, Spiel und (Umwelt)Bildung weiterentwickelt werden. Es fanden bereits mehrere Workshops und Teilnehmungsveranstaltungen statt, die den Anwohnenden eine aktive Mitgestaltung ermöglichen. • Für den Ernst-Busch-Platz, der aktuell als Stellplatz genutzt wird und Defizite in der Gestalt- und Nutzungsqualität aufweist, wurde eine Konzeptstudie für seine Weiterentwicklung beauftragt (städtebauliche Neuordnung und Nutzungsqualifizierung des Platzes). <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortführung der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes • klimaangepasste Fassadengestaltung von Gebäuden mit dem Ziel, die Wärmeabstrahlung der Gebäude und damit das Aufheizen des öffentlichen Raums zu verringern <p>Umweltbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortführung und Weiterentwicklung der Umweltbildungsangebote

<p>Verfahren und Prozess</p>	<p>Erste Überlegungen für eine Aufwertung der Großwohnsiedlung Drewitz erfolgten Anfang der 2000er-Jahre. 2009 wurden diese Ideen für den Bundeswettbewerb „Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen auf der Grundlage von integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten“ konkretisiert. Das eingereichte Konzept „Gartenstadt Drewitz – energetisch stark, energisch grün“ benennt als Leitprojekt den Rückbau von Verkehrsflächen als Chance für eine bessere Grünversorgung im Quartier. Das Konzept erhielt im Bundeswettbewerb die „Silber-Plakette“ und wurde bis 2011 zu einem Masterplan qualifiziert. Auf Grundlage des Masterplans wurden von 2012 bis 2013 der Rückbau der Konrad-Wolf-Allee und die Neugestaltung der Flächen zu einem öffentlichen Stadtteilpark umgesetzt. Bis 2025 soll die Entwicklung der Großwohnsiedlung zur Gartenstadt voraussichtlich abgeschlossen sein.</p> <p>Der Masterplan ist das Ergebnis eines breit angelegten Beteiligungsverfahrens. In der Bevölkerung von Drewitz hatte sich zunächst Widerstand gegen die Pläne der Landeshauptstadt geregt – vor allem, weil der Rückbau der vierspurigen Konrad-Wolf-Allee mit der Aufgabe von Pkw-Stellplätzen einherging. Die Bewohnerinnen und Bewohner hatten Sorge, dass es zu einem Stellplatzmangel kommen könnte. Außerdem rechneten sie mit Verkehrsbehinderungen durch Lieferfahrzeuge. Im Jahr 2011 wurde auf Initiative der Stadt und der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam eine 15köpfige Bürgerinnen-/Bürgervertretung gewählt, damit die Stadtteilbewohnerschaft ihre Bedenken und Anregungen besser einbringen konnten. Zeitgleich erarbeitete die Landeshauptstadt ein Beteiligungskonzept, in dem unter anderem Formate für ein Beteiligungsverfahren in der Großwohnsiedlung festgelegt wurden. Zwischen 2010 und 2011 fanden mit Unterstützung des Stadtteilmanagements vier Werkstattverfahren, zwei Bürgerinnen- und Bürgerversammlungen und eine Vielzahl an Abstimmungen der Akteure vor Ort statt. Im Ergebnis konnten die Bedenken der Bewohnerschaft ausgeräumt werden und Verständnis für die geplanten Maßnahmen in der Bevölkerung gewonnen werden.</p> <p>2014 wurden die Inhalte der bisherigen Planungen zusammengeführt und das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept erarbeitet. Das Konzept bildet die Grundlage für die energetische Erneuerung und klimaneutrale Entwicklung von Potsdam Drewitz.</p> <p>2019 wurde das Integrierte Entwicklungskonzept für das Programmgebiet Am Stern/Drewitz im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam vom Stadtteilmanagement fortgeschrieben. In die Fortschreibung sind die Ergebnisse von 33 leitfadengestützten Interviews mit im Stadtteil engagierten Akteuren und von Stadtteilwerkstätten, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Wohnungsunternehmen, Politik sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen vor Ort über den Stand der Entwicklung und die weiteren Handlungserfordernisse im Stadtteil diskutierten, eingeflossen.</p> <p>Für das Gebiet Am Stern wird zudem aktuell ein Rahmenplan aufgestellt, der unterschiedliche Handlungsfelder zur Verbesserung der Quartiersqualität definiert.</p>
<p>Organisation und Management</p>	<p>Verwaltungsebene</p> <p>Die Projektsteuerung Sozialer Zusammenhalt ist im Bereich Stadterneuerung des Fachbereichs Stadtplanung der Landeshauptstadt Potsdam angesiedelt. Neben dem Fachbereich Stadtplanung sind zahlreiche weitere Fachbereiche der Stadtverwaltung an der Umsetzung des Förderprogramms beteiligt. Je nach Projekt sind das die Fachbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klima, Umwelt und Grünflächen • Mobilität und technische Infrastruktur • Bauen, Denkmalschutz, Vermessung und Geoinformation • Wohnen, Arbeit und Integration • Bildung, Kultur, Jugend und Sport <p>Zudem wirkt die kommunale Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam maßgeblich an der Entwicklung der Großwohnsiedlung Drewitz zur Gartenstadt mit.</p> <p>Programmgebietsebene</p> <p>Träger des Stadtteilmanagements für das Gebiet Am Stern/Drewitz ist die Stadtkontor GmbH. Das Stadtteilmanagement koordiniert und baut Netzwerkstrukturen der Akteure auf, aktiviert die Bewohnerschaft, initiiert Projekte entsprechend der Ziele des Integrierten Entwicklungskonzeptes.</p> <p>Gemeinsam mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam, der Soziale Stadt ProPotsdam gGmbH, der von der Stadt und ProPotsdam initiierten Bürgerinnen- und Bürgervertretung Drewitz und dem Stadtteilrat Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld hat das Stadtteilmanagement den Beteiligungsprozess zum Masterplan organisiert und betreut. Alle diese und weitere Akteure (Projektgruppe Gartenstadt Drewitz, Regionaler Arbeitskreis der Jugendhilfe, Arbeitskreis Stadtsprengen) engagieren sich bis heute für die Gebietsentwicklung – insbesondere auch mit Blick auf die Grün- und Freiraumentwicklung.</p> <p>Zusammenarbeit zwischen den Ebenen</p> <p>Ziel war es von Anfang an, eine Vielzahl von Akteuren (verschiedene Fachbereiche der Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Stadtwerke und Verkehrsbetriebe, soziale Träger und Gewerbetreibende, Bewohnerinnen und Bewohner) in die Entwicklung und Umsetzung</p>

	<p>von Konzepten und Maßnahmen einzubinden. Hierfür wurden zunächst formale Arbeitsstrukturen geschaffen: eine Lenkungsgruppe für strategische Entscheidungen, eine Projektgruppe für die Koordinierung der Arbeiten und diverse sachbezogene Arbeitsgruppen. Mittlerweile erfolgt die Zusammenarbeit der Verwaltung (Sachbearbeitungsebene), der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft und der Akteure vor Ort stärker projekt- und anlassbezogen. Die Kommunikation verläuft dabei in erster Linie über das Stadtteilmanagement, das diese zwischen der Stadtverwaltung, der Stadtpolitik und den zahlreichen in den Stadtteilen engagierten Akteuren organisiert.</p>
<p>Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Der Rückbau der mehrspurigen Hauptverkehrsstraße sowie die Anlage des Stadtteilparks auf den rückgebauten Flächen wurden mit Mitteln aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt realisiert.</p> <p>Die Maßnahmen zur energetischen Sanierung an den Wohngebäuden werden über die soziale Wohnraumförderung des Landes und das KfW-Programm Energieeffizient Sanieren finanziert. Für die unabhängige Mieterberatung und das Umzugsmanagement werden Mittel aus dem Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt (zuvor Soziale Stadt) genutzt.</p> <p>Auch Beteiligungsprozesse, ein Teil der Angebote zur Umweltbildung sowie die geplante Umgestaltung des Ernst-Busch-Platzes werden mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt (zuvor Soziale Stadt) finanziert.</p>
<p>Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Nachdem der Rückbau der Verkehrsflächen in der Stadtteilbevölkerung zunächst auf großen Widerstand stieß, trifft die Entwicklung der Großwohnsiedlung Drewitz zur Gartenstadt in der Bevölkerung mittlerweile auf breite Akzeptanz. Dies findet unter anderem in einer 90-prozentigen Bleibequote der Mieterinnen und Mieter, die von der Sanierung betroffen waren und durch die unabhängige Mieterberatung betreut wurden, seinen Ausdruck. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Großwohnsiedlung identifizieren sich mit dem Stadtteilpark, der zu einem zentralen Treffpunkt geworden ist.</p> <p>Der private Autoverkehr hat im Vergleich zu früher um rund die Hälfte abgenommen, während der Radverkehr zugenommen hat. Auch der Durchgangsverkehr im Quartier konnte reduziert werden. Im Ergebnis hat dies zu einer deutlichen Verminderung der Lärm- und Schadstoffbelastung geführt.</p> <p>Bis 2020 wurde bereits die Hälfte der bis 2050 angestrebten CO₂-Reduktion erreicht und durch die Maßnahmen zur Grün- und Freiraumentwicklung wurde das Grünvolumen in etwa verdreifacht.</p> <p>In der (Fach-)Öffentlichkeit genießt die Gartenstadt Drewitz große Anerkennung. Der Stadtteil zählte 2014 zu den Gewinnern des Kommunalen Klimaschutzpreises und 2020 erhielt Drewitz einen Preis im Bundeswettbewerb „Vorbildliche öffentliche Straßenbegrünung“ der Stiftung „Lebendige Stadt“.</p>
<p>Förderliche Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • gute Kooperation zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam und den drei im Stadtteil ansässigen Wohnungsgenossenschaften • gute Zusammenarbeit der vielfältigen Akteurslandschaft (Gewerbetreibende, Vereine, Träger) • intensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Stadtteilzeitung, Stadtteilspariergänge) zu Zielen und Maßnahmen der Stadtteilentwicklung • Wertschätzung des Gebiets und seiner Bewohnerschaft durch den Oberbürgermeister (z.B. Gebietsbegehungen)
<p>Hemmende Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • viele verschiedene Einzeleigentümerinnen und -eigentümer von Grundstücken, die teils im Ausland leben • Nutzungskonkurrenzen um Flächen, vor allem zwischen Wohnen und Grün (insbesondere im Zusammenhang mit Nachverdichtung) • hohe Unterhaltungskosten bei Maßnahmen zur Grün- und Freiraumentwicklung • existenzielle ökonomische Probleme von Quartiersbewohnerinnen/-bewohnern lassen ihnen wenig Ressourcen, sich mit Umwelt- und Klimathemen zu beschäftigen • Sprach- und kulturelle Barrieren in der migrantischen Quartiersbevölkerung erschweren die Vermittlung von Zielen und Maßnahmen zum Klimaschutz und zu Klimaanpassung • zersplitterte Förderlandschaft statt Förderung „aus einer Hand“ • fehlende finanzielle Mittel von Akteuren/Trägern vor Ort
<p>Quellen</p>	<p>BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, o.J.: Bundesprogramm Soziale Stadt 2019. Berlin.</p> <p>BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.), 2016: Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.</p> <p>BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), o.J.: Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen auf der Grundlage von integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten. Berlin.</p>

	<p>BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, o.J.: Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten 2021. Berlin.</p> <p>Böhme, C.; Franke, T.; Michalski, D.; Reimann, B.; Strauss, W.-C., 2022: Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene. Herausgeber: Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.</p> <p>Difu – Deutsches Institut für Urbanistik, 2015: Kommunaler Klimaschutz 2014. Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte. Berlin.</p> <p>Experteninterview mit Vertreterin des Stadtteilmanagements Potsdam-Am Stern/Drewitz, April 2023.</p> <p>Experteninterview mit Vertreterin des Fachbereichs Stadtplanung, Stadtraum Nord der Landeshauptstadt Potsdam, Mai 2023.</p> <p>Landeshauptstadt Potsdam, o.J.a: Bevölkerung: Einwohner nach Stadtteilen. Datenquelle: Bereich Bürgerservice, Zeitbezug: 31.12.2020. Zugriff: https://www.potsdam.de/bevoelkerung-einwohner-nach-stadtteilen (abgerufen am 03.03.2023).</p> <p>Landeshauptstadt Potsdam, o.J.b: Gartenstadt Drewitz. Zugriff: https://www.potsdam.de/gartenstadt-drewitz (abgerufen am 13.03.2023).</p> <p>Landeshauptstadt Potsdam, o.J.c: Energetischer Umbau im Quartier: das Beispiel Potsdam-Drewitz. Zugriff: https://www.potsdam.de/content/108-energetischer-umbau-im-quartier-das-beispiel-potsdam-drewitz (abgerufen am 13.03.2023).</p> <p>Landeshauptstadt Potsdam, 2012: Konzept zur Bürgerbeteiligung für das Projekt „Gartenstadt Drewitz“. Potsdam. Zugriff: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/beteiligungskonzept_drewitz.pdf (abgerufen am 07.09.2021).</p> <p>Landeshauptstadt Potsdam (2011): Masterplan Gartenstadt Drewitz. Eckpunkte und Ziele der weiteren Entwicklung. Potsdam. Zugriff: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/masterplan_gartenstadt_drewitz.pdf (abgerufen am 07.09.2021).</p> <p>plan zwei – Stadtplanung und Architektur; BEI – Bremer Energie Institut; PGT – Umwelt und Verkehr GmbH, 2014: Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Potsdam-Drewitz. Endbericht: Kurzfassung. Auftraggeber: Landeshauptstadt Potsdam; Pro Potsdam GmbH; Energie und Wasser Potsdam GmbH. Zugriff: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/iekk_drewitz_kurzf.pdf (abgerufen am 13.03.2023).</p> <p>Stadtkontor GmbH, 2019: Integriertes Entwicklungskonzept Soziale Stadt Am Stern/Drewitz. Fortschreibung 2019. Kurzfassung. Auftraggeber: Landeshauptstadt Potsdam.</p> <p>StadtrandELFen e.V., 2021: Wendeschleife – Klimagarten im Quartier. Zugriff: http://wendeschleife-drewitz.de/ (abgerufen am 13.03.2023).</p> <p>Stiftung Lebendige Stadt, 2020: Potsdam-Drewitz für vorbildliche Straßenbegrünung ausgezeichnet. Presseinformation. Hamburg/Potsdam.</p> <p>VCD – Verkehrsclub Deutschland e.V., 2021: Gartenstadt Drewitz in Potsdam. Zugriff: https://intelligentmobil.de/gartenstadt-drewitz (abgerufen am 13.03.2023).</p> <p>Westphal, J.-M., 2015: Ein kommunales Wohnungsunternehmen im Dialog mit den Bürger/innen: Herausforderungen, Chancen und Rahmenbedingungen. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2015. Potsdam.</p> <p>Universität Potsdam, o.J.: BMBF-Projekt ExTrass. Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen. Fallstudien. Zugriff: https://www.uni-potsdam.de/de/extrass/fallstudienstaedte/potsdam (abgerufen am 03.07.2023).</p>
--	---

Stadtallendorf – Insel in der Stadt I und II

<p>Kommune im Überblick</p>	<ul style="list-style-type: none"> • kreisangehörige Stadt und Mittelzentrum im Landkreis Marburg-Biedenkopf • entstanden nach dem zweiten Weltkrieg als Modellstadt „Industrie im ländlichen Raum“ durch die industrielle Nachnutzung zweier Sprengstoffwerke im Umfeld der kleinen Gemeinde Allendorf; bis heute bietet die Stadt eine Vielzahl industrieller Arbeitsplätze (zwei Drittel der Beschäftigten sind Einpendelnde) • keine zusammenhängende, gewachsene Stadt, sondern eine durch Industrieanlagen und Verkehrsinfrastruktur zerschnittene Siedlungsstruktur • die Stadtentwicklung war von Beginn an stark von Migration geprägt; heute übernimmt die Stadt für die gesamte Region die Funktion einer „Ankunftsstadt“ und eines Integrationsortes, in dem mehr als ein Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen; insgesamt sind gut 70 Nationalitäten in Stadtallendorf vertreten • 22.854 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022)
<p>Programmgebiete im Überblick</p>	<p>Inseln in der Stadt I</p> <ul style="list-style-type: none"> • das in Stadtallendorf südlich der Bahnlinie gelegene Gebiet umfasst etwa ein Viertel der Kernstadt • teils stark durchgrünte, miteinander unverbundene und an der automobilen Erschließungsachse orientierte Siedlungen • mit dem Jugendzentrum und dem Heinz-Lang-Park liegen wichtige gesamtstädtische Infrastrukturen im Fördergebiet • Größe: 128 Hektar • rund 6.700 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2020) • Förderung im Programm Soziale Stadt: 2000–2013 (Abschluss der Maßnahmen 2018) <p>Inseln in der Stadt II</p> <ul style="list-style-type: none"> • stark heterogenes und großflächig verteiltes Programmgebiet mit sehr unterschiedlichen Quartieren (Zeilenbebauungen der 1950er- bis 1980er-Jahre, Einfamilienhausgebiete, alter Dorfkern) • Größe: 275 Hektar • rund 8.600 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand: 31.12.2022) • Förderung im Programm Sozialer Zusammenhalt: 2020–2022 (zuvor Soziale Stadt: 2016) <p>Das Programmgebiet „Inseln in der Stadt II“ schließt unmittelbar an das Programmgebiet „Inseln in der Stadt I“ an. Es liegt somit ein durchgehendes Gebiet mit nahezu identischen sozialräumlichen Gegebenheiten vor, das sich mehr oder weniger über die gesamte Kernstadt erstreckt. Daher wird im Folgenden zwischen den beiden Gebieten nicht differenziert.</p>
<p>Strategische/planerische Verankerung von Umweltgerechtigkeit</p>	<p>Im für das Programmgebiet „Inseln in der Stadt II“ 2019 erstellten Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept und seiner Fortschreibung 2022 ist Umweltgerechtigkeit gemeinsam mit Gesundheit als eigenes Handlungsfeld der Programmumsetzung benannt. Im ISEK werden zudem implizit Aspekte des Ansatzes Umweltgerechtigkeit in den Handlungsfeldern Städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung, Wohnen und Wohnumfeld sowie Umwelt und Verkehr aufgegriffen.</p>
<p>Indikatoren zur Beschreibung der Gebiete</p>	<p>Soziale Lage</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anteil Nicht-Deutsche • Haushalte mit Kindern • Haushalte mit niedrigem Einkommen • SGB II-Quote • ALG II-Quote • Kinder- und Jugendarmut • Jugendliche ohne Hauptschulabschluss • Zahl Jugendgerichtsfälle <p>Die Daten zu den Sozialindikatoren liegen nicht kleinräumig für einzelne Quartiere, sondern nur gesamtstädtisch vor. Da sich die Programmgebiete „Inseln der Stadt I und II“ quasi über die gesamte Kernstadt erstrecken und den überwiegenden Teil ihrer Bevölkerung ausmachen, werden diese gesamtstädtischen Daten auf die Programmgebiete übertragen.</p> <p>Umweltsituation</p> <ul style="list-style-type: none"> • verkehrliche Belastung • Lärmbelastung • Grün- und Freiflächen: Versorgung/Ausstattung und Qualität • Ausstattung mit Straßenbäumen • Qualität von Wegeverbindungen

	<p>Quantitative Daten liegen zu diesen Umweltindikatoren nicht vor, sie werden zur qualitativen Beschreibung der Gebiete genutzt.</p>
<p>Ausgangslage</p>	<p>Soziale Lage (Stand: 2015/2017)</p> <ul style="list-style-type: none"> • im kreisweiten Vergleich überdurchschnittlicher Anteil von <ul style="list-style-type: none"> • Nicht-Deutschen, besonders bei jungen Menschen (15–24 Jahre) (24,6 % gegenüber 10,0 %) • Haushalten mit Kindern (34,1 % gegenüber 31,6 %) • Haushalten mit niedrigem Einkommen (51,5 % gegenüber 48,7 %) • Bezieherinnen und Bezieher von SGB II (11,2 % gegenüber 7,8 %) • Kinderarmut (12,0 % gegenüber 10,6 %) • Jugendarmut (9,2 % gegenüber 7,2 %) • Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss (12,5 % gegenüber 6,3 %) • Jugendgerichtsfallen. <p>Umweltsituation (Stand: 2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> • starker Verkehr, hohes LKW-Aufkommen und breite Fahrbahn der Ortsdurchfahrt vermindern die Attraktivität der „Dorfmitte“ erheblich (Lärm, Abgase, teilweise sehr geringe Gehwegbreiten, eingeschränkte Querungsmöglichkeiten) • hohe Lärmbelastung in den an die Bundesstraße 454 und an die Bahnlinie (Main-Weiser-Bahn) angrenzenden Gebietsteilen • infolge des Ausbaus der A 49 in unmittelbarer Nähe zur Stadt Stadtallendorf ist mit weiterer Lärm- und Schadstoffbelastung zu rechnen • Lärmbelastung durch offene Containeranlagen für die Wertstoffsammlung • Schadstoffimmissionen durch Industriebetriebe • teils attraktive Wegebeziehungen in angrenzende hochwertige Landschaftsräume • teils fehlende nutzbare öffentliche Grünflächen • wenig Großbäume im Straßenraum und auf Plätzen • fehlende Begrünung der Ortsdurchfahrt • teils gute Versorgung/Ausstattung mit privaten Grünflächen/Grünstrukturen (u.a. Blockinnenbereiche, private Grundstücksflächen, Nutzgärten am Ortsrand) • teils geringe Aufenthaltsqualitäten des Wohnumfelds • unattraktive und lückenhafte Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen den Quartieren und in die Kernstadt • fehlende oder unattraktive Spielplätze • energetischer Sanierungsbedarf von Wohngebäuden
<p>Ziele zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Lärminderung/-schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verringerung von Lärmemissionen <p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung einer grünen Stadt, die ihrer gesamten Bewohnerschaft eine hohe Lebens- und Wohnqualität bietet • Verbesserung der Frei- und Grünraumqualitäten, insbesondere des Heinz-Lang-Parks • Aufbau einer Nord-Süd-Grünachse/eines Grünen Bands als zentrales Ordnungselement, mit dem vorhandene Grün- und Freiraumpotentiale ausgebaut und attraktiv miteinander verknüpft werden: gleichzeitig sollen die innerstädtischen Grünpotentiale mit dem angrenzenden hochwertigen Landschaftsraum verbunden werden • Schaffung neuer und Qualifizierung bereits bestehender Spiel-, Sport- und Bolzplätze • Aufwertung des Wohnumfelds <p>Mobilität/Verkehr</p> <ul style="list-style-type: none"> • im Kontext des Aufbaus einer Nord-Süd-Grünachse/eines Grünen Bands sollen gute, erkennbare und barrierefreie Wegebeziehungen eine zentrale Rolle spielen; Ziel ist es, Lücken zu schließen, Problemstellen der Wegeverbindungen zu beseitigen und die Einzelmaßnahmen zu einem besser erkennbaren und durchgehend barrierefreien Gesamtwegenetz zusammenzufassen; hierbei sollen insbesondere die Interessen der mobilitätseingeschränkten Bewohnerschaft sowie von Kindern und Jugendlichen in die Planungen einbezogen und insgesamt die Bedingungen für nichtmotorisierte Verkehrsteilnehmende verbessert werden • generell: Verbesserung der Fuß- und Radwegeverbindungen • Ausweitung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum • Verbesserung des ÖPNV-Angebots

	<p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung einer Kaltluftschneise durch Ausbau eines innerstädtischen Grünzugs/eines Grünen Bands
<p>Durchgeführte Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Lärminderung/-schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Projekt „Wohnruhe“: Ersatz der vorhandenen offenen Altglas-Container-Anlagen durch geräuscharme Unterflur-Systeme in einzelnen Quartieren [2011 bis heute] • Grün- und Freiraumentwicklung • partizipative Neugestaltung des Heinz-Lang-Parks mit Spielplatz, Skateplaza, Boulebahn und Bewegungsgeräten für Seniorinnen und Senioren [Fertigstellung 2010] • partizipative Neugestaltung und Aufwertung von Spiel-, Sport- und Bolzplätzen [2002–2008, 2012, 2019–2022] • Neugestaltung der Freifläche/Teichanlage Iglauer Weg [2018] • diverse Maßnahmen zur Wohnumfeldgestaltung und zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, u.a. Freianlage Jugendzentrum [2006], Wohnumfeld Musikerviertel [2008/2011/ 2015], Außenanlagen Südstadt-Kiosk [2009], Möblierung Nierd Kleiner Straße [2010], Baumpflanzungen am Busbahnhof 2010, Erschließung und Multifunktionsplatz am Stadion [2020/2021] • Mobilität/Verkehr • Umwandlung von informellen in offizielle Wege, inkl. Qualifizierung (sichere und barrierefreie Gestaltung, Installation von Beleuchtung, Abbau von Angsträumen) [2005, 2007, 2013–2015, 2022]
<p>Geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Lärminderung/-schutz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des Projekts „Wohnruhe“ (Ersatz der vorhandenen offenen Altglas-Container-Anlagen durch geräuscharme Unterflur-Systeme) in weiteren Quartieren • Verbesserung des Lärmschutzes an der Bahnstrecke <p>Grün- und Freiraumentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Realisierung des Grünen Bands mit barrierefreier Wegeverbindung über die B 454 • Umsetzung einer zentralen Nord-Süd-Achse zur Vernetzung der Grün- und Freiräume sowie zur Anbindung der Wohnquartiere • Herstellung eines Gleisparks entlang einer historischen Industrie-gleisanlage • Verbesserung der Qualitäten öffentlicher Frei-, Grün-, Spiel- und Sporträume • Erhalt von Blumenwiesen und Verzicht auf deren Mahd • Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern im Straßenraum • Schaffung neuer Spiel- und Bolzplätze • Öffnung von begrünter Schulhöfen außerhalb der Schulzeiten • Verknüpfung des stark fragmentierten städtischen Raums durch hochwertige Gestaltung der Grün-, Frei- und Übergangsbereiche • Ortsrandbegrünungen <p>Mobilität/Verkehr</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beseitigung/Abmilderung von Barrieren im Stadtraum (z.B. Bahnlinie, B 454) • Herstellen einer durchgehenden und barrierefreien Nord-Süd-Fußwegeverbindung im Rahmen der Nord-Süd-Grünachse/des Grünen Bands • Realisierung, Komplettierung und Verbesserung von Fuß- und Radwegeverbindungen • Sicherung und Verbesserung der Zugänglichkeit der angrenzenden Naturräume • Maßnahmen zur sicheren Gestaltung des Straßenraums, u.a. durch Schaffung weiterer Quermöglichkeiten • Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung • Ausweisung von Spielstraßen/Begegnungszonen • Verbesserung des ÖPNV, u.a. Entwickeln eines alternativen und kostengünstigen ÖPNV-Angebots in der Kernstadt (Stadtbus, Sammeltaxi, Mitnahmesystem) Barrierefreiheit von Haltestellen <p>Klimaschutz/Klimaanpassung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Installation von Ladesäulen für E-Autos und E-Bikes im Wohnumfeld • Realisierung der Nord-Süd-Grünachse/des Grünen Bands als Kaltluftschneise
<p>Verfahren und Prozess</p>	<p>Konzepterstellung</p> <p>Für das Programmgebiet „Inseln in der Stadt I“ wurde kein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) erstellt. Erst zur Durchführung des Programms Sozialer Zusammenhalt (zuvor: Soziale Stadt) im Programmgebiet „Inseln in der Stadt II“ wurde 2019 seitens der Kommune ein solches Konzept vorgelegt und 2022 fortgeschrieben.</p>

	<p>Die Anwohnerinnen und Anwohner wurden als Expertinnen und Experten für ihre Quartiere und die existierenden Probleme in die Erarbeitung der Zielperspektiven und Maßnahmen durch verschiedene Beteiligungsverfahren einbezogen: Aufsuchende Befragungen/Küchentischgespräche, Bewohnerbeteiligung bei Festen und Märkten, Interviews, Fragebogenaktionen (während Corona-Lockdowns), Wanderndes Café.</p> <p>Umsetzung von Maßnahmen</p> <p>Auch in die Entwicklung des 2010 neugestalteten Heinz-Lang-Parks als eine Kernmaßnahme im Programmgebiet „Inseln in der Stadt I“ wurde die Bewohnerschaft durch ein umfangreiches und aufwendiges Verfahren einbezogen. Um eine möglichst breite Beteiligung zu realisieren und auch Gruppen einzubinden, für die klassische Planungswerkstätten und die abstrakte Befassung mit Umweltbelangen eine Beteiligungshürde darstellen, konzipierte das von der Stadt beauftragte Planungsbüro, das auch das Stadtteil- und Quartiermanagement verantwortet, ein Planungsfest im Heinz-Lang-Park. In einem Planungszelt, das im Laufe des Tages durch den ganzen Park „wanderte“, erläuterte das beauftragte Freiraumplanungsbüro das Neugestaltungskonzept leicht verständlich und eröffnete die Diskussion darüber. Die auf Basis der vielfältigen Anregungen aus der Bewohnerschaft geänderte Planung stellte das Stadtteil-/ Quartiermanagement bei einem Straßenfest erneut vor und unterzog es der kritischen Prüfung durch die Bewohnerschaft. Das Verfahren war sehr erfolgreich: Viele auch bislang schwerer zu erreichende Gruppen, z.B. ältere Migrantinnen und Migranten, wirkten am Planungsprozess mit.</p> <p>Zudem setzte das Stadtteil-/Quartiermanagement zusammen mit örtlichen Einrichtungen und Trägern spezifische Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche erfolgreich um: Für die Planung eines Platzes zum Skaten („Skateplaza“) luden sie Jugendliche zu speziellen Workshops ein. Zur Planung eines Spielplatzes im Heinz-Lang-Park führten sie mehrere kinderspezifische Planungswerkstätten in Schulen und Kitas durch.</p>
<p>Organisation und Management</p>	<p>Verwaltungsebene</p> <p>Federführend für die Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt (zuvor: Soziale Stadt) ist der Fachbereich 4 Planen, Bauen, Umwelt der Stadtverwaltung Stadtallendorf. Mit der Entwicklung, Umsetzung und Koordinierung der Programmaktivitäten hat die Stadt ein Planungsbüro beauftragt.</p> <p>Zur Abstimmung aller Aktivitäten und Themen existiert eine verwaltungsinterne Koordinierungsrunde. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus allen Fachbereichen und Eigenbetrieben nehmen der Bürgermeister und das beauftragte Planungsbüro daran teil. Die Koordinierungsrunde trifft sich mindestens alle zwei Monate.</p> <p>Auch mit dem Landkreis gibt es eine verbindliche Kooperation. Es finden mindestens vier Abstimmungstreffen pro Jahr statt.</p> <p>Programmgebietsebene</p> <p>Zur Sicherstellung eines kontinuierlichen Planungsprozesses und eines niedrigschwelligen Beratungsansatzes gibt es vor Ort ein Projektbüro Soziale Stadt (Quartiersmanagement). In einzelnen Phasen der Programmumsetzung rückt das Büro als „wanderndes Büro“ näher an bestimmte Quartiere und deren Bewohnerschaft heran. Hierfür nutzt es andere Räumlichkeiten oder einen Kleinbus.</p> <p>Zusammenarbeit zwischen den Ebenen</p> <p>Für die Zusammenarbeit zwischen den verwaltungsinternen und -externen Beteiligten wurde eine Projektkonferenz installiert. Diese tagt mindestens zweimal jährlich. In ihr sind die wesentlichen Akteure vertreten: Soziale Träger und Verbände, Kirchen, Schulen, Kitas, Vereine, Industrie, Gewerbetreibende, Wohnungswirtschaft, Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer sowie die Stadtverwaltung, der Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung. Zusätzlich werden Anwohnerinnen und Anwohner in die Projektkonferenz eingeladen.</p>
<p>Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Die Finanzierung der zur Verbesserung der Umweltsituation umgesetzten bzw. geplanten Maßnahmen erfolgte mit Mitteln aus dem Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt (zuvor Soziale Stadt).</p> <p>Für Projektideen, die aus dem lokalen Engagement entstehen und den Zielsetzungen des ISEK entsprechen, wurde Ende 2022 von der Stadt Stadtallendorf mit Mitteln aus dem Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt ein Verfügungsfonds „Sozialer und kultureller Zusammenhalt“ mit einem jährlichen Volumen von 25.000 € eingerichtet. Die Mittel können u.a. für Projekte zur Verbesserung des Wohnumfeldes sowie zur Förderung von Bewegung und Gesundheit eingesetzt werden. Die Obergrenze für die Einzelförderung beträgt 4.000 €. Über die Gewährung der Mittel berät die Projektkonferenz, die abschließende Bewilligung erfolgt durch den Magistrat (siehe oben: Organisation und Management).</p>

<p>Wirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation</p>	<p>Der 2010 neu gestaltete Heinz-Lang-Park und der hier neu angelegte Spielplatz werden von der Bewohnerschaft sehr gut angenommen. Die Neugestaltung des Heinz-Lang-Parks ist aber auch gesamtstädtisch wirksam. Das Image der Gesamtstadt wurde durch die Aufwertung des Heinz-Lang-Parks deutlich verbessert.</p> <p>Die neu geschaffenen Wegeverbindungen werden von den Anwohnerinnen und Anwohnern sehr gut genutzt. Die Wohnumfeldgestaltung in den Quartieren konnte insgesamt nachhaltig verbessert werden.</p> <p>Auch wenn nicht jede der meist kleinteiligen Maßnahmen (wie z.B. die Schaffung einer zusätzlichen Fußwegeverbindung, die Schaffung eines geordneten Wertstoffsammelsystems oder die Begrünung eines Siedlungsrandes) singulär betrachtet unmittelbar als städtebauliche Stabilisierungsmaßnahme wahrnehmbar ist, hat das Maßnahmenbündel in den Bereichen Wohnen/Wohnumfeld und Umwelt/Verkehr nicht nur in den Quartieren zu mehr Lebensqualität geführt, sondern auch mittelbar durch eine verbesserte öffentliche Wahrnehmung des gesamten Stadtbildes auf einer größeren Maßstabsebene Wirksamkeit.</p> <p>Im Ergebnis scheinen sich die Bewohnerinnen und Bewohner in den Fördergebieten wohler zu fühlen. Ein Beleg hierfür könnte sein, dass der noch vor einigen Jahren prognostizierte Wegzug aus den Fördergebieten nicht stattgefunden hat.</p>
<p>Förderliche Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Der Begriff Umweltgerechtigkeit konnte leichter kommuniziert werden, indem zunächst in seinem Sinne gehandelt und erst nachträglich das Handeln „etikettiert“ wurde. Auch die erforderliche politische Rückendeckung wurde durch das anfängliche Vermeiden des voraussetzungsreichen und abstrakten Begriffs besser erreicht. • Generell ist die Erfahrung der zuständigen Akteure, dass das Arbeiten an Projekten und Maßnahmen für das Thema Umweltgerechtigkeit förderlicher als Konzeptarbeit ist. Das Thema werde vor allem auf der Umsetzungsebene konkret, fassbar und anschlussfähig. • Beteiligung ist in Stadtallendorf ein zentraler Türöffner für das Thema Umweltgerechtigkeit. Denn über die Beteiligung der räumlich unmittelbar Betroffenen wird vorrangig die Frage der Nutzungs- und Gestaltungsrechte verhandelt. Durch gute Beteiligung kann Umweltgerechtigkeit, insbesondere auch mit Blick auf die Dimension Verfahrensgerechtigkeit, gefördert werden.
<p>Hemmende Rahmenbedingungen/Faktoren</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund anderer Interessen ist die politische Rückendeckung der Stadtverordneten nicht immer einfach zu gewinnen. Insbesondere wenn es nicht mehr nur um die Konzeptphase, sondern um die konkrete Umsetzung von Maßnahmen geht, gibt es teils eigene Betroffenheiten, die viel Überzeugungsarbeit und mehrere Anläufe für eine Zustimmung zu den Maßnahmen erforderlich machen. • Bei der Entscheidung über die Streckenführung zum Ausbau der A 49 hatte die Stadt Stadtallendorf nur geringe Einflussmöglichkeiten und konnte daher die Führung in unmittelbarer Nähe zur Stadt nicht verhindern. • Mit Blick auf Lärmschutz an Bundes- und Landesstraßen sowie an Strecken der Bundesbahn haben Kommunen und damit auch Stadtallendorf ebenfalls nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten
<p>Quellen</p>	<p>BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, o.J.: Bundesprogramm Soziale Stadt 2019. Berlin.</p> <p>BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, o.J.: Bundesprogramm Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten 2021. Berlin.</p> <p>Böhme, C.; Franke, T.; Michalski, D.; Reimann, B.; Strauss, W.-C., 2022: Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene, Herausgeber.: Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.</p> <p>Experteninterview mit Vertreter des Fachbereichs 4 der Stadtverwaltung Stadtallendorf und Vertreter von projekt.stadt, Mai 2023.</p> <p>Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 2017: Gute Beispiele der Städtebauförderung in Hessen. Stadtallendorf: „Inseln in der Stadt I“. Bearbeitung: Servicestelle Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)/HA Hessen Agentur GmbH.</p> <p>Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, 2023a: Das Portal für nachhaltige Entwicklung in Hessen. Stadtallendorf – Inseln in der Stadt I. Zugriff: https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/gute-beispiele/gemeinbedarf/stadtallendorf-inseln-in-der-stadt-i-soziale-stadt.html (abgerufen am 10.07.2023).</p> <p>Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, 2023b: Das Portal für nachhaltige Entwicklung in Hessen. Stadtallendorf – Inseln in der Stadt II. Zugriff: https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/kurzprofile/sozstadt-stadtallendorf-inseln-in-der-stadt-ii.html (abgerufen am 10.07.2023).</p> <p>Magistrat der Stadt Stadtallendorf, 2022a: Stadtallendorfer Richtlinie zur Ausgestaltung des Verfügungsfonds Sozialer und kultureller Zusammenhalt im Fördergebiet Inseln der Stadt II. Bekanntmachung Nr.76/2022, Stadtallendorf.</p>

	<p>Magistrat der Stadt Stadtallendorf (Hrsg.), 2022b: Soziale Stadt. Stadtallendorf Inseln in der Stadt II. Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept. 1. Fortschreibung September 2022, Stadtallendorf.</p> <p>Magistrat der Stadt Stadtallendorf (Hrsg.), 2019: Soziale Stadt. Stadtallendorf Inseln in der Stadt II. Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept, Stadtallendorf.</p>
--	--